

Deutschland-Bericht
der Sopade

2. Jahrg. Nr. 9. Prag X. September 1935.

Inhaltsverzeichnis

-.-.-.-.-

Teil A. Nachrichten und Berichte

=====

I.	<u>Die allgemeine Situation in Deutschland</u>	A 1
	"Das kann nicht mehr lange so weitergehen" - Die Reaktion auf den Abessinien-Konflikt: erneute Kriegsangst - Der Nürnberger Parteitag hat keinen Eindruck gemacht - Die Nürnberger Gesetze werden abgelehnt - Die Pgs. fühlen sich unsicher - Gerüchte .	
II.	<u>Die Judenverfolgungen</u>	18
	Presseübersicht - Berichte aus der Pfalz, aus Baden, Hessen, dem Rheinland, aus Westfalen, Nordwestdeutschland, Pommern, Berlin, Mittel- deutschland, Sachsen und Schlesien	
III.	<u>Aus der Wirtschaft</u>	39
	1) Die Lebensmittelknappheit	39
	2) Zunehmende Kurzarbeit	49

IV. Aus den Betrieben

A 52

1) Die Haltung der Betriebsarbeiterschaft	52
2) Die Widerstandsregungen	58
3) Verstärkter Betriebsterror	60
4) Die Stellung des Vertrauensrates	63
5) Betriebsfeiern	65
6) Einzelberichte	68
Berichte aus Bayern, Südwestdeutschland, Rheinland-Westfalen, Wasserkante, Berlin, Sachsen und Schlesien	
7) Sonderbericht: Aus einem Hotelbetrieb an der Ostsee	82

T e i l B . Uebersichten .

=====

Die weltpolitische Krise

B 1

1) Geschichtliche Wandlungen	1
2) Deutschland und England	4
3) Der Völkerbund und der Krieg in Afrika	8
4) Die Politik des Hitlersystems	22
5) Die Internationale und die europäische Demokratie	31

T e i l A

(Abgeschlossen am 16. Oktober 1935)

I. Die allgemeine Situation in Deutschland.

Es ist jetzt soweit gekommen, dass die Zustände in Deutschland eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Zeit des grossen Krieges haben: Fett und Fleisch, Zitronen und Zwiebeln sind knapp, manchmal auch die Kartoffeln; die Frauen stehen vor den Läden Schlange und ziehen aufs Land, um zu hamstern; die Preise steigen stark an, das Brot ist schlechter, für Wolle und Baumwolle, Kupfer und Gummi müssen Ersatzstoffe verwendet werden; Amtsstellen beteuern, dass die Ernährung des Volkes gesichert sei, aber niemand glaubt ihnen recht; die Minister fordern die Bevölkerung auf, Disziplin zu halten, aber der Mann auf der Strasse sagt: ihr habt gut reden, bei euch fehlt's nicht; Kriegsangst geht um und Sorge um die Währung lässt das Volk nicht zur Ruhe kommen; alles schimpft und kaum einer wagt, die Regierung zu verteidigen. Und die meisten, selbst die Nutzniesser des Systems, denken: das kann nicht mehr lange so weiter gehen, das muss doch zusammenbrechen; aber nur eine kleine Minderheit zieht daraus den Schluss, dass es nur einen Ausweg gibt: den Sturz des Regimes. Woher sollte es das Volk auch besser wissen? Es hat 1918 gesehen, wie das Kaiserreich zusammengebrochen ist, und es hat 1933 beobachtet, wie Hitler die Macht in den Schoss gefallen ist, jetzt glaubt es - wie einer der Berichterstatter im folgenden mit Recht betont - dass es wieder so kommen müsste. In diesem Punkte wird deutlich, wie wenig die breite Masse auch heute noch das Wesen der nationalsozialistischen Diktatur begriffen hat, wie sehr sie noch in alten Vorstellungen denkt und wie gross noch die poli-

tische Erziehungsaufgabe ist, die der Opposition gestellt ist. Noch hat der Deutsche nicht begriffen, dass er die Freiheit sich selbst erkämpfen muss.

Sachsen, 1. Bericht: Merkwürdig ist das allgemeine Gerede unter beinahe allen Schichten der Bevölkerung, dass es nicht mehr lange dauern könne und eine Aenderung nahe bevorsteht. Fragt man aber näher nach, wie und von welcher Seite aus man die Aenderung erwartet, so wissen die meisten nichts zu antworten. Es ist also eine reine Gefühlssache ohne politische Ueberlegung. Weil die politisch seit jeher abseits Stehenden alle politischen Veränderungen als eine plötzliche, aus dem blauen Himmel gekommene Wendung erlebt haben, so meinen sie, da sie selber an der Vorbereitung eines politischen Umsturzes ja nie mitgearbeitet haben und natürlich die Technik und die Voraussetzungen für Regimeänderungen nicht beurteilen können, es werde schon etwas im Gange sein, auch wenn sie nichts davon merken. Wer sich aber eine positive Vorstellung über die Verhältnisse nach Hitlers Sturz macht, der denkt meist an eine Militärdiktatur. Man spricht in vielen Kreisen, die das Dritte Reich als einen unerträglichen Druck empfinden, von einem bevorstehenden Militärputsch, der Deutschland aus der braunen Knechtschaft befreien und wenigstens rechtmässige Zustände herbeiführen werde. Fragt man diese Leute aber, was die Reichswehr zu diesem Schritt veranlassen könnte, so begegnet man meist recht naiven Ansichten über den politischen und sozialen Charakter der Reichswehrgeneralität. Von der unterirdischen Aktivität der Arbeiterschaft hört die Oeffentlichkeit zwar laufend durch die Urteile des Volksgerichts, aber man traut der Arbeiterklasse die Kraft, das Regime zu werfen, solange nicht zu, als die Reichswehr noch nicht mit ihr gehen oder wenigstens neutral sein werde. Auch müsse innerhalb der Arbeiterschaft wohl erst die Einigkeit hergestellt sein, ehe sie etwas erreichen und auch andere Volksschichten mit sich werde fortreissen können.

2. Bericht: Vor der Markthalle einer sächsischen Grossstadt stand unlängst ein angetrunkenener Mann (einfach gekleidet) und schimpfte laut und heftig (unter Nennung höchster Führernamen): "Was haben uns denn die Leute gebracht? Es geht uns schlechter als vorher..." usw. Es bildete sich ein Kreis von etwa 15 Leuten. Niemand dachte daran, zu widersprechen oder etwa die Verhaftung des Meckerers zu veranlassen. Schliesslich klopfte ihm ein junger Arbeiter in blauer Bluse auf die Schulter: "Mensch, geh heem! Du wirst nur weggeschnappt, das wäre schade drum." Der Betrunkene segelte davon, die Menge zerstreute sich wortlos.

Bayern: Es wäre falsch, die allgemein verbreitete Missstimmung als eine direkte Feindseligkeit gegen die herrschenden Gewalten zu betrachten. Die immer neu geforderten Opfer ermüden die Leistungskraft der Masse. Aber es ist erstaunlich, dass trotz der überall hörbaren Kritik, den Anordnungen der herrschenden Macht ohne jeden Gedanken an einen Widerstand Folge geleistet wird. Die Fälle sind nicht selten, dass Leute, die sehr ausgiebig über die Zustände schimpfen, dann doch wieder die lautesten Schreier sind, wenn sie in irgend einer Kundgebung von Nazirednern wieder begeistert werden. SA-Männer schimpfen über die Lebensmittelverknappung und sind doch immer wieder bereit, sich für den Bestand des Regimes einzusetzen. Es macht den Eindruck, als ob das Regime von der in allgemeiner Schimpferei sich äussernden Volksstimmung in keiner Weise beeindruckt würde. Entgegen der noch vor 2 Monaten oft geäußerten Auffassung, man stehe vor einem neuen 30. Juni, neigen die Beobachter jetzt wieder zu der Ansicht, dass an die Manöverierfähigkeit der herrschenden Kräfte zwar hohe Anforderungen gestellt werden, dass man aber nicht von einer wirklichen Krise des Regimes sprechen könne. Die Propheten, die da schon den Sturz Hitlers für den Herbst vorhersagten, sind wieder still geworden. Jetzt heisst es wieder, dass das Ende Hitlers nur durch aussenpolitische Umstände eintreten könne. Innenpolitisch werde er nicht umzubringen sein. Es ist richtig, dass viele Menschen sagen: es ist Zeit, dass die Nazis wieder gehen, aber ebenso allgemein heisst es auch: es kommt nichts Besseres nach.

Dass die neuerlich eingetretene Lebensmittelverknappung sehr beunruhigend auf die öffentliche Meinung gewirkt hat, ist nur zu verständlich. Es ist aber doch festzustellen, dass bisher keine solche Panikstimmung herrscht wie bei der Verknappung der Seife und des Fadens im Winter des vergangenen Jahres. Die wildesten Gerüchte eilen zwar wieder von Mund zu Mund, jedoch scheint man sich an diese Art von Kriegszustand zu gewöhnen. Die Art, in der Goebbels die Lebensmittelknappheit zu entschuldigen versuchte, hat zur Kritik gereizt. Man hört wieder die alten Redensarten: "Die Grossen ham scho ihrn Butter, aber die Kloan, de solln wieder opfern."

Rheinland-Westfalen: Man kann heute fragen wen man will, alle Bevölkerungsschichten sind gegen das System. Man muss sich wundern, dass diese Regierung überhaupt noch bestehen kann. Alles ist gegen sie und doch bleibt sie. Die Antwort darauf mag sich das deutsche Volk selber geben.

Um nach Nürnberg möglichst viel Leute hinzubringen, hat man den Leuten aus den Betrieben Urlaub gewährt und ihnen den Lohn für die ausfallende Zeit gezahlt. Dazu bekamen die Parteitagsbesucher noch 15 Mark Spesen. Die Nazis lassen sich eben die Sache etwas kosten, um der Welt zu zeigen, wie stark sie sind. Dabei sind Viele Mussoldaten. Alles das wird

aber nicht aufreihen; eines Tages bricht der Laden ja doch zusammen. Der Hass gegen das verruchte System wird immer grösser, die Gefängnisse werden immer voller, die Verhaftungen von Oppositionellen nehmen immer grösseren Umfang an. Das muss eines Tages zum Zusammenbruch führen.

Noch immer werden Hoffnungen auf die Reichswehr gesetzt, auch nach Nürnberg noch. Ja, in den letzten Tagen verschlimmert sich sogar - wenn man es so nennen soll - dieses Uebel. Man kommt um diese Tatsache nicht herum und es ist müssig, nach den Ursachen für diese Meinung zu forschen. Gewissermassen alle anständigen Leute hoffen auf die Reichswehr. Man sagt, die Generalität bestünde doch aus anständigen Menschen und sie könne das deshalb auf die Dauer nicht dulden. Wenn Fritsch eines Tages - so sagt man - in der Nacht die ganze Bande festsetzen würde, so würde ihm das ganze Volk zujubeln.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Das reale Denken hat bei der Mehrheit der Bevölkerung über den blinden Glauben die Oberhand gewonnen. Wer unser Gebiet vor einem Jahr besuchte und sich die Mühe gab, üb das Denken und Fühlen dieser Bevölkerung Aufschluss zu bekommen, wird heute die Menschen von damals kaum wieder erkennen. Die Peitsche der Diktatur bewirkt mehr, als jahrelange Erziehungsarbeit nach demokratischem Muster. Die Allesversprechungen der Hitlerpropaganda hatten einen blinden Glauben an die neue politische Ordnung eingepflegt, der tägliche Anschauungsunterricht aber musste zwangsläufig zur politischen Erkenntnis führen. Am stärksten ist diese Wandlung bei Handel- und Gewerbetreibenden und bei den badischen Bauern zu beobachten. Aber auch bei der Arbeiterschaft schwindet der Glaube an eine Beibehaltung der augenblicklichen sozialen und wirtschaftlichen Zustände. Von einer Hoffnung auf eine Besserung gar, ist nichts mehr zu bemerken. Immer mehr kann beobachtet werden, dass seitherige Anhänger der braunen Idee aus eigenem Antrieb zu alten, treu gebliebenen Sozialisten kommen und ihren Unwillen und ihre Verbitterung in schärfsten staatsfeindlichen Worten zum Ausdruck bringen. Auch in der Öffentlichkeit mehren sich die Fälle, wo nicht zum Zuge gekommene braune Gestalten sich in Ankläger gegen das braune Korruptionssystem verwandeln. Noch vor wenigen Monaten wären Gestapo oder SS sofort alarmiert worden, so solche Worte gefallen wären. Heute hört man, wenn auch noch schüchtern und ängstlich, aber sichtlich neugierig zu. Der Schluss solcher Ergüsse ist der, auch uns noch in guter Erinnerung befindliche Satz: "So kann es nicht weitergehen."

Die bisherigen Staatsfeste und Aufmärsche am laufenden Band sind abgelöst durch lokale Volksfeste und Kameradschaftsabende. Vielgestaltig ist die Art, wie sich die Arbeiterschaft an solchen Veranstaltungen vorbeidrückt. Wenn auch dieses Verhalten nicht immer auf politischer Erkenntnis beruht, so zeigt sich doch die Bildung einer neuen

Solidarität in ihren ersten Anfängen. Die Triebkraft dieser Erscheinung dürfte mehr in der allgemeinen Unzufriedenheit und Müdigkeit zu suchen sein.

2. Bericht: Bezeichnend für die Stimmung in der Allgemeinheit ist, dass man, sobald man mit jemanden in ein politisches Gespräch kommt, von jedem die Redensart hört: "Ich will nur sehen, wie lange die noch so fortwursteln können." Jeder wartet auf etwas Uebernatürliches, das der Herrschaft der Nazis ein Ende machen werde.

Schlesien: In den Betrieben wird jetzt bereits die Nachfolge der Nazis diskutiert, da es ja nicht mehr so weitergehen kann, "wenn schon den Fleischern, die früher bis 40 Schweine die Woche geschlachtet haben, nur 2 bis 5 Schweine durch die Beuthener Verteilungsstelle zugewiesen werden", wobei die Qualität noch sehr gering ist. Jedenfalls erwarten die Arbeiter, und jetzt ohne Unterschied der früheren Parteizugehörigkeit, dass die Nazis bald abwirtschaften, dass die Reichswehr die Sache schon irgendwie schmelzen wird. Wenn auch die Stimmung jetzt offen gegen Hitler selbst ist, so äussert sich doch Opposition als Widerstand noch nicht und unsere Leute selbst sagen, dass die anderen nun was tun sollen, die so sehr von Hitlers Machtantritt begeistert waren.

Die Ereignisse in Abessinien haben die Sorge vor dem Krieg, die in den letzten Monaten etwas in den Hintergrund gedrängt worden war, sofort neu belebt.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Die aussenpolitische Lage wird sehr besorgt beurteilt. In der ganzen Bevölkerung herrscht ausgesprochene Angst vor einem neuen Kriege. Bis in die Reihen der Nazis gönnen alle dem Italiener eine gehörige Schlappe. Die grosse Mehrheit des Volkes steht zu der Haltung des Völkerbundes. Von den NS-Organisationen, einschliesslich der Arbeitsfront, werden Vorträge in den einzelnen Orten gehalten, die sich mit dem Kolonialproblem beschäftigen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass Italien das Recht habe, sich einen grösseren Lebensraum zu verschaffen. Auch Deutschland müsse sich ausdehnen, um sein anwachsendes Volk künftig besser ernähren und beschäftigen zu können. Die Friedensliebe dürfe nicht mit einer Kriegsgegnerschaft um jeden Preis verwechselt werden. Des Führers ehrliche Friedensabsicht schliesse die Kriegsbereitschaft nicht aus. In den Vorträgen wurden teilweise auch Anfragen gestattet. Dabei kam zum Ausdruck, dass sich auch nationalsozialistische Arbeiter grosse Sorge um einen Krieg machen. Es wurde z.B. gefragt, warum denn Deutschland aus dem Völkerbund gegangen sei, wenn es doch nur auf friedlichem Wege seine Ziele erreichen wolle. Durch die Fragen wurde auch

darauf hingewiesen, dass sich oft die nationalsozialistischen Redner bei der Behandlung der aussenpolitischen Fragen widersprechen. Man sei jetzt mit Polen so einig, trotzdem der Korridor die blutende Wunde war und wegen Danzig eigentlich Polen angegriffen werden müsste. Rosenberg und andere erklären, dass Deutschland keine kolonialen Interessen habe, aber im Osten seinen Raum erweitern müsste, andere wieder erheben koloniale Ansprüche. Die Vortragenden haben die Fragen stets mit Ausflüchten beantwortet.

Wichtig ist aber wohl, dass das Volk selbst den Eindruck hat, die offiziellen Stellen wollen verhindern, dass Hitlers oft wiederholte Friedensbeteuerungen eine pazifistische Haltung erzeugen.

Litauen spielt nicht die Rolle, wie man im Ausland vielleicht annimmt. Das Volk glaubt, dass die Heeresleitung Hitler und seine Naziratgeber davon abhalten wird, es wegen Litauen zu einem europäischen Krieg kommen zu lassen. Das viele Geschrei in Presse und Radio wird eben im Volk nicht anders gewertet als jede Nazipropaganda: Viel Geschrei und wenig Wolle. Es herrscht die Vorstellung, dass es zu einem Kriege wegen grösserer Probleme als Litauen kommen muss. Der Rine sagt, man wird Oesterreich einfach überrennen, dann käme es zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich und der Tschechoslovakei und auch mit Italien. Andere wieder sagen, die Wehrpolitiker treiben Hitler zu einer freundschaftlichen Haltung gegenüber Italien, um die österreichische Frage zu erledigen. Dann müsse aber die Tschechoslovakei daran glauben. Das Kriegsgespräch ist wieder unausgesetzt da, wenn auch die Ansichten völlig verschieden sind. Es gibt Menschen, die glauben, dass Deutschland die Welt erobern könnte und andere, die sagen, dass diesmal Deutschland endgültig von der Landkarte verschwinden werde. Das deutsche Volk ist nicht so einheitlich auf einen Krieg vorbereitet, wie das 1914 der Fall war. Die geistige Zerrissenheit ist ungeheuer und schon jetzt wird eifrig darüber diskutiert, dass das Volk den Krieg seelisch nicht wieder so lange ertragen wird. Die Kriegsgeneration 1914 - 1918 steht noch zu voll im Leben und lässt eine ungetrübte Kriegsbegeisterung nicht aufkommen. Dazu ist schon jetzt an allen Ecken und Kanten grosser Manfcl und seelische und geistige Unzufriedenheit.

2. Bericht: Die durch den Abessinienkonflikt hervorgerufene aussenpolitische Lage wird in der Bevölkerung natürlich verschieden beurteilt. In Kreisen der SA und SS ist die Meinung vorherrschend, dass Deutschland trotz seiner Rüstung noch nicht an einen Krieg denken kann. Hitler wolle auch keinen Krieg, sondern er werde in einem eventuellen Konflikt der anderen Mächte abwarten, damit Deutschland Geschäfte mit Lieferungen machen kann. Diese Version liegt den Leuten am meisten, da ja die wirtschaftliche Lage Deutschlands geradezu trostlos ist und auch der dümmste

Nazi das einzusehen beginnt.

In den Kreisen des Bürgertums ist die Meinung schon durchweg kritischer. Hier sieht man schon ein - und sagt es ganz offen - dass, wie auch alles auslaufe, für uns als Deutsche nichts Gutes herauskommt. Man hat grosse Angst vor diesem Krieg und stellt sich dementsprechend ein.

In Kreisen unserer Genossen ist man überzeugt, dass ein Hineinziehen Deutschlands in den europäischen Konflikt nicht zu umgehen ist, und dass das den Untergang Hitlerdeutschlands bedeutet.

3. Bericht: Zur aussenpolitischen Lage hoffen wir, dass der kommende Krieg Italien-Abessinien die Lösung des europäischen Problems sein wird. Wir sind erfreut darüber, dass in diesem Falle die englische Arbeiterpartei einen sehr festen Standpunkt einnimmt. Wenn dort einzelne leitende Genossen aus ganz falschem Pazifismus die Faschisten nicht bekämpfen wollen, so ist es gut, dass sie abtreten. Unsere Zeit kann mit Gebeten keine Gewalt beseitigen. Mussolini verdient eine gründliche Niederlage durch die Mithilfe der Völkerbundstaaten, das wird auch auf Deutschland mit seinem Hitlerfaschismus einen gewaltigen Eindruck machen. Die Welt muss durch harte Massnahmen den gewalttätigen Charakter des Faschismus brechen. Wir sind davon überzeugt, dass auch der deutsche Faschismus zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt. Noch ist man nicht kriegsfertig genug und redet von Frieden, trotzdem man den Krieg meint. Eine Lösung zugunsten der Demokratie bringt nur die feste Entschlossenheit der demokratischen Länder.

Rheinland-Westfalen: Im übrigen überwiegt bei den politisch interessierten Leuten das Interesse an den aussenpolitischen Vorgängen. Der Krieg erscheint Vielen unvermeidlich und man fürchtet um Deutschland.

Bayern: Verschiedene Beobachter stimmen in der Feststellung überein, dass ein grosser Teil der indifferenten Bevölkerung die deutsche Aufrüstung positiv beurteilt. Man bringt Verständnis dafür auf, dass Deutschland in der Umgebung hochgerüsteter Staaten ebenfalls aufrüstet. Der Pazifismus hat keine Anhänger mehr. Die Anordnungen des Luftschutzes werden mit grosser Disziplin befolgt und die Menschen, ob für oder gegen Hitler, sehen darin eine lebenswichtige Aufgabe. Es wäre aber falsch, die positive Einstellung zur Rüstung einer Begeisterung gleichzusetzen, wie das die Hitlerpresse gern haben möchte. Das konnten wir sehr deutlich am 4. September beobachten. An diesem Tag tauchten zum ersten Male über München die Geschwader der deutschen Luftwaffe auf. Ein Beobachter berichtet darüber: Ich ging gerade durch die Ludwigsstrasse, als ein immer stärker werdendes Gegrumm mich auf das Herannahen mehrerer Flieger aufmerksam machte. Gleich darauf sah man eine Unzahl

von Geschwadergruppen am Himmel auftauchen. Es waren vielleicht 150 Flugzeuge, die im grossen Kreis die Stadt umzogen. Kleinere Jagdgeschwader und grosse schwere Maschinen, die langsamer flogen, vermutlich die Bomber. Sofort bildeten sich Gruppen von Menschen. Ohne dass man sich kannte, begann man sich plötzlich zu unterhalten. Ich habe mich an drei solcher Gruppen herangemacht und kann sagen, dass ich kein einziges Wort der Begeisterung über die "schöne und stolze deutsche Luftwaffe" vernommen habe. Es war keine Stimmung der Freude, sondern mehr das Staunen vor dem gefährlichen Ungeheuer, das sich zwar noch hinter Gittern verbirgt, vor dem stehend man sich aber ausmalt, was es anrichten kann, wenn diese Gitter nicht da wären. Bei einer Gruppe traf ich Erörterungen über die Technik des Geschwaderflugs. Alle Leute, die ich sah, zeigten sehr ernste Gesichter. "Ja, wenn das einmal losgeht, dann hilft uns nix mehr." Darauf die defensive Entgegnung des Staatsgetreuen: "So schlimm ist das net, man hat ja heut auch schon die besten Methoden zur Flugzeugabwehr. Die kommen gar nicht zum Bombenschmeissen." Darauf der andere: "Ja, das sagt man, aber wenns los geht, ist vielleicht alles ganz anders." - Begeisterung für den Krieg gibt es nicht in Deutschland, wenn man von den jungen unfertigen Menschen absieht, die heute in der Hitlerjugend herangezogen werden. Dass ein Krieg früher oder später kommt, ist eine allgemein verbreitete Annahme.

Sachsen: Der Mangel an Lebensmitteln wird vielfach mit den hohen Ausgaben für das neue Militär erklärt, so dass die Ausrüstung immer unpopulärer wird, besonders bei denen, die in der Rüstungsindustrie keine Beschäftigung haben. Wenn gut ausgerüstete Truppenteile zu Manöverübungen vorüberfahren, so sind Bemerkungen keine Seltenheit wie solche: "Dort fährt unsere Sparkasse", oder: "Das sind unsere Devisen", oder "Ohne das gäbs mehr Arbeit und Brot", oder "Die essen und trinken für uns alle".

Schlesien: Der Nürnberger Parteitag wird als der Parteitag der Unsicherheit und Aengstlichkeit bezeichnet. Die Goebbelsrede sei eine Provokation gewesen. Deutschland wolle den Krieg gegen Litauen und Russland schon bald beginnen. Im Zusammenhang damit geht das Gerücht, die vereinigten Deutschen und Polen würden sich, wenn notwendig, auf die Oderlinie zurückziehen. Schlesien wäre also Kriegsgebiet. Im Bürgertum macht sich deshalb geradezu eine Panikstimmung bemerkbar. Die Judenverfolgungen seien nichts weiter als die "Haltet-den-Dieb-Methode." Die Arbeitslosen witzeln, sie liessen sich jetzt als Dienstmädchen über 45 Jahre einstellen.

In ganz Schlesien gehen die Versicherungsabschlüsse bei der ...Versicherung stark zurück. Die Werber berichten, dass der Abschluss von Versicherungen immer wieder mit der

Begründung abgelehnt wird, man wolle erst sehen was wird und "wenn es zum Krieg kommt, hat es doch keinen Zweck." Die Werber werden zu Besprechungen eingeladen, in denen die Nazi-Geschäftsführer gegen den schlechten Geschäftsgang wettern und Anweisungen geben, wie dieser Stimmung in der Bevölkerung entgegenzuarbeiten ist.

Der Parteitag in Nürnberg hat auf die grosse Masse der Bevölkerung keinen Eindruck gemacht. Neben den Mitteilungen in den allgemeinen Berichten, äussern sich einige Berichterstat-ter darüber folgendermassen:

Westfalen, 1. Bericht: (Münsterland) Der Nürnberger Parteitag hat nur in einem Punkte eine einstimmige Beurteilung gefunden, nämlich in dem, dass die Nürnberger Gastwirte ein Bombengeschäft gemacht haben. Die Reden des sogenannten Führers, seine Entgleisungen und Zwiespältigkeiten sind sehr gut verstanden worden und werden dementsprechend gewertet. Wir können feststellen, dass das Ansehen Hitlers auch nach dem Parteitag bei seinen Anhängern sinkt. Sein Stern beginnt zu verblassen. Diese Feststellung ist nicht zu kühn, sondern überall - mit wem man auch spricht - ob der Nazi-Geschäftsmann, Beamter, Angestellter, Arbeiter, SA- oder SS-Mann - überall dieselbe Feststellung und überall dasselbe Lied.

Eine besonders schlechte Note bekommt unsere Reichswehr. Die Vorführungen der Reichswehr auf der Zeppelinwiese werden durchweg als das gewertet, was sie auch tatsächlich sind, nämlich als Theaterspielerei.

2. Bericht: (Ruhrgebiet) Der Naziparteitag in Nürnberg hat diesmal organisatorisch sehr gut geklappt. Die Teilnehmer wurden sehr gut gepflegt. Das viele Marschieren des Vorjahres unterblieb. Die Teilnehmer mussten nicht jeden Tag lange Umzüge machen. Die einzelnen Verbände traten an verschiedenen Tagen in Aktion. Dadurch blieb genügend Zeit, um sich die Stadt und die Umgegend anzusehen oder die gerade Marschierenden zu beobachten. Es war für die Teilnahme eine ausserordentlich strenge Auswahl getroffen. Teilweise wurden SA-Leute dreimal ausgewechselt, ehe sie endgültig nach Nürnberg kommandiert wurden. Dadurch ist viel Unzufriedenheit entstanden. In den Wochen vor dem Parteitag gab es eine grosse Angeberei unter den SA-Leuten. Einer verpetzte die anderen bei dem Vorgesetzten, dass sie sich gegen den Staat, die Führer usw. schlecht geäussert hätten. Nach Nürnberg wollte man, um sich mal tüchtig zu amüsieren, da es freie Fahrt, freie Verpflegung und Taschengeld gab. Auch die aus den Betrieben und den Zechen ausgesuchten Nürnbergfahrer sind sehr zufrieden zurückgekommen. Der Unternehmer musste für 5 Tage den Lohn weiterzahlen, dazu war die Fahrt und die Unterbringung mit Verpflegung kostenlos. Ausserdem er-

hielten die Betriebsvertreter fast durchweg 15 Mark Taschengeld. Die Unternehmer haben in verschiedenen Fällen trotz anderer Vorschläge seitens der Nazivertrauensräte sozialistische und katholische Arbeiter delegiert.

Rheinland: Nürnberg hat, wie uns übereinstimmend berichtet wird, keine nachhaltige Wirkung hinterlassen. Die ausführliche Berichterstattung im Radio und in der Zeitung hat nicht einmal in der Parteitagswoche selbst die Massen wirklich erfasst. Das Volk war teilnahmslos. Auch aus den Betrieben waren Leute kommandiert. Sie bekamen nicht nur Urlaub und während dieser Zeit auch den Lohn weiter, sondern die Unternehmer oder die DAF zahlen auch noch ein Taschengeld von 5 bis 15 Mark. In vielen Fällen wurden sogar fehlende Anzüge von der Arbeitsfront bezahlt. In Deutschland ist man an solche Schautellungen bereits so gewöhnt und man kennt die Methode zu genau, als dass man sich noch imponieren lässt.

Selbstverständlich wurde auch die Rückkehr der Parteitagsbesucher gefeiert. Die SA holte die Teilnehmer mit Musik und Fahnen vom Bahnhof ab und dann wurde auf irgend einem Platz noch einmal eine Rede gehalten. Auch in den Heimatsorten Rummel. Aber auch hier blieb die Masse des Volkes fern und teilnahmslos. Mindestens ist heute -24. September- nichts mehr von all dem zu verspüren:

Die Nürnberger Gesetze, -die Gesetze gegen die Juden, das Flaggengesetz und das Reichsbürgergesetz- stossen auf starke Ablehnung in der Bevölkerung. Sie werden nicht als Zeichen der Kraft der nationalsozialistischen Bewegung, sondern als Beweis der Schwäche gewertet. Bemerkenswerterweise zeigt sich die Kritik insbesondere im Bürgertum und bei dem Flügel der NSDAP, der dem Bürgertum nahesteht.

Berlin: Die Nürnberger Gesetze haben im Bürgertum stark verstimmend gewirkt. Die Judengesetze stossen auch in den Kreisen auf Ablehnung, die alles andere als judenfreundlich sind. Sogar ein Amtswalter der NSDAP sagte uns neulich: "Das sind nicht die richtigen Mittel zur Lösung der Judenfrage; sie schädigen uns mehr als sie uns nützen. Und schliesslich muss man doch zugeben, dass es auch anständige Juden gibt."

Ebenso findet das Flaggengesetz starke Ablehnung. Alle die Schichten, die sich bisher den Nationalsozialisten zugewendet hatten, weil sie in ihnen die Erfüllung ihrer nationalen Ziele sahen, fühlen sich durch die Unterdrückung der schwarz-weiss-roten Fahne vor den Kopf gestossen. Man vergleicht unwillkürlich das neue Flaggengesetz mit der Abschaffung der alten Fahne nach 1918 und glaubt, dass die Nazis hier einen ebenso schweren Fehler gemacht haben wie

damals die Republik.

Nordwestdeutschland: Die Judengesetze haben bis weit in nationalsozialistische Kreise hinein Ablehnung gefunden. Im sogenannten besseren Bürgertum ist eine offene Ablehnung der Ausnahmegesetze gegen die Juden festzustellen. Die Handel- und Gewerbetreibenden sind fast ausnahmslos gegen die Judengesetze, trotzdem man eigentlich annehmen müsste, dass sie aus Konkurrenzgründen eine andere Haltung einnehmen würden. Allerdings spricht in diesen Kreisen auch eine wirtschaftliche Sorge mit. Die Mittelständler haben Angst vor einer weiteren Verschärfung der Not durch ausländischen Boykott. In der Arbeiterschaft kann man eine fast einheitliche Ablehnung der Judenverfolgung bemerken. Doch gibt es in der Arbeiterschaft Unterhaltungen darüber, dass die Juden sich früher gegen die Republik geradezu hochnäsiger benommen haben, der Arbeiterbewegung so viel Schwierigkeiten machten, bei Sammlungen zu Wahlkämpfen und für die Arbeiterwohlfahrt die Türen zuknallten, dass sie jetzt einmal ausreichend kennen lernen, wer stets wirklich zu den Menschenrechten gestanden hat. Es wird auch darüber diskutiert, dass in unserer Bewegung viel zu viel Juden sich dreist nach vorn drängten, ohne dass sie besondere Leistungen aufzuweisen hatten. Aber es gibt in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft niemanden, der nicht von Abscheu gegen den Massenwahn Hitlers und Streichers erfüllt ist. Wir betrachten es als eine unserer Aufgaben, diese Schande zu beseitigen. Damit muss auch für manchen Juden klar werden, dass man mit der Diktatur gegen Minderheiten keine Fortschritte für die Menschheit erreicht. So viel kann über den Zustand im Reich mit Bestimmtheit gesagt werden, dass die hemmungslose Toberei in Nürnberg ihren Grund in sehr kritischen Vorgängen hat, die die Bastionen des Dritten Reiches ernstlich bedrohen.

Rheinland-Westfalen: Weil sich die Nazis schwach fühlen, deshalb ihre Ablenkungsmanöver mit den Juden und den Katholiken, sowie mit den Stahlhelmen. Deshalb auch der Flaggenwechsel und das Reichswehraufgebot in Nürnberg. Alles ist darauf berechnet, Stärke und Unüberwindbarkeit zu markieren. Ueber die wirkliche Stimmung aber wird man damit nicht mehr hinwegtäuschen können.

Südwestdeutschland: Aus einem Brief aus Ludwigshafen erscheint folgende Stelle erwähnenswert: "Was mir heute zu bemerken wichtig erscheint ist, dass die Bevölkerung in der Verfolgung von Juden und Katholiken die Meinung vertritt, dass dies als Eingeständnis der Unfähigkeit, einen Staat zu regieren, zu bewerten ist. Nachdem der Karren im Dreck sitzt, müssen Schuldige gesucht und gefunden werden."

Bayern: Der Reichsparteitag in Nürnberg hat durch die Veröffentlichung der Gesetze eine gewisse Diskussion ausgelöst. Man ist erstaunt, dass Hitler es wagen konnte, die ehemalige Kaiserflagge zu beseitigen. Die Veröffentlichung der Gesetze hat, soweit wir beobachten konnten, den Glauben an die Macht der NSDAP in einem gewissen Grade neu gefestigt. Das Reichsbürgergesetz hat eine gewisse Unruhe und Unsicherheit vor allen Dingen unter der Beamtenschaft ausgelöst. Jeder glaubt seine Stellung zu verlieren, wenn er nicht die neuen Normen des Reichsbürgers ausfüllt.

Die Goebbelsrede gegen den Bolschewismus ist nicht ohne Eindruck geblieben. Diese Art von Propaganda ist gut dazu geeignet, dem Bürger den Schrecken vor dem Bolschewismus neu einzuimpfen. Dazu kommt noch, dass die gegen das politische Judentum gerichtete Propaganda selbst bei Arbeitern nicht selten verfangt. Zwar kennt der denkende Arbeiter Goebbels als den abgefeimtesten Demagogen des Regimes, aber er beginnt doch bei der Aufzählung von scheinbaren Tatsachen leise zu zweifeln. Das konnten wir selbst aus eigener Beobachtung merken. Ein uns nahestehender Genosse äusserte sich über die Rede: "Sag einmal, ist jetzt das wirklich wahr, was Goebbels über die Vorherrschaft des Judentums bei den Bolschewiken gesagt hat? Wieso kommt es, dass gerade die Juden die geistigen Träger des Marxismus sind? Ich glaube schon auch, dass es ein Fehler war, dass wir so viele Juden an unseren führenden Stellen hatten." Allerdings weiss auch dieser Genosse, dass die neue Bolschewistenhetze der Nazis ein billiges Mittel ist, sich als Retter vor dem Untergang aufspielen zu wollen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass trotz der Kraftanstrengungen der NSDAP, durch radikale Massnahmen ihren beherrschenden Einfluss auf die Staatsführung unter Beweis zu stellen, nach wie vor Mitteilungen darüber einlaufen, wie unsicher sich viele Pgs. fühlen, wie kleinlaut und hoffnungslos sie sind und wie sie wieder Fühlung mit aufrechten Republikanern suchen.

Bayern: Ein Genosse berichtet über eine Unterhaltung mit einem sehr kritischen "alten Kämpfer". Der Mann hat ein grösseres Geschäft in Bekleidungsartikeln und war einer der ersten, der sich in der kleinen bayerischen Stadt für die Nationalsozialisten eingesetzt hat. Er hat der Bewegung Zeit und Geld und auch schon einmal die Freiheit geopfert. Er hat Hitler persönlich und unter grossen Widerständen in der kleinen Stadt Geltung verschafft. Heute steht er wie viele andere sehr kritisch und glaubt, dass Hitler einen anderen Weg gegangen sei, als er ihnen damals verheissen. Der "alte Kämpfer" kennt unseren Genossen als einen seiner Ueberzeugun-

treu gebliebenen Sozialdemokraten und pflegt bei Gelegenheit mit ihm politische Gespräche. Die politische Auffassung des Nationalsozialisten ist etwa folgende: Hitler hat uns den Sozialismus nicht gebracht und er wird ihn auch nicht bringen, denn er hat sich viel zu weit mit den Kapitalisten eingelassen. Aber man muss Hitler zugestehen, dass er aus Deutschland wieder eine Macht geschaffen hat. Und das hätte die Weimarer Wirtschaft nie fertig gebracht. Hitler hat gewagt, den andern etwas entgegenzusetzen und die haben gekrebst. Freilich ist es nicht wahrscheinlich, dass Hitler diese Macht dazu benützt, um in Deutschland den Kapitalismus zu beseitigen. Wenn aber auch Hitler die Reaktion gebraucht hat, um seine Erfolge zu erringen, so kann er die Arbeiter doch nicht ganz den Kapitalisten ausliefern, ohne seine Popularität einzubüssen. Darum kann Hitler nicht mehr wie er will, sondern folgt dem einmal beschrittenen Weg, der aber an eine Mauer führt. Dann vielleicht wird die Reaktion die Macht übernehmen, aber das wird nur das Zwischenstadium für die Vorbereitung der bolschewistischen Revolution sein. Und wenn vorher ein Krieg ausbricht, dann geht es noch schneller mit dem Zusammenbruch. Ein zweites Weimar oder eine Koalition kommt nicht mehr, oder doch nur für kurze Zeit, denn die Gegensätze unter den Antifaschisten sind auch zu gross. Dass der Bolschewismus in Deutschland noch einmal die Chance einer Revolution bekomme, ist nicht zweifelhaft. Aber es ist zweifelhaft, ob er aus Deutschland ein sozialistisches Staatswesen machen könne, denn die Sabotage des Bürgertums werde ihn vernichten. Ausserdem passt der Bolschewismus nicht für den deutschen Menschen. Was kommen wird, ist der völlige Zusammenbruch und die Anarchie. Wir haben von der Zukunft nichts mehr zu erwarten.

Berlin: Viele bisherige "Auchnazis" nähern sich den als Gegnern des Dritten Reichs bekannten Bewohnern. Sie treibt eine Sorge: Was wird aus uns, wenn der Umschwung kommt? Man rechnet bereits wieder mit einer völligen Aenderung der Herrschaftsverhältnisse, erkundigt sich bang danach, was dann mit all denen geschieht, die aus Konjunktur, aus Feigheit, aus Resignation äusserlich mitgemacht haben, mitgelaufen sind. Oft hört man dann Aeusserungen: die werden mit uns allen scharf abrechnen, denn auf dieses Blutregiment kann gar nichts anders als mit Blut und Eisen geantwortet werden. Was haben wir dann zu gewinnen, wir werden mit den Braunen in einen Topf geworfen! - Es ist unsere Aufgabe, diesen Mitläufern klarzumachen, dass sie keineswegs die gleiche Strafe verwirkt haben wie diejenigen, die sich als aktive Nazis besonders hervorgetan haben.

Schlesien: Soweit unsere früheren Genossen sich als Sozialdemokraten in den Betrieben bekennen, aber es ablehnen, sich in politische Gespräche verwickeln zu lassen, werden sie selbst von Nazis und früheren Genossen aufgesucht und um Rat

gefragt. Dabei versichert man auf Ehrenwort, dass man doch jetzt gemeinsame Not trägt und offen zueinander sprechen könne. Dabei wird dann auch die Frage an unsere Genossen gerichtet, ob es denn wahr sei, dass die Sozialdemokraten bereits in Paris eine fertige Regierung haben, die auch von den Auslandsmächten anerkannt ist und die sofort in Aktion treten soll, wenn der Krieg durch Hitler ausgerufen oder geführt wird, um eine Revolution im Rücken der Armee im Reich durchzusetzen. Diese Regierungsversion ist von verschiedenen Kreisen aus Oberschlesien und aus Breslau, Zentrum und Deutschnationalen, mitgeteilt worden, sie wird kolportiert und auch Nazis gaben dem durch Anfragen bei unseren Genossen Ausdruck.

Sachsen: Eine Arbeiterfamilie, die früher SPD wählte, ohne parteilich organisiert zu sein, nach der Erhebung zwar nicht Nazi wurde, aber konstatierte, es gehe ihr und anderen Arbeitern wirtschaftlich besser, fängt seit drei Monaten an, ihre eigene Haltung zu korrigieren. Die wirtschaftliche Lage habe sich für die Arbeiter im allgemeinen derart verschlechtert, dass die besagte Arbeiterfamilie und ihr Kreis für die Zukunft des Staates schwarz sehen.

Eine Angestellte, die 1933 mit der NSDAP sympathisierte, heiratete einen Fleischer. Jetzt klagt sie mündlich und schriftlich über die Vernichtung ihrer Existenz (sie bekam als Doppelverdienerin Arbeitsverbot), sie erklärt: "Lange darf das so nicht weitergehen."

Ein arischer Akademiker (ehemaliger Offizier, schwerkriegs verletzt), der sich noch 1934 an den verworrenen Ideen vom Germanentum berauschte, schimpft jetzt fassungslos. Besonders die Unterdrückung der Gedankenfreiheit erhitzt ihn und einen namhaften Teil der akademischen Kreise.

Westfalen: In Nazikreisen fühlt man sich selbst nicht sicher. Heute hat in jedem Ort der eine Nazi vor dem anderen Angst, weil er fürchtet, er könnte aus irgend einem Anlass seinen 30. Juni erleben. Ein SA-Mann bespitzelt den anderen. Dazu kommt, dass die Gestapo sich durch eine raffinierte Kameradschaftlichkeit in den SA-Kreisen um die Feststellung unsicherer Nazis bemüht. So ist es zu erklären, dass die Gestapo über die Stimmung in den Nazikreisen besser unterrichtet ist, als über die Tätigkeit der eigentlichen Gegner der Nazis. Wer sich bei den Nazis warm halten will, verrät vertraulich den Gestapoleuten seine Kameraden, die abfällige Bemerkungen gemacht haben.

Rheinland: Ein Amtswalter der NSDAP - er ist erwerbslos und hat bis jetzt keinen Posten abbekommen - erklärte, wenn die Regierung so weiter mache, würde sie eines Tages hinweggefegt werden. Wenn eine wirtschaftliche Besserung kommen soll, dann müsse man sich mit dem Ausland vertragen.

Bei einer Unterhaltung, die mit einem früheren Nazi-Bür-

germeister, heutigen NSDAP-Bauernführer geführt wurde, machte man ihn auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen dem von ihm geforderten Kartoffelpreis und dem von der Regierung festgesetzten Höchstpreis besteht. Seine Antwort war: "Die können mich mal am A... Wenn diesen Winter einer vom Winterhilfswerk zu mir kommt, den schmeisse ich aus dem Hause (das hat er übrigens schon im vorigen Winter gemacht). Die können weiter nichts, als in ihren Zeitungen lügen. Für uns Landwirte gibt es nur noch Verordnungen, sonst hat man für uns nichts. Ich habe für 3000 Mark Getreide abgeliefert; dafür bekam ich einen dreckigen Schein, den mir keine Bank einlöst." - Ein Hinweis auf die Knappheit am Schweinemarkt veranlasste den Landwirt zu der Aeußerung: "Wartet nur, wir werden schon dafür sorgen, dass ihr noch viele Freitage (Fasttage) bekommt. Ihr Arbeiter seid ja Idioten, warum lasst ihr euch denn das gefallen."

Wir haben bereits im vorigen Bericht als bezeichnendes Symptom der allgemeinen Unsicherheit einige der zahllosen Gerüchte wiedergegeben, die im Volke die Runde machen.

Im folgenden einige neue Beispiele:

Der stellvertretende Oberbürgermeister von Ansbach erliess Ende August folgenden Aufruf:

"An die Bevölkerung der Stadt Ansbach und des Kreises Ansbach-Feuchtungen!

Seit vielen Wochen sind in Ansbach wieder einmal Gerüchtemacher am Werke. Sie scheuen sich nicht, die unglaublichsten Dinge zu verbreiten.

Es wird die Lüge ausgestreut, dass Kreisleiter und Oberbürgermeister Hänel als SA-Führer nach Berlin versetzt würde, dass der Kreispropagandaleiter Bezold und Bezirksbauernführer Dörner in Animierlokalen sich unsittliche Handlungen hätten zuschulden kommen lassen.

Ich stelle fest:

1. Pg. Hänel besitzt nach wie vor das volle Vertrauen unseres Gauleiters Julius Streicher und alle über ihn verbreiteten Gerüchte sind aus der Luft gegriffen und können an die Lauterkeit und Ehre seines Charakters nicht heran.

2. Pg. Bezold und Dörner haben keine der ihnen unter-schobenen Untaten begangen.

Ich gebe dies öffentlich bekannt, damit die anständig denkende Bevölkerung der Stadt und des Kreises erfährt, mit welcher verkommenen Menschen wir heute zusammenleben. Es ist eine alte Tatsache: Wer selbst ein Lump ist, hat das Bedürfnis, andere zu Lumpen zu machen!

Gleichzeitig sind solche Ausstreuerungen und Verleumdungen über Führer der NSDAP ein heimtückischer Angriff auf Staat

und Volk und werden demgemäss geahndet.

Drei dieser Lumpen sitzen seit gestern in Schutzhaft:
der städt.Arbeiter Johann Schmidt,
der Bauarbeiter Georg Krauss,
der Kaufmann Ernst Schenk.

Ich ersuche die Bevölkerung, schriftlich oder mündlich
in der Kreisgeschäftsstelle, Hermann-Göring-Strasse 19,
die Urheber oder Verbreiter von Gerüchten zu melden.

Der stellv.Kreisleiter und stellv.
Oberbürgermeister Böhm. "

In Hannover wurde von der Hitler-Jugend folgendes Flug-
blatt verbreitet:

2 Millionen RM verschoben . . .

Das ist nur eine von den gemeinen Lügen, die
eine kleine Clique von politischen Hehern über
den Reichsjugendführer und die HJ verbreiteten!

Wir würden uns schämen, wenn uns die
Verräter an Volk und Reich nicht beschimpften
und wenn der meckernde Spieker uns gar
loben würde!

Was wir wirklich sind, werden wir zeigen am

„Tag der HJ“

vom 20. bis 22. September 1935

Der Oberbürgermeister von Dessau wendete sich Anfang Oktober mit folgendem Aufruf an die Bevölkerung:

"Seit einigen Tagen durchschwirren unsinnige Gerüchte unsere Stadt, die Massenansammlungen der Bevölkerung in den Hauptstrassen zur Folge haben. Es wird ausdrücklich festgestellt, dass es sich um Gerüchte handelt, die jeder Grundlage entbehren. Der Polizei, die für den ungehinderten Verkehr in den Strassen zu sorgen hat, wird ihre Arbeit unnötig erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Es wird daher an die Vernunft der Dessauer Bevölkerung appelliert, ruhig ihren Geschäften nachzugehen und nicht ihre kostbare Zeit unsinnigen Parolen zu opfern."

Ausserdem melden unsere Berichterstatter:

Berlin: Es geht das Gerücht, dass der (verstorbene!) Bischof Bares vor kurzer Zeit wieder gesehen worden sei. Der sonst so rüstige Mann sei dem Siechtum verfallen. Angeblich war er am 30. Juni 1934 mit als Opfer ausersehen, wurde jedoch nur verwundet, was seinen derzeitigen Zustand herbeigeführt hat.

Südwestdeutschland: Selbstverständlich sind unter solchen Umständen die unglaublichsten Gerüchte im Umlauf. So wurde z.B. erzählt, Göring sei wieder seit 6 Wochen im Irrenhaus, er habe Hitler bedroht und musste gewaltsam fortgeschafft werden. Ausserdem werden die verschiedensten Berichte über Attentatsversuche auf Hitler kolportiert.

- - - - -

II. Die Judenverfolgungen.

"Sie haben jetzt einem Gesetz zugestimmt, dessen Bedeutung erst nach vielen Jahrhunderten im ganzen Umfang erkannt werden wird. Sorgen Sie dafür, dass unser Volk selbst den Weg des Gesetzes wandelt. Sorgen Sie dafür, dass dieses Gesetz geadelt wird durch die unerhörteste Disziplin des ganzen deutschen Volkes, für das Sie verantwortlich sind."

(Hitler an die Reichstagsabgeordneten nach Schluss der Nürnberger Tagung.)

Hitler hat in Nürnberg den Ton angegeben und die Gauleiter haben in ihren Herrschaftsbereichen dieselbe Melodie angestimmt: Durch die Judengesetze habe der Kampf gegen die Juden seine gesetzliche Grundlage gefunden. Die Achtung vor dem Gesetz verlange, dass jedes eigenmächtige Vorgehen unterbleibe. Ist Deutschland auf diese Weise etwa zu einem Rechtsstaat geworden? Bieten die Ausnahmegesetze den Verfolgten wenigstens den Schutz, dass ihnen noch Schlimmeres, als ihnen diese Gesetze androhen, nicht angetan werden kann? - Die Tatsachen, die aus den nachfolgenden Berichten sprechen, geben eine klare Antwort: Die Methoden der Judenverfolgung haben sich durch die Nürnberger Gesetze nicht geändert, die Willkür herrscht nach wie vor und Einzelaktionen sind noch immer an der Tagesordnung. Die NSDAP stellt die ihr von Hitler in Nürnberg nachgerühmte "Lebendigkeit" unter Beweis und wartet nicht erst ab, bis ihr wegen der noch zu erweisenden Unfähigkeit der Bürokratie zur Erfüllung dieser Aufgabe das ganze Feld des Judenterrors zur ausschliesslichen Bearbeitung übertragen wird.

In Ergänzung der Uebersicht im letzten Monatsbericht stellen wir im folgenden einige neue Terrormeldungen, die durch die deutsche Presse gelaufen sind, voran:

An unzähligen Orten wurden auf Strassen und Plätzen Schilder aufgestellt: "Juden unerwünscht". Zahlreiche Mannheimer Gaststätten und Geschäftsleute erklären durch Anschlag, dass Juden nicht mehr bedient werden. Käfertal bei Mannheim hat den letzten jüdischen Einwohner vertrieben und diese Tat durch öffentliche Schilder stolz verkündet.

Der Gebietsausschuss für die Sächsische Schweiz gibt bekannt, dass Juden unerwünscht sind, und dass in Zeitungen, in denen Juden tätig sind, nicht mehr inseriert wird.

Dem jüdischen Hausbesitzer Wimpfheimer in Karlsruhe wurde der Abbruch seines Hauses angedroht, wenn es nicht in kurzer Zeit renoviert ist. Dem jüdischen Sägewerksbesitzer Roos in Altshausen wurde das Recht zur Betriebsführung entzogen. Der jüdische Bäckermeister Marx in Bruchsal wurde wegen Unsauberkeit in Schutzhaft genommen. Die Inhaber des jüdischen Konfektionshauses "Elko", München, wurden wegen Rasseschändung verhaftet. Die Elektro-Gas-Gemeinschaft in Mainz hat die jüdischen Firmen ausgeschlossen. Sämtliche jüdischen Lichtspieltheater in Hannover wurden geschlossen, der ganze Gau Südhannover-Braunschweig ist nunmehr frei von jüdischen Kinos. Die Kieler Kinos haben beschlossen, Juden den Besuch nicht mehr zu gestatten.

Das Landesarbeitsgericht Frankfurt/Main erklärt die Entlassung einer jüdischen Angestellten wegen ihrer Rassenzugehörigkeit für gerechtfertigt.

Die Wohlfahrtspflegerin A. Caspari in Meissen wurde von ihrem Amt abberufen, weil sie im jüdischen Warenhaus gekauft hat. In Pirmasens wurde der Bäcker Hohlweg wegen Verkehr mit einer Jüdin verhaftet. Nichtarier, gleichviel welcher Staatsangehörigkeit, werden zum Münchener Oktoberfest nicht zugelassen. Juden sind von der Teilnahme an der Mannheimer Herbstmesse ausgeschlossen.

Der Verein Deutscher Ingenieure legt für die Erwerbung der Mitgliedschaft die rassistischen Grundsätze der NSDAP (Ariernachweis bis zum 1. 1. 1800) zugrunde.

Der Kirchenrat der Berliner Thomaskirche lässt an einem kirchlichen Gebäude einen "Stürmer"-Kasten anbringen.

Die "Westdeutsche Beamtenzeitung" wurde verboten, weil sie die Beamtenschaft durch Aufnahme jüdischer Inserate diskreditiert hat.

Und -- der jüdische Zeitungshändler S. Rosenthal in Cottbus wurde verhaftet, weil er den "Stürmer" verkauft hat.

Mit besonderem Eifer wird das Privatleben der Juden beobachtet, werden "Rasseschändungen" entlarvt. Der "Stürmer" veröffentlicht eine erste Liste von Ehen zwischen Juden und Christen, die nach dem Umsturz geschlossen worden sind, und kündigt weitere an. Aber der "Stürmer" hat längst das Monopol, die Judenfrage auf diese Weise zu lösen, verloren. Was tagtäglich in der Provinzpresse an Unrat produziert wird, entzieht sich jeder Darstellung. Zwei Inserate zur Illustration:

Die Plakate mit der Aufschrift:

„Rasseschande“

„Juden in Begleitung arischer Mädchen werden hier nicht bedient!“ sind zum Preise von 24 Pf. je Stück (in Briefmarken einsenden) bereits lieferbar.

Wir bitten Deutsche Gastwirte, diese Plakate bei uns zu bestellen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

"Der Judenkenner"
vom 21.8. 1935

„Juden gesucht“

Es ist von irgendeiner Seite das, was die unvordere Bevölkerung aufweist worden.

„Es hätte in meinem Hofe eine Juden-schande abgehalten.“

Dies ist erfinden und erlogen. Ich bitte jedermann, mir Angaben anzuhand zu geben, damit ich gegen die Gemeindefürsorge mit den jüdischen Eltern vorgehen kann. (1 527 2)

Hof 13 5 11 a n n, Raffee-Rehaur.
Göttingerplaz 15. Fernruf 509 91.

"Hakenkreuzbanner"
vom 10.9. 1935

Wir begnügen uns damit, die Schlagzeilen einer einzigen Nazizeitung, des "Hakenkreuzbanners", Mannheim von August/September wiederzugeben:

- 1.8. "Ein Heidelberger Jude als Rasseschänder."
- 3.8. "Jüdischer Arzt mit seinem Judenliebchen eingesperrt."
- 10.8. "Jüdischer Rasseschänder festgenommen."
- 13.8. "Jüdische Sadisten und Rasseschänder."

- 22.8. "Rasseschänder werden ausgerottet!"
- 23.8. "Wieder mehrere jüdische Volksverseucher in Haft."
- 26.8. "Rassenschänder in Schutzhaft."
- 28.8. "Rasseschänder Moch in Schutzhaft."
- 5.9. "Zwei jüdische Scheusale."
- 10.9. "Rassenschänder werden ausgerottet."
- 11.9. "Rasseschänder!"
- 17.9. "Jude vergewaltigt zwölfjähriges Mädchen."
- 18.9. "Fünf Rasseschänder nach Kislau gebracht."
- 20.9. "Zwei Rasseschänder zur Strecke gebracht!"

Den bei uns im letzten Monat eingegangenen Berichten entnehmen wir:

Pfalz, 1. Bericht: Die Stimmung unter den Winzern des pfälzischen Weinbaugebiets ist denkbar schlecht. Kein Mensch weiss, was aus dem Herbstgeschäft werden soll. Die NSDAP wendet sich mit allen Mitteln dagegen, dass die Winzer ihre Moste an die jüdischen Weinhändler abgeben. Die Juden sollen unbedingt ausgeschaltet werden. Wer aber sonst den Wein aufkaufen und -das ist das wichtigste- bezahlen soll, ist bis jetzt noch nicht geklärt. Die wenigen arischen Weinhandlungen und Kommissionäre sind jedenfalls nicht kapitalkräftig genug. Die im vorigen Jahre gegründeten Absatzgenossenschaften begegnen dem allergrössten Misstrauen, da die Winzer, die im vorigen Jahre an diese Absatzgenossenschaften ihren Wein geliefert haben, bis jetzt kaum ein Drittel ihres Geldes bekommen haben. Die meisten Winzer sind deshalb völlig verschuldet. Wenn man mit zehn Winzern spricht, so kann man zehnmal die Meinung hören, dass das einlaufende Geld bei den Absatzgenossenschaften nur zur Bezahlung der Angestellten verwendet werde, die natürlich immer "alte Kämpfer" sind und Gehälter bis zu 500 Mark erhalten.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass vier Fünftel der Bevölkerung die Judenhetze ablehnt. Zwar sind nach wie vor an fast allen Ortseingängen und Ausgängen Schilder angebracht mit der Aufschrift: "Juden sind hier unerwünscht", auch gibt es nur ganz vereinzelt noch Mutige, die mit einem Juden freundschaftlichen Verkehr pflegen - diese sind dann als Judenknechte geächtet - aber die ganz barbarischen Transparente wie "Todeskurve, Juden sind hier 120 Kilometer erlaubt" oder "Juden betreten diesen Ort nur auf eigene Gefahr" sind wieder verschwunden. Auch die "Stürmer"-Kästen, die nun auch in den allerkleinsten Orten aufgestellt sind, finden nur bei dem verrohten Teil der SA Anklang. Die jungen Leute sind immer dabei, wenn Juden ausgesungen werden sollen. Aber es gibt viele Eltern, die ihren Söhnen

strikte verbieten, sich an der Sache zu beteiligen.

2. Bericht: Arbeiter, die den Boykott gegen die Juden nicht mitmachen, werden von den Amtswaltern der Arbeitsfront aus den Betrieben gedrängt, weil sie die "Betriebsgemeinschaft" stören. Offiziell hat man das in Pirmasens beschlossen. Dieser Beschluss soll die Antwort auf den Boykott der Pirmasenser Schuhindustrie durch jüdische Schuhgeschäftsinhaber sein. Ein jüdischer Schuhhändler hat einem Pirmasenser Fabrikanten mitgeteilt, er könne nicht mehr wie früher in Pirmasens einkaufen, weil am Stadteingang ein Transparent: "Juden ist der Aufenthalt hier verboten!" quer über die Strasse gespannt ist. Solche Transparente findet man im Rheingau und im Odenwald fast überall. Sie werden von den Polizeibehörden geduldet, die nur den bestrafen, der ein solches Plakat beschädigt.

3. Bericht: In Herxheim am Berg (545 Einwohner) war ein jüdischer Viehhändler von einem Bauern aufgefordert worden, zum Verkauf bereites Vieh anzusehen. Der Viehhändler kam auch, wurde mit dem Bauern handelseinig und wollte weggehen, um ein Fuhrwerk zu holen. Mittlerweile hatten sich vor dem Hause eine Anzahl Burschen zusammengerottet, die den Viehhändler mit Hieben davonjagten. Ein gerade auf der Strasse stehender anderer Bauer, der dem Schauspiel zusah, öffnete sein Hoftor, gab dem Juden Unterschlupf bis zum Abend und brachte ihn dann zu seiner Wohnung. Als der Bauer zurückkam, waren SA-Leute aus der ganzen Umgebung versammelt. Sie riefen erst im Sprechchor: "Heraus mit dem Judenknecht" und drangen dann in das Haus ein, das sie vollständig demolierten. Das ganze Möbel, alles Geschirr, alle Fensterscheiben wurden zerschlagen. Einige Demonstranten wurden in Haft genommen, aber nach 24 Stunden wieder freigelassen.

4. Bericht: Dem Wirt vom Dürkheimer Fass war auf Drängen der NSDAP gekündigt worden, weil er bei einem Juden Fleisch gekauft hatte. Der Wirt legte gegen diese Kündigung Beschwerde bei einem Schiedsgericht, bestehend aus Bürgermeister Jmbt, Dürkheim, dem Dürkheimer Nazirechtsanwalt Ferkel und einem Wirt von Zweibrücken ein. Die Beschwerde wurde abgelehnt. Der Wirt sollte das Fass am 1. 10. räumen. Die Kosten des Urteils betragen 8.000 Mark zu Lasten des Wirts. Da aber bekanntlich Mitte September der berühmte Dürkheimer Wurstmarkt stattfindet, wollte man unter keinen Umständen den Wirt bis zum Oktober auf dem Fass lassen. Bürgermeister Jmbt bekam jedoch vom Bezirksamt Neustadt den Bescheid, dass keine Handhabe bestehe, den Wirt früher an die Luft zu setzen. Jmbt schrieb zurück, er werde Mittel und Wege dazu finden.

Einige Tage nach diesem Briefwechsel mit dem Bezirksamt Neustadt versammelten sich Abends gegen 9 Uhr etwa 300

SA-Leute vor dem "Fass" und machten mit Sprechchören und Rufen einen solchen Skandal, dass die Polizei "gezwungen" war einzugreifen und das "Fass" zu schliessen. Die Metzgerei des Wirtes am Römerplatz wurde ebenfalls geschlossen.

Die SA zog nach dieser Heldentat in die Kellerei Schuster, dem Hauptinteressenten an dem ganzen Kessel treiben. Dort wurden sie bewirtet. Nach Mitternacht zog der ganze Trupp vor das Haus des Juden Franz Löb und begann dort im Sprechchor: "Heraus mit dem Rassenschänder" zu rufen. Ein durchaus glaubhafter Zeuge versichert, gehört zu haben, wie ein SA-Mann sagte: "Jetzt schiessen wir und sagen dann, der Jude ist es gewesen." Tatsächlich fielen auch zwei Schüsse. Als sich auch darauf im Hause des Juden nichts rührte, kletterte man über den Gartenzaun, drang in das Haus ein, das von oben bis unten, allerdings resultatlos durchstöbert wurde, da Löb zufällig verreist war. Nachdem man etwa zwei Stunden randaliert hatte, kam endlich Polizei, die nur einen Steinwurf entfernt ihr Büro hat und ebenso gut, wie die Nachbarschaft den Lärm gehört haben musste. Festgenommen wurde natürlich niemand.

Baden, 1. Bericht: Während wir im Grenzgebiet bis vor kurzem nicht viel von einem Kampf gegen die Juden gemerkt haben ist dies seit einigen Wochen anders geworden. Das Vorgehen gegen die Juden setzt mit einer Wucht ein, die geradezu über rascht hat. Man war allgemein der Ansicht, dass hier im Grenzgebiet eine gewisse Rücksichtnahme geübt werden würde, aber dies ist nicht der Fall.

Die Stimmung der Bevölkerung über das Vorgehen gegen die Juden ist verschieden. Während ein Teil davon natürlich begeistert ist, wird andererseits das Vorgehen von vielen verabscheut. Bis vor wenigen Tagen konnte man von einem geringeren Besuch der jüdischen Geschäfte nicht sprechen. Auf die scharfen Zeitungsartikel hin und auf die Drohungen, die Namen der Käufer in den Zeitungen zu veröffentlichen, haben es jedoch viele mit der Angst zu tun bekommen und getrauen sich nicht mehr in ein jüdisches Geschäft. Viele Beamte, die durch ihre Frauen die Einkäufe noch in diesen Läden machen liessen, haben nun nicht mehr den Mut dazu.

2. Bericht: Besondere Aktivität entfalten die Nazis in Müllheim. Einer der Haupttreiber in Müllheim ist der Zahnarzt Dr. Michel, der s.Zt. die Ortskrankenkasse um einige tausend Mark betrogen hat.

Die Nazis machen Propaganda für den Plan, den Juden keine Lebensmittel mehr abzugeben.

Am letzten Montag war Viehmarkt. Alle Leute, die sich mit Juden unterhielten, wurden durch die Nazis fotografiert; die Bilder wurden vergrössert und in öffentlichen Lokalen aufgehängt. Darüber entstand grosse Empörung. Der Viehmarkt war sehr schlecht besucht, die Bauern mussten ihr Vieh zum grössten Teil wieder mit nach Hause nehmen. Als besondere

Sensation hatte man eine Puppe als Juden ausgestopft, auf die solange eingehauen wurde, bis sie zerplatzte.

3. Bericht: Der Kampf gegen die Juden vollzieht sich mit aller Gemeinheit und Brutalität. Täglich kommen die unglaublichsten Dinge vor. Man muss sich wirklich fragen, ob wir denn eigentlich noch unter Kulturmenschen leben.

Der Anfang August stattgefundene Saison-Ausverkauf in Mannheim war der Zeitpunkt des schärfsten Boykotts. Plakate wurden geklebt, Posten aufgestellt und Käufer fotografiert. In die Verkaufsräume warfen die braunen Helden Stinkbomben und Niespulver und bildeten Sprechchöre: "Kauft nicht beim Juden". "Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter". usw.

Mit allen erdenklichen Schikanen wollten die Nazis den jüdischen Geschäftshäusern den Verkauf unmöglich machen. Die Aktion war jedoch so von Misserfolg gekrönt, dass sich die Herren unsterblich blamiert haben. Es war der erste sichtbare Beweis, dass das Volk ihre grossen Töne nicht mehr fürchtet. Die jüdischen Warenhäuser machten einfach glänzende Geschäfte. Schmoller und Rotschild mussten sogar zweimal in den 8 Tagen vorübergehend wegen Ueberfüllung schliessen. Kurzum, die Aktion ist von der Bevölkerung gut pariert worden.

Seit dem 28. August haben alle Mannheimer Gaststätten das Plakat: "Juden sind unerwünscht" an den Fenstern angebracht. Gesetz ist es nicht, aber wer es nicht anbringt, ist ein Saboteur und hat zu erwarten, dass er in Haft kommt. So hat sich der Inhaber des grossen Mannheimer Speiselokals "Zur Landkutsche", J. Schlipf, gewehrt, das Plakat anzubringen, weil er zahlreiche jüdische Besucher hat infolge der Nähe der Börse. An Börsentagen speisten dort immer 100 bis 120 Nichtarier zu Mittag. Am 2. August zog daraufhin eine "erregte Volksmenge" vor das Lokal und nahm den Wirt in Haft. Das Ergebnis: der Wirt hat 120 gute Gäste verloren. Zwei Kellner wurden arbeitslos und die Lieferanten des Wirtes auftragslos. Aber: die nationale Ehre ist gerettet.

Etwas anders ist eine ähnliche Aktion in Hockenheim, Amt Mannheim verlaufen. Die "heleute Karl Seitz betreiben dort schon seit 22 Jahren das "Hotel zur Kanne". Unter den Stammgästen befinden sich viele jüdische Zigarrenfabrikanten. Am 10. August verlangte der Bürgermeister von Hockenheim von der Wirtin, dass sie von nun an den Juden das Lokal verbiete. Die Frau antwortete, dass sie dies nicht tun werde, da die Leute vielfach schon seit 20 und mehr Jahren bei ihnen verkehren. Daraufhin wurde der Bürgermeister tätlich gegen die Frau und schlug sie ins Gesicht, so dass sie aus Mund und Nase blutete. Der Wirt sprang hinzu und traktierte den Bürgermeister mit einem Gummiknüppel, derart, dass er 8 Tage das Bett hüten musste.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hat sich über das blaue Gesicht ihres Stadtoberhauptes köstlich gefreut. Der Wirt hatte von der Stunde an ein noch besseres Geschäft.

4. Bericht: Die amtlich angeordnete Judenhetze der letzten Wochen wird mit den aufreizendsten Propagandamitteln in Bewegung gesetzt. Trotzdem kann schon jetzt gesagt werden, dass diese Judenschlacht das Schicksal der Arbeitsschlacht teilen wird. Das heisst, ausser einer vorübergehenden Ablenkung und einer Beruhigung der braunen Kämpfer wird nichts herauskommen, weil der überaus grösste Teil der Bevölkerung diesem Treiben absolut teilnahmslos gegenüber steht, es zum Teil sogar scharf abweist.

5. Bericht: Der derzeitige Oberbürgermeister von Freiburg, Fg. Dr. Kerber, früher Weinhändler, lässt alle städtischen Beamten einen Revers unterschreiben, dass sie und ihre Angehörigen nichts bei Juden kaufen, sonst würde fristlose Entlassung erfolgen. Ebenso sei das Grüssen von Juden verboten.

6. Bericht: In Randegg wurde am 31. 8. der jüdische Pferdehändler Karl Weil wegen Rassenschande festgenommen. Ueber sein Schicksal erfuhr man erst etwas, als er in das Singener Krankenhaus eingeliefert wurde und von dort wegen der schweren Verletzungen in die Freiburger Klinik kam. Nach den Berichten der Randegger wurde vor seinem Hause eine Demonstration veranstaltet, bei der er, als er sich durch eine Stalltüre hinten am Hause retten wollte, von SA-Leuten angeschossen wurde. Die nahen Schweizer Zeitungen griffen den Vorfall auf und stellten den Sachverhalt dar. Die Naziblätter versuchten zunächst, diesen Terrorfall zu bagatellisieren; erst nach 10 Tagen veröffentlichte die "Bodensee Rundschau" einen langen Artikel, in dem behauptet wurde, K. Weil sei von einem Beamten verhaftet, habe jedoch einen Fluchtversuch unternommen. Im Artikel heisst es weiter: "Er lief selbst nach Abgabe eines Schreckschusses weiter. Erst ein zweiter Schuss in den rechten Unterarm brachte ihn zum Stehen. Der Jude Weil wurde darauf sofort nach Singen überführt. Hier stellte sich heraus, dass er ausser der Armverletzung auch eine Schussverletzung an der Hüfte davongetragen hatte." Diese Darstellung wird angezweifelt. Die Leute sagen allgemein, wenn es so wäre wie es im Zeitungsartikel steht, dann hätte man schon am anderen Tage etwas erfahren.

Hessen, 1. Bericht: Der Kampf gegen die Juden wird mit allen Mitteln fortgesetzt. Jetzt wird auch die Hitlerjugend in diesen gehässigen Kampf eingespannt. Die Kinder werden auf ein Lastauto geladen und schreien im Sprechchor: "Juda verrecke". Oder sie marschieren durch Strassen, in denen Juden wohnen und singen: "Wenn das Jüdenblut vom Messer rinnt, dann gehts noch mal so gut." oder das andere "Kampflied": "Köpfe rollen, Juden heulen". Die Kaufmannslehrlinge werden für den Berufskampf im Maschinenschreiben ausgebildet, indem sie unendlich oft Zettel mit folgendem Inhalt schreiben müssen: "Haltet die Anlagen und die Bäder frei von jüdischem Ungeziefer, denn

es ist schlimmer als die Wanzen". Natürlich müssen die Zettel auch verbreitet werden und diese Verbreitung bereitet dann die bekannten Ausschreitungen vor. Die so angestachelten Rowdy-Instinkte toben sich aber nur an den proletarischen Juden aus, an die gutgekleideten, wohlhabenden Juden getraut man sich nicht heran. Denen wird höchstens einmal ein halblautes Schimpfwort nachgerufen, wenn sie ausser Hörweite sind.

2. Bericht: In Frankfurt ist ein Streit um den "Stürmer" und seinen Vertrieb entstanden. Die Veranlassung dazu gab folgender Vorfall: Der "Stürmer" veröffentlichte in der Nr. 19 den Faksimileabdruck einer Rechnung des jüdischen Schuhgeschäfts Speyer an die Stadt Frankfurt für Schuhe an Wohlfahrtsempfänger. Oberbürgermeister Krebs verlangte, dass der Vertrieb dieser Stürmernummer in Frankfurt verboten werde; Polizeipräsident Beckerle entsprach diesem Verlangen jedoch nicht. Krebs forderte nun ein Verbot, den "Stürmer" öffentlich anzuschlagen, aber auch das wurde vom Gauleiter Sprenger abgelehnt. Nun hat der Oberbürgermeister den Zeitungen eine Richtigstellung übersandt und die ihm unterstellten Behörden angewiesen, die Aushängekästen von den städtischen Plätzen zu entfernen.

3. Bericht: In Wiesbaden wird die Entjudung der Geschäftswelt mit allem Nachdruck betrieben. Jetzt ist das bekannte Kaufhaus Blumental in den Besitz des bisherigen Rayonchefs Krüger (SA-Sturmführer) übergegangen. Das Modenhaus Herz übernahm der Geschäftsführer Bender. Das Modenhaus Gutmann der Reklamechef Gibbrich. Wo diese Angestellten auf einmal das Geld herhaben, ist unbekannt geblieben. Im Kaufhaus Blumental wurden sofort etwa 50 Angestellte, darunter 17 Juden, gekündigt.

In der Wagmanstrasse betreibt der Amtswalter der P.O., Beckel, die Entjudung. Er selbst übernahm eine jüdische Althandlung und wurde jetzt wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Frau des verstorbenen Juden Rosenblum wurde von dem gleichen "Amtswalter" Beckel zur Zahlung einer grösseren Summe Geldes an die NSV veranlasst. Dafür erhielt sie ein Schild "Deutsches Geschäft", das sie an der nun auf die Firma Gertrud Binner (Mädchenname) umgetauften Firma Rosenblum angebracht hat. Es geht eben alles.

4. Bericht: In Wetzlar wurde kürzlich folgendes Plakat angeschlagen, das von der SA-Standarte 88 ausgegeben wurde:

Macht Schluß mit dem Juden!

Wir wollen keine Frauen, die beim Juden kaufen, und keine Judendirenen.

Ob im Frack oder im Kasan, ob arm oder reich, ob gepflegt oder schnuddelig, das ist gleichgültig. Jude bleibt Jude, Blut bleibt Blut und Kasse bleibt Kasse. Darauf kommt es an!

Deutsche Frau, wenn Du beim Juden kaufst, deutsches Mädel, wenn Du es mit einem Juden hälst, dann verrätst Du: hebe Euer Deutsches Volk und Euren Führer Adolf Hitler und verflüchtigt Euch an Euren Deutschen Wolf und seiner Zukunft. Macht endlich auf! — Deutsche Frau, Du schämst Dich nicht, Dein Wirtschaftsgeld zum Juden zu schaffen? Weißt Du, was Du damit tust? Du gibst damit dem Todfeinde des Deutschen Volkes, also auch Deinem eigenen und Deiner Kinder-Todfeinde, die Waffen zum Kampf gegen Deutschland in die Hand!! Muß das sein? Kannst Du wirklich nicht zwei, drei Häuser weitergehen und Deinen Bedarf bei einem deutschen Volksgenossen decken?

Und Du, deutsches Mädel, Du gibst Dein Bestes, Deine Ehre und Dein Blut, einem Fremdrassigen?

Schämst Du Dich nicht vor Dir selber?

Sollte es wirklich so unmöglich sein, an Stelle eines Judendirenen einen echten, rechten deutschen Jungen zu finden? Freilich, der hat vielleicht kein Auto und auch keine geschickte Briefkasten, aber er hat das Herz auf dem rechten Fleck und ist Blut von Deinem Blut.

Wir wollen einmal deutsche Frauen haben und keine ausrangierten Judendirenen!

1918 erdolchten die verführten Marzisten als Wegbereiter Judas die deutsche Front. Zu spät gingen ihnen dann die Augen auf, zu spät erkannten sie, was sie fürchterliches angerichtet hatten. Deutsche Frauen und Mädel, habt Ihr immer noch nichts gelernt?

Wollt heute Ihr die Wegbereiter Judas und damit des Bolschewismus sein. Und das nur, weil Ihr Euch nicht entschließen und auftraffen könnt, mit Eurer schlafmüchtigen Gleichgültigkeit Schluß zu machen? Deutsche Frauen und Mädel, merket die Juden wie Pestkränke; heute, morgen, überall und zu jeder Zeit!

Aus dem „S. J. Mann.“

5. Bericht: In Oberursel, einem Städtchen des vorderen Taunus, wurde wie in so vielen anderen Städten und Dörfern, ein Transparent über die Strasse gespannt mit der Inschrift: "Juden sind hier unerwünscht!" In Oberursel befindet sich die Maschinenfabrik Turner A.G., die in der letzten Zeit umfangreiche Auslandsaufträge hereinbekommen hat und erhebliche Neueinstellungen von Arbeitskräften vornehmen konnte. Wie nun bekannt wurde, haben Vertreter ausländischer Firmen Anstoss an dem Transparent genommen und mit der Annullierung der Aufträge gedroht, wenn das Transparent nicht beseitigt würde. Der Direktor der Maschinenfabrik wurde beim Bürgermeister in Oberursel vorstellig, jedoch ohne Erfolg. Da das Transparent inzwischen jedoch entfernt wurde, wird angenommen, dass eine Intervention bei Sprenger erfolgt ist.

6. Bericht: Die "Gaubellage" des "Aufbaus" für Hessen-Nassau (Nachrichtenblatt der NSDAP, der NS-Hago und der DAF) veröffentlichte am 15. 6. 35 einen Leitartikel: "Judenschwindel", der gegen das grosse Berliner Warenhaus Wertheim A.G. gerichtet war. Die Gauamtsleitung Schlesien der NS-Hago habe, so wurde berichtet, festgestellt, dass sich die drei Wertheim-Gesellschaften "Judenknechte" gekauft haben, um die jüdische Aktienmajorität zu tarnen. In dem offiziellen Artikel wurde von "jüdischen Grossgaunern", "schmutzigen Geschäften", "falschen Vorspiegelungen", "grinsenden Judenfratzen" usw. gesprochen. Die nächste Folge dieser "Gaubellage" (15.7. 35) enthält folgende Mitteilung der Gauleitung, Amt NS-Hago:

"Wie wir von zuständiger Seite erfahren, werden... erneute Feststellungen hinsichtlich der Besitzverhältnisse der Firmen Wertheim A.G., A. Wertheim G.m.b.H., Wertheim Grundstücks-Gesellschaft getroffen. Bis zum Abschluss dieser Feststellungen haben Propagandamassnahmen gegen die genannten Gesellschaften unter Hinweis auf die nicht-arische Eigenschaft der Wertheim-Firmen zu unterbleiben."

7. Bericht: Den städtischen Arbeitern und Beamten in Worms wurde mit Entlassung gedroht, wenn sie bei Juden kaufen. Auf dem Lande droht man den Erwerbslosen mit dem Entzug der Unterstützung, wenn sie beim Juden einkehren. Trotzdem sind die Judengeschäfte die bestbesuchtesten. Die Bevölkerung sieht in diesen Machenschaften der Nazis nur den Konkurrenzneid der christlichen Händler. Kürzlich wurde eine private Schwimmanstalt, die nur von Juden besucht wird, gestürmt und die Badenden aus der Anstalt getrieben. Der christliche Besitzer kam einige Tage in Schutzhaft, weil er sich gegen diese Vorkommnisse auflehnte.

Man kann feststellen, dass die Judenhetze nur in den primitivsten Gehirnen Wurzel gefasst hat. Die anständige Bevölkerung lehnt diese Hetze ab.

Rheinland, 1. Bericht: Man sucht die Massen durch Judenhetze und andere Mätzchen abzulenken. Aber es ziehen auch nicht einmal mehr die überall angebrachten "Stürmer"-Kästen. Allmählich geht allen ein Licht auf. Ein Beispiel: in einem kleinen Städtchen unseres Bezirkes werden zwei Juden wegen "Rassenschande" verhaftet. In der ganzen Stadt klebt man rote Plakate an und macht die Bevölkerung auf dieses fluchwürdige Verbrechen aufmerksam. Und was ist die Wahrheit? Zwei jüdische Viehhändler sitzen in einer Wirtschaft bei einem Glase Bier. SA-Leute fangen an, sie zu belästigen, es entsteht eine Keilerei, die mit einer Niederlage der SA-Leute endet. Die beiden Juden aber werden wegen Rassenschande verhaftet. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen der Rassenschande eingestellt, die roten Plakate aber hängen noch immer. Allerdings haben unsere Genossen dafür gesorgt, dass die Wahrheit bekannt geworden ist.

2. Bericht: Die Judenhetze wird übrigens nur von einem ganz kleinen Kreis mitgemacht. Das Volk verabscheut diese Sache und oft stehen die Leute demonstrativ Schlange beim jüdischen Fleischer oder kaufen beim jüdischen Kleider- oder Tuchhändler. Die Judenhetze verfehlt jedenfalls, von den Dummen bei den Nazis abgesehen, ihre Wirkung vollkommen.

Westfalen, 1. Bericht: Der jüdische Lehrer N. wurde wegen angeblicher Rassenschändung verurteilt. Nachgewiesen konnte ihm nichts werden. Trotzdem wurde er zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der arische Verteidiger, der Freispruch beantragte, bekam am folgenden Abend sein Ständchen von der SA. Eine Puppe, die das Aussehen eines Juden hatte, wurde beim Umzug mitgeführt. Nachdem man vor dem Hause des Anwalts grossen Tamtam gemacht hatte, wurde kontrolliert, ob auch Fotografien davon angefertigt worden waren. Es erging der Befehl, alles zu beschlagnahmen. Die Puppe wurde am anderen Tage vor der Synagogen tür gefunden. Der Anwalt wird öffentlich boykottiert.

Auf den Wochenmärkten dürfen die Juden nicht mehr kaufen. Es sind Transparente aufgestellt: "Juden betreten den Marktplatz auf eigene Gefahr."

In einem grossen Dorf hängt an sämtlichen Häusern das Schild: "Juden ist der Eintritt in meinem Hause verboten." Nur beim Arzt und beim Pfarrer sind diese Schilder nicht angebracht. Diese beiden Leute stehen auf der schwarzen Liste. Die meisten Bewohner haben das Schild unter Zwang angebracht.

Wie es gemacht wird, zeigt folgender Vorfall: In die Sprechstunde eines jüdischen Arztes kommen zwei Patientinnen zu gleicher Zeit ins Sprechzimmer. Sie fallen dem Arzt um den Hals und küssen ihn. Der Zweck war lediglich, den Arzt der Rassenschändung beschuldigen zu können. Es schwebt nun ein Verfahren gegen ihn. Dieser Arzt war im Kriege Frontkämpfer und Offizier.

2. Bericht: Trotz der anderslautenden Meldungen der Nazi-
 presse geht die Hetze unvermindert weiter. Sie nimmt gerade-
 zu groteske Formen an. Das schlimmste ist die durch diese
 Hetze hervorgerufene Rechtsunsicherheit. Den Nazis selbst
 wird diese Entwicklung nun auch schon zu nt. So haben
 die Judengesetze von Nürnberg in Nazikreisen eine sehr ge-
 teilte Aufnahme gefunden. Uns sind zahlreiche Nationalso-
 zialisten bekannt, die auf diese Ausnahmegesetze schimpfen.
 Sie sagen z.B., Hitler lässt sich von dem wahnsinnigen
 Streicher immer weiter ins Unglück führen. Natürlich gibt es
 in der SA und der NSDAP Kreise, die für den Radauantisemi-
 tismus noch sehr zu haben sind. Einige Beispiele dafür:

In E. in Westfalen verhaftete man den jüdischen Metzger
 W., weil er verdorbenen Speck ausserhalb seiner Wurstküche
 in einem Korb stehen hatte. Man stellte ihn neben seinen
 Korb vor seinem Geschäft in einer Hauptverkehrsstrasse auf,
 mit einem Schild auf der Brust, dass er ein Schwein und
 grosser Dreckfink sei. Am anderen Tag wurde er dem Schnell-
 richter vorgeführt. Urteil: drei Monate Gefängnis, 500 Mark
 Geldstrafe und dauernde Schliessung des Geschäfts.

Der jüdische Viehhändler P. aus demselben Ort wird ver-
 haftet. Grund: er soll schwarz und koscher geschlachtet ha-
 ben. Nach 14tägiger Untersuchungshaft wird er vom Landge-
 richt freigesprochen und sofort auf freien Fuss gesetzt. Am
 Abend seiner Freilassung demonstrieren vor seinem Hause in
 E. etliche, 50 bis 60, SA- und SS-Leute, die man dahin diri-
 giert hatte und - der Jude wurde in Schutzhaft genommen.

Auf den Märkten in westfälischen Städten sind Schilder
 angebracht: "Juden betreten den Markt auf eigene Gefahr."
 So schafft man sich die unbequeme Konkurrenz vom Leibe. Dass
 den Juden des Nachts die Fensterscheiben mit Pech, Teer
 oder Kot beschmiert werden, gehört zu den Alltäglichkeiten.

Wenn man dann jeden Tag in der Nazipresse die Unschuldsbe-
 teuerungen aller möglichen und unmöglichen Parteistellen
 der Nazis lesen muss, steigt einem angesichts der Tatsache,
 die man alltäglich erleben muss, ein Ekel auf. Manchmal
 schämt man sich tatsächlich, ein Deutscher zu sein. Ein
 Glück nur, dass dieses Gesindel nicht allein Deutschland
 darstellt.

Einer der Hauptthetzer in F. ist der Metzger M.P. Er hat
 im Jahre 1926 dem Juden L. in G. eine Kuh von der Weide ge-
 stohlen und dafür 1 1/4 Jahr Gefängnis abgesessen. So sind
 diese Burschen alle, alle: Heuchler, Pharisäer, Diebe und
 Hehler, wie sie im Buche stehen.

3. Bericht: Im westfälischen Industriegebiet werden in den
 Schaufenstern der Geschäfte mehr aus Angst als aus Ueber-
 zeugung anti-jüdische Plakate angebracht. In den "Stürmer"-
 kästen hängen zahlreiche Abbildungen der Leiter der russi-
 schen Politik. Es werden u.a. Lenin und Stalin als Juden
 in einer niederträchtigen Karikatur gezeigt. Dazu sind In-
 schriften angebracht, die auf die Verjudung des Bolschewis-

mus hinweisen. Während die deutsche Regierung gegen Hitlerkarikaturen im Ausland Beleidigungsklagen durchführt, lassen sich die Bolschewisten ohne Gegenwehr beleidigen.

Nordwestdeutschland, 1. Bericht: Der jüdische Schlachter Moritz De Vries in Weener ist in Schutzhaft genommen worden, weil er sich über verschiedene Unterschlagungen und andere Skandale in der Stadt beschwerdeführend an den preussischen Ministerpräsidenten Göring gewandt hat. De Vries ist inzwischen in das Konzentrationslager Börgermoor gebracht worden.

In Papenburg (Emsland) haben einige SA-Leute den jüdischen Viehhändler Sigmund Windus, dem sie den Beinamen "Teddybär" gegeben haben, auf der Strasse aufgegriffen, um sich ein Vergnügen zu machen. Der Jude erhielt ein grosses Schild um den Hals: "Deutsche kauft bei Juden. Wir versuchen inzwischen, wie ich, Talmudjude Sigismund, eure Frauen zu schänden." Dann zwang man ihn, eine grosse Trommel zu schlagen, während er durch die Strassen Papenburgs getrieben wurde. Als der Umzug beendet war, verhaftete die Polizei den Misshandelnden. Die Polizei gab am nächsten Tage in der Presse bekannt; "W. soll sich kürzlich schuldig gemacht haben, eine Arbeiterfrau zu belästigen. Mehrere derartige Vorfälle gegen arische Frauen und Mädchen von ihm sind bekannt, so dass es für die Umgebung eine Erleichterung war, als er verhaftet wurde."

Auf dem wöchentlichen Viehmarkt in Weener ist jetzt eine Stelle reserviert, die durch ein Schild gekennzeichnet ist: "Platz für Juden." Hier können jüdische Viehhändler ihr Vieh anbieten. Doch wird dieser Platz so überwacht, dass sich niemand an diese Ecke heranwagt.

Auf dem Viehmarkt in Leer, dem grössten Markt dieser Art in ganz Ostfriesland, ist jetzt ein Teil abgezäunt und durch Schilder als Standplatz für jüdische Händler bezeichnet.

Vor einigen Tagen kam ein jüdischer Reisender nach Borkum. Der Mann stammte aus Eisenach. In wenigen Stunden hatte die SA einen Umzug organisiert, der den Juden aus dem Hause holte und durch den Badeort trieb, bis ihn die Polizei verhaftete.

In Jemgum (Ostfriesland) erschien am Freitag, dem 20. September 1935, vor dem Hause eines jüdischen Schlachters ein Möbelwagen. Nachfragen ergaben, dass die Möbel dem Schwiegersohn des Schlachters gehörten, der aus einer anderen Stadt in das Haus seines Schwiegervaters übersiedeln wollte. Innerhalb kurzer Zeit wurde der gesamte Nazianhang dieses Dorfes unter Führung der SA auf die Beine gebracht, vor dem Hause des Schlachters zusammengeholt und durch die SA zur Demonstration veranlasst. Nach einem längeren Radau vor dem Hause, wobei sämtliche Fensterscheiben eingeworfen wurden, erschien der Bürgermeister des Ortes und forderte die Parteigenossen auf, sich ruhig zu verhalten, bis er mit dem Schlachter gesprochen hätte. Er begab sich dann in die Wohnung des jüdischen Schlachters und kam nach kurzer Zeit

zurück. Darauf erklärte er seinen wartenden Freunden, dass dem Schwiegersohn verboten worden sei, hier in Jemgum bei seinem Schwiegervater Wohnung zu nehmen. Der Mann habe versprochen, noch am gleichen Abend weiter zu ziehen. Lautes Gejohle und Beifallsrufe beantworteten die Ausführungen des Bürgermeisters. Die Demonstranten warteten, bis Polizei erschienen und den Schwiegersohn aus dem Hause holte, ihn in die Mitte nahm und zur Emsfähre brachte. Einige hundert Demonstranten begleiteten den Zug bis zur Fähre. Lautes Schimpfen auf den Juden und polizeiliche Verwarnungen an den aus dem Ort Geworfenen bildeten den Abschluss dieses Falles.

2. Aus einem Reisebericht: Für die SA sind die antisemitischen Demonstrationen, die ich in einer Reihe von Orten erlebte, geradezu Volksbelustigungen. Grosse Lastwagen durchkreuzen die Strassen, SA in voller Uniform mit ihren Fahnen haben die Wagen besetzt. Die Seitenwände der Wagen sind mit Aufschriften widerlichster Art und verzerrten Judenköpfen "geschmückt". Man erlebt auch immer wieder Umzüge von SA-Gruppen, die einen Juden mit einem Schild vor sich her treiben, ihn schlagen und bespucken. Strasseneinfahrten in den Städten sind ganz allgemein mit antijüdischen Warnungsschildern versehen. So etwas fällt nicht mehr als Ausnahme auf. Auf diesem Gebiet nationalsozialistischer Tätigkeit fehlt mir gegenüber meinem vorjährigem Besuch jeder Vergleich. Die damalige Antisemitenhetze stand in keinem messbaren Vergleich zum heutigen Betrieb. Trotzdem kennt der Antisemitismus keine Konsequenz in der Ablehnung der Juden. Ein Beispiel: Während der Leipziger Messe fahre ich in einem Coupee mit zwei Ausstellern, die aus Leipzig zurückkamen und infolge des schlechten Geschäftsganges ihre Plätze vorzeitig aufgegeben hatten. Ehe sie von ihren Geschäften gesprochen hatten, wurde eine wüste antisemitische Walze gedreht. Als sie von den schlechten Geschäften sprachen, erklärten sie mit neuer Wut gegen die Juden, dass vor allem deren Kaufunlust zu dem schlechten Messeergebnis geführt hätte. Es fiel mir schwer, desinteressiert zu bleiben. Die Leute konnten nicht soweit denken, dass boykottierte Juden infolge Absatzmangels kaufunfähig sind und bleiben müssen. Ein Trost war, dass der weitere Verlauf der Unterhaltung bei der Kritik gegen die Juden nicht Halt machte. Mit derselben Wut erklärten die enttäuschten Aussteller, dass man die Journalisten umbringen müsse, die sie durch rosarote Berichte zur Teilnahme an der Leipziger Messe verleitet hätten.

Pommern: Der Landesbauernführer Bloedorn hat nachstehenden Aufruf an die pommersche Landbevölkerung erlassen:

Die pommerische Landbevölkerung

hat seit der Machtübernahme klar erkannt, daß die von ihr in schwerer Arbeit dem kargen Boden abgerungenen Erträge durch die weitblickenden Maßnahmen der Regierung und die unablässigen Bemühungen des Reichsnährstandes den Preis finden, der wenigstens den Aufwendungen entspricht und die Möglichkeit gibt, ihren Verpflichtungen gegenüber der Volksgemeinschaft nachzukommen. Die Jagd nach dem Preise hat aufgehört, man

handelt nicht mehr

um den jederzeit höchsten Preis zu erhalten, sondern um einen gerechten Verkauf den landwirtschaftlichen Betrieb in gesicherten Bahnen zu halten und ihn ständig zu vervollkommen, damit er dem Volke möglichst gute und reichliche Erzeugnisse liefere. Die Befreiung von den ewigen Preisschwankungen, die jede Voraussicht über den Hausen warfen, verdanken wir dem energischen Eingreifen der Reichsregierung, die

mit Juden und Judengenossen

die durch die jährlichen Preisschwankungen mühelos Millionengewinne einheimsten, nichts zu tun haben wollte und der Börse alle Spekulationsgeschäfte unterlagte. Jedes Jahr wurde der Bauer von neuem um seine Arbeit betrogen, wenn mit Beginn der Ernte jährlich ein allgemeiner Preisschurz eintrat, gerade dann, wenn durch drängende Zahlungsverpflichtungen die Landwirtschaft unter allen Bedingungen verkaufen mußte. Das waren keine „natürlichen Preisschwankungen“, wie behauptet wurde,

sondern nur

Machenschaften der internationalen Börse und des jüdischen Händlertums. Sobald die Bauern kaum noch Getreide besaßen, zogen die Preise an und der Gewinn würde von denen eingesteckt, die meistens die Ware überhaupt nicht einmal gesehen hatten. Mit diesen unerhörten Verhältnissen hat das Dritte Reich unerbittlich aufgeräumt. Gerechte Preise sind im voraus festgelegt. Die Zeiten der Ausbeutung der Landwirtschaft durch das Judentum sind vorbei. Der Geschäftsverkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und arischen Händlern sichert dem Bauern und Landwirt den notwendigen Erlös.

Darum handelt die pommerische Landwirtschaft nur

mit Genossenschaften und arischen Händlern

Bloedorn,
Landesbauernführer.

Berlin, 1. Bericht: Der Judenboykott wird nach wie vor betrieben, wenn es auch nicht mehr zu offenen Ausschreitungen kommt. Ein Ort nach dem anderen in der Umgebung von Berlin schliesst sich jetzt durch Plakate und Verbote dem Vorgehen vieler anderer deutscher Gemeinden an: Juden wird der Zuzug verboten, Juden dürfen keine Grundstücke erwerben. Juden werden nicht beherbergt und an Juden wird nichts verkauft.

Auch die schriftliche Propaganda gegen die Juden hat von den Vororten Berlins Besitz ergriffen. So ist an dem Zaun des Altersheims in Blankenfelde eine riesengrosse Inschrift angebracht: "Setzt euch in Marsch, sonst treten wir Euch. .."

In Berlin tragen jetzt auffällig viel Geschäfte den Vermerk: "Rein arisches Unternehmen", oder "Deutsches Geschäft". Auch in den Inseraten wird vielfach darauf hingewiesen, dass es sich um arische Geschäfte handelt. So interessieren vor allem die grossen Schuhfirmen (Leiser usw.) ständig mit diesem Zusatz. In der "Morgenpost" sind nach der Verkündung der Judengesetze spaltenlang Anzeigen über Anzeigen erschienen, in denen Dienstmädchen über 45 Jahre gesucht werden.

2. Bericht: Die NS-Volkswohlfahrt Prenzlauer Berg in Berlin zeichnet sich durch einen besonders "radikalen" Mitarbeiterstab aus. Verschiedene Ortsgruppen, vor allem die Ortsgruppe "Flandernsiedlung" (früher Carl-Legien-Siedlung der Gewerkschaften), beschäftigen sich auch mit der Vernichtung der "Judenknechtschaft". In dem Bezirk, der nördlich an den Alexanderplatz angrenzt, wohnen viele Ostjuden als kleine Händler und Handwerker. Gemeinsam mit der NS-Frauenschaft, zu der sonst ein etwas gespanntes Verhältnis besteht, wurde in den Monaten Juli, August und September eine Art Späherdienst aus jüngeren weiblichen Mitarbeitern, vor allem "höheren Töchtern" der dort wohnenden kleinen Beamten und mittleren Angestellten organisiert, um besondere Schandtaten der "jüdischen Bestien" aufzudecken. Die Stürmerkasten des Stadtteils enthielten ausser der Zeitung regelmässig noch Privatphotographien von "Judenknechten", d.h. Arbeiterfrauen, die bei jüdischen Händlern kauften, mit Unterschriften wie: "Diese deutsche Volksgenossin trägt noch deutsche Arbeitergroschen zum Juden!" oder "Ihr Mann hat durch den Führer Arbeit bekommen, sie aber kauft beim Juden!" NS-Frauenschaft und NSV zogen auch gemeinsam zum Schwimmbad Lichtenberg, um dort Pärchen auszukundschaften, deren eine Hälfte schwarz - deren andere blondhaarig war. In einzelnen Fällen wurden auch Nichtjuden von diesen "Aktionen" betroffen und aus der Badeanstalt herausgejagt.

Ein 15jähriger jüdischer Schüler hatte eine harmlose Kinderfreundschaft mit einem 13jährigen "arischen" Mädchen. Möglich, dass sich die beiden auch mal geküsst haben. Von Schülerinnen der höheren Klassen wurde auf Weisung der

NSV-Damen eine "Razzia" auf das Pärchen veranstaltet, d.h. die beiden wurden auf dem gemeinsamen Schulweg beobachtet, verfolgt und belästigt. Eines Tages hielten es die beiden nicht mehr aus und flüchteten sich in einen Hausflur. Sofort wurde die Polizei gerufen, die die beiden verängstigten Kinder hervorzog. Ein "Stürmer"-Photograph war auch gleich zur Stelle und knipste den "vertierten jugendlichen Wüstling". Den Eltern des 13jährigen Mädchens wurde auf Betreiben der NSV das Sorgerecht über ihr Kind entzogen; bis zur Einweisung in ein öffentliches Erziehungsheim wurde sie von NSV-Funktionärinnen "liebvoll betreut", und unter den schamlosen Suggestivfragen "gestand das Mädchen weinend" (laut "Stürmer"), in dem Hausflur von dem 15jährigen Wüstling in nicht wiederzugebender Weise vergewaltigt worden zu sein. "Wieder ist eine arische Mädchenblüte der sinnlosen Gier Judas zum Opfer gefallen .." usw. - Der Junge wurde verhaftet, von der NSV wurde durch eilends gefertigte Handzettel "eine spontane Kundgebung" zusammengerufen. Man vollführte vor der Wohnung der Eltern des Schülers solche Szenen, dass diese sich in den Schutz der herbeieilenden Polizei begeben und ihre Wohnung räumen mussten.

Mitteldeutschland, 1. Bericht: Selbst in den kleinsten Geschäften der Städte der Magdeburger Ebene hängen im Schaufenster jetzt grosse Schilder mit der Aufschrift: "Juden unerwünscht", was schliesslich auf eine einfache Art der Aushungerung der Betroffenen hinausläuft. Die gleichen Schilder hängen in jedem Tramwagen auch der Magdeburger Strassenbahn, so dass von "Rechts" wegen im Dritten Reich die israelitischen Mitbürger sogar vom Strassenbahnfahren ausgeschlossen sind. In Köthen, immerhin einer Stadt von 26.600 Einwohnern, dürfte sich heute überhaupt kein Jude mehr aufhalten. Die Leute sind zum Teil Hals über Kopf abgereist. Kein Mensch weiss recht, wohin im einzelnen.

2. Bericht: Der Stadtrat von Schleiz in Thüringen hat vor kurzer Zeit einen Beschluss gefasst, wonach Grundstücke nicht mehr an Juden verkauft werden dürfen. Ferner erhalten Handwerker oder sonstige Firmen keine öffentliche Arbeiten mehr, sofern sie in ihrem Betriebe Juden beschäftigen oder sonst mit Juden in geschäftlicher Verbindung stehen.

Sachsen, 1. Bericht: Die Judengesetze werden nicht sehr ernst genommen, denn die Bevölkerung hat andere Sorgen und ist zumeist der Ansicht, dass der ganze Judenrummel nur veranstaltet wird, um die Menschen von anderen Dingen abzulenken und der SA Beschäftigung zu geben. Man darf aber nicht meinen, dass die Judenhetze nicht auch die gewollte Wirkung auf viele Menschen habe. Im Gegenteil, es gibt genug Leute, die im Banne der Judenverfemung stehen und die Juden als die Urheber manchen Missstandes betrachten. Sie sind zu fanatischen Judengegnern geworden. Diese

Feindschaft äussert sich vielfach in der Form, dass man Volksgenossen wegen ihres Verkehrs mit Juden bespitzelt und denunziert, wohl auch in der Hoffnung, dafür bei der Partei Anerkennung und Bevorzugung zu finden. Die Massen der Bevölkerung ignorieren aber die Judendiffamierung, sie kaufen sogar mit demonstrativer Vorliebe in jüdischen Warenhäusern und nehmen gegen die kontrollierenden SA-Posten, vor allem wenn diese photographieren wollen, eine recht unfreundliche Haltung ein.

2. Bericht: Die Judenhetze macht sich auch in Zwickau bemerkbar. Des öfteren fahren Lastwagen, auf denen SA-Leute verfrachtet sind, durch die Strassen. Die SA-Leute schreien im Chor: "Kauft nicht bei Juden.", "Die Juden sind unser Unglück", "Juda verrecke" usw. Im Zusammenhang damit werden auch Kontrollen der Käufer in jüdischen Geschäften vorgenommen. Den Beamten ist in einem neuen Erlass strengstens verboten worden, in jüdischen Geschäften Einkäufe vorzunehmen. Die Folgen dieser Massnahmen und der Hetze sind, dass tatsächlich die Umsätze der jüdischen Geschäfte empfindlich zurückgehen. Viele Kunden getrauen sich aus Angst nicht mehr, in diese Geschäfte zu gehen. Der "Stürmer" wird in allen Bezirken plakatiert. Aber es ist nicht zu beobachten, dass ihm besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde.

3. Bericht: Infolge der Judenhetze ist der Geschäftsverkehr bei allen jüdischen Geschäften in Zwickau ausserordentlich stark zurückgegangen. Der Arbeiterschaft bei den Horchwerken wurde durch Anschlag bekanntgegeben, dass jeder, der in jüdischen Geschäften einkauft, mit der sofortigen Entlassung rechnen müsste. Eine ebensolche Anweisung hat auch die Zwickauer Stadtverwaltung an ihre Arbeiter und Beamten ergehen lassen.

Anfang August fand in dem Gartenrestaurant "Waldfrieden" bei Mehlteuer ein Waldfest der Plauener Firma Tietz statt. Während des Festes erschien auf einmal ein Auto mit SA und Amtswaltern von Plauen, die alle jüdischen Angestellten vom Platze wiesen.

Der jüdische Reisende X. einer auswärtigen Firma hatte seine Kunden besucht und wollte in Plauen übernachten. Er wurde überall abgewiesen, da man dem Nichtarier kein Hotelzimmer zur Verfügung stellen wollte. Er war gezwungen, in seinem Auto auf dem Parkplatz am Markt zu schlafen.

In der Bekämpfung der Juden, insbesondere der jüdischen Firmen in Crimmitschau, spielt der Maschinenschlossereibesitzer Max Arnold eine führende Rolle. Er hat Kinder angestiftet, im Kaufhaus Schocken Stinkbomben zu werfen. Gegenwärtig photographiert er von seiner, dem Kaufhaus Schocken gegenüberliegenden Wohnung, die Kundschaft dieses Kaufhauses. Aber alle seine Bemühungen waren bisher nicht erfolgreich. Auch das bei der Firma Schocken über die Strasse gezogene Transparent: "Warum denn zum Juden laufen, beim Volksgenossen sollst Du kaufen!" hat nicht die geringste Wirkung gehabt.

4. Bericht: In Freiberg i. Sa. ist die Polizei gegen den Judenboykott eingeschritten. Das dortige Kaufhaus Schocken (Stammhaus in Chemnitz) beschäftigt arisches Personal, der Lagerleiter ist "alter Kämpfer". Dieser ist zur Polizei gelaufen und hat das Einschreiten verlangt, worauf die Polizei die Boykottposten von ihren Plätzen verwiesen hat. Das Kaufhaus hat jetzt erhöhten Umsatz.

In Radeberg i. Sa. bei Dresden war an das Schaufenster eines jüdischen Geschäftes mit Oelfarbe geschmiert worden: "Joseph verrecke!" (Der Geschäftsinhaber heisst mit Vornamen Joseph) Am anderen Morgen stand neben der Aufschrift nur das Wörten: "welcher?"

Den ausgegebenen Formularen für Anträge zur Winterhilfe lagen in Dresden gedruckte Zettel bei mit der Aufschrift: "Wer bei Juden kauft, ist von der Winterhilfe ausgeschlossen!"

Schlesien: Beiliegend eine Aufnahme des Bades in Krummhübel mit der Verbotstafel für Juden. In scharfen Kurven stehen hier auch Tafeln, auf die mit roter Farbe geschrieben ist: "Juden und Nichtarier dürfen mit 120 km fahren."

Im Kreis Frankenstein in O. Schles. wird der Judenboykott besonders scharf durchgeführt. Es gibt kaum noch einen Ort, an dem nicht an den Eingängen Tafeln mit der Aufschrift: "Juden ist das Hausieren und Betreten dieser Gemeinde verboten" angebracht sind.

In Bischofswalde lebt ein jüdischer Drogist. Vor seinem Laden ist täglich ein ziviler Posten aufgestellt. Die nicht-jüdischen Käufer werden bis in ihre Wohnungen verfolgt. Am nächsten Tage bekommen sie eine Vorladung zur Parteistelle und erhalten dort eine Verwarnung, nicht wieder bei dem Juden zu kaufen.

In Ziegenhals ist dem Tuchjuden Spitz das Geschäft geschlossen worden, weil er zu seinen Kunden gesagt hat, sie sollen sich mit Stoffen eindecken, da die Stoffe sehr knapp werden.

Am 26. September wurde in Neisse der Jude Franz Leipziger (ehemaliger Besitzer einer Mälzerei aus Patschkau) zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Grund dafür ist: In einer Zeitung wurde eine wüste Mordgeschichte geschildert, die Juden an zwei jungen Männern begangen haben sollen. Leipziger liess den Artikel im Kaffeehaus Schneider in Patschau. Gegenüber Bekannten, die am gleichen Tisch sassens bemerkte er, das sei ein aufgelegter Schwindel, der allzu greifbar nur zur Judenhetze beitragen solle. Ein am Nebentisch sitzender Fremder liess L. im Kaffeehaus verhaften. Das war Mitte August. Leipziger ist schwerkriegsbeschädigt. Er war verschüttet und hat dadurch Nervenzucken im Gesicht zurückbehalten.

In der Breslauer Ahornallee ist eine Villa versteigert worden. Der Wert des Hauses war mit 40.000 Mark angegeben. Interessenten waren ein SA-Sturmführer und ein Jude. Der

Jude bot vor Eröffnung der Versteigerung 45.000 Mark an. Bei der Eröffnung wurde dieses Angebot vorgelegt. Der Sturmführer bot 48.000 RMark; der Jude erhielt den Zuschlag mit 53.000 RMark. Als der Jude sich eingerichtet hatte, wurden ihm in der ersten Nacht, in der er das Haus bewohnte, durch die Fenster 3 Flaschen Carbol ins Schlafzimmer geworfen. Dann erhielt er Drohbriefe, dass er wegen Rassenschande ins Konzentrationslager käme. Er ging zur Polizei, sie hat nichts weiter unternommen.

- - - - -

III. Aus der Wirtschaft.

=====

1.) Die Lebensmittelknappheit.

Jeder schaffe, der es kann,
sich jetzt Hahn und Hühner an,
die wir dann mit Liebe pflegen,
dass sie deutsche Eier legen,
denn die schönen deutschen Eier
machen uns vom Ausland freier,
und die deutschen Legeriesen,
sparen unserem Land Devisen!
usw. usw.

(Hannoverscher Anzeiger vom 18.8.35)

Seit dem letzten Bericht haben sich die Schwierigkeiten der deutschen Lebensmittelversorgung wesentlich verschärft. Dass sie keineswegs auf Berlin beschränkt sind, wo es einige Tage keine Butter zu kaufen gab, zeigen die nachfolgenden Berichte. Die Regierung beklagt sich darüber, dass die Bevölkerung die Schwierigkeiten durch das Hamstern noch vermehre. Dabei ist nicht nur die Wirtschafts- und Ernährungspolitik der Regierung, sondern auch ihre Ernährungspropaganda selbst schuld daran, dass die Erinnerung an Kriegswirtschaft und Kriegsnot immer wieder von neuem geweckt wurde, so dass jede "Versorgungsspannung" automatisch neue Hamsterwellen hervorruft. Seit man z.B. aus agrarpolitischen Gründen das Brot verschlechtert hat, macht man für dieses neue "Milcheiweissbrot" eine Propaganda, die der Propaganda für das Kriegsbrot aufs Haar gleicht. Die Schlussseite eines solchen Propagandablattes sieht z.B. so aus:



Der Zucker, die Butter und diese Demoiselle, die Margarine, aber laufen ohne Eiweiß wirklich splitternackend herum.



Milch und Brot macht Wangen rot!

„Wenn der Mensch von ihnen allein leben müßte, würde er nie Eiweiß zu sich bekommen. Drum muß er sich als Ergänzung schon an das vollwertige Milcheiweißbrot halten, um sich die Eiweißmengen, die sein Körper braucht, zu verschaffen.“

„Ich werde danach leben“, sagte der Professor, flappte das dicke Buch zu und ging zu seinem Bäcker, und kaufte ein Milcheiweißbrot. Und als es so gut schmeckte, da dachte er: „Ach, wenn es nur recht viele täten! Es ist schon was Wahres dran:

„Milch und Brot
macht Wangen rot,



Darum oft
Milcheiweißbrot!“

Aber auch ohne diese Propaganda würden die stellenweise tatsächlich erbärmlichen Ernährungsverhältnisse die Erinnerung an die Kriegsjahre ständig wach erhalten. Unsere Bericht-erstatte r melden darüber:

Westfalen, 1. Bericht: Grosse Unruhe und Verbitterung verursacht die Fettknappheit, wie man sie, abgesehen vom Krieg und der Hochinflation szeit, nicht mehr gekannt hat. An zwei bis drei Tagen in der Woche ist keine Margarine mehr vorhanden. Da mehrere Metzger erzählt haben, dass wir noch in diesem Winter die Fleischkarten einführen müssen, zu mindestens aber eine Kontingentierung des Verbrauchs einsetzen würde, ist die Stimmung alles andere denn rosig. Allenthalben hört man in der Bevölkerung die Meinung, dass der kommende Winter noch ungeahnte Ueberraschungen bringen wird. Die Bevölkerung stellt sich eifrig darauf ein und die Hamsterei blüht ausserordentlich. Es ist eine Katastrophenstimmung. Ich betone ausdrücklich, dass ich keinesfalls zu schwarz male, eher das Gegenteil.

Auf dem platten Lande beobachtet man jetzt Viehaufkäufe von besonderer Stelle. Es kommen in die Dörfer Aufkäufer, die sonst niemals als Viehhändler auftraten. Sie werden in den meisten Fällen vom Ortsvorsteher oder seinem Stellvertreter begleitet. Der Ortsvorsteher stellt durch Nachfrage bei den Landwirten das noch zum Verkauf vorhandene Vieh, besonders Schweine, fest, und erklärt dann, dass der Landwirt dieses Vieh an den ihn begleitenden Herren verkaufen soll. Es wird dabei ein moralischer Druck ausgeübt. Der Bauer verkauft dann auch, weil ihm sofortige Bezahlung zum festgesetzten Preis versprochen wird. Ist das Dorf insgesamt durchgegangen, erscheint meistens noch am Abend eine Anzahl Lastwagen, die das Vieh abholen. Der Preis wird dann sofort gezahlt. Es handelt sich hierbei offensichtlich um Aufkäufe für das Heer und für grosse Verbrauchergenossenschaften. Das Vieh wird z.T. nach Bremen, Hannover, Dortmund und Hamburg gebracht, um in den grossen Fleischfabriken verarbeitet zu werden.

2. Bericht: (Ruhrgebiet) Bei uns im Kohlenpott herrscht ein ganz grosser Mangel an den nötigsten Nahrungsmitteln. Ausgenommen davon ist allein das Brot. Da aber alle Gemüse sehr knapp und dadurch auch sehr teuer sind, Kartoffeln auch nicht immer in genügender Menge zu haben sind und im Preise noch immer auf 40 bis 50 Pfg. pro 10 Pfund stehen, Fette nur wenig gekauft werden können, ist in den ärmsten Familien und bei den Kinderreichen ein wirklicher Hunger Gast geworden. Das Brot ist für viele Familien unter uns trotz des stabil gebliebenen Preises deshalb nicht ausreichend, weil wir die nötigen Quantitäten nicht kaufen können. Vor allem aber kann man keinen Brotaufstrich konsumieren, da er zu teuer ist.

Es ist wie in der Kriegszeit. Wir essen schon am frühen Morgen eine ordentliche Portion Bratkartoffeln. Dabei fehlt natürlich Rührei und Schinken. Dafür wird das schlechteste Speisefett oder -öl genommen. Nicht zuviel, denn unser Quantum ist genau für die Woche berechnet. Die Frauen kalkulieren, wie sie mit ihren paar Mark die Woche durchkommen und finden dann heraus, dass trotz des Preises eine grosse Pfanne voll Bratkartoffeln obiger Art noch viel billiger ist als Brot. Wir sind immer hungrig, weil der Körper keine wertvollen Nahrungsmittel bekommt.

Auf das Land ergiessen sich am Wochenende Karawanen von Hamsterern; wie in der guten alten Zeit. Was draussen zu erhalten ist, ist mehr als gering. "Eingehamstert" haben wir dann so einige Pfund Pflaumen, Fallobst und Kartoffeln. Manchmal auch ein Stück Speck. Es war auch möglich, hier und da etwas Gemüse billiger zu bekommen als in der Stadt. In der Woche gibt es dann "Himmel und Erde" (Stamp) und auf das Brot kann die Frau Marmelade schmieren. Bitter ist es, dass es noch immer so viel Erwerbslose gibt, die schon in der Woche das Land abklappern.

Die Regierung hat bekanntgegeben, dass der Preis für die minderen Fleischsorten auf den Preis vom Frühjahr 1934 herabgesetzt werden soll. Doch glaubt dieser Regierung niemand mehr, dass sie in der Lage ist, den Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie ist zwar so stark, dass sie noch immer jede offene Auflehnung unterdrücken kann. Das Elend im Volke gehört aber sicher zu dem festesten Bestandteil des Dritten Reichs. Die Metzgereien haben in grosser Zahl ihre Geschäfte schliessen müssen, weil sie keine Ware haben. Die Fleissher schimpfen nun sehr und erklären, dass die Bonzen wohl Hunderttausende für den Nürnberger Klimbin übrig haben, aber das Volk verhungern lassen. In Dortmund werden statt 2.500 bis 3.000 Schweine früher, wöchentlich noch 300 bis 500 Schweine auf dem Viehmarkt zum Verkauf gebracht. Der Brotkonsum ist auch zurückgegangen.

3. Bericht: Wir wollen auch nicht unterlassen, hier gleich einmal zu schildern, wie es jetzt in den Orten der Ruhrindustrie mit der Bevölkerung wirklich aussieht. Der Mangel an Nahrung ist tatsächlich ausserordentlich. Es besteht eine grosse Sorge um den kommenden Winter. Da aber schon im Herbst die Nahrungsmittel knapp sind, hat sich eine Hamsterei entwickelt, die ihre Beispiele nur in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit kennt. An den freien Samstagnachmittagen und den Sonntagen vom frühesten Morgen ab, ergiessen sich in das westfälische und münsterländische Hinterland Scharen von Radfahrern mit allen möglichen Transportbehältern für Nahrungsmittel. Mit Rucksäcken, kleinen Kiepen und Körben geht es bis zu 150 Kilometer in das Land, um - - einige Pfund Obst, Kartoffeln und wenn überhaupt möglich, etwas Fett zu erhalten. Hier spricht keine Phantasie aus Antinazihaltung, sondern unsere eigene Erfahrung bei solchen

Hamsterfahrten. In der Sonntagsnacht wird schon um 1 und 2 Uhr aufgebrochen, damit man möglichst zuerst weit draussen auf dem Lande ist. Der Ertrag: 5 bis 10 Pfund schlechtestes Fallobst, das Pfund für 15 bis 20 Pfennig. Aber Mutter kann davon für eine ganze Woche eine dünne Marmelade machen und hat für ihre immer hungrigen Mäuler Brotaufstrich. Manchmal hat man auch 20 Pfund Kartoffeln, das Pfund nur für 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Pfg., während sie in der Ruhrstadt doch 4 bis 4 $\frac{1}{2}$ Pfennig kosten, wenn man welche erhalten kann. Die besten Kartoffeln bekommt man natürlich auch nicht. Es kommt auch vor, dass man einen kleinen Landwirt erweicht, der noch von der Vorjahrsschlachtung ein halbes oder sogar ein ganzes Pfund Speck ablässt, wofür man dann aufs Pfund gerechnet, nur 80 Pfennig bis 1 Mark zahlen muss. Doch hierbei handelt es sich schon um Glücksfälle. Wir sind in den letzten Wochen regelmässig hinausgefahren und haben immer hunderte von Hamsterern auf den Chausseen als Begleiter gehabt. Die Bauern schimpfen wie Zuhälter auf die Nazis und Hitler, wir dann auch. Allerdings werden wir alle als Kommunisten angesehen und haben es schwer, den Bauern begreiflich zu machen, dass wir Sozialdemokraten sind. Haben wir Glauben gefunden, dann finden wir meistens auch die Gelegenheit, eine Kleinigkeit kaufen zu können. Wenn die Stimmung der Bauern politische Kraft wäre, dann müsste das Dritte Reich in diesem Winter allein durch die Sabotage der Bauern kaputt gehen, von der sie reden.

Rheinland: In verschiedenen Grosstädten des Rhein-Ruhr-Gebietes hat es bereits eine ganze Woche lang kein Schweinefleisch gegeben. Es wird zwar auf dem Viehmarkt notiert und zwar mit M 54,- gegen 32,-Mark bis 34,-Mark vor einem Monat; zu haben aber ist nichts. Fleischer, die früher 10 Schweine in der Woche schlachteten, können jetzt nur noch eines schlachten. Viele Fleischerläden sind nachmittags gänzlich geschlossen, andere haben nur am Donnerstag, am Freitag und am Samstag offen. Schmalz und das bis zu einem gewissen Grad minderwertige Nierenfett werden ebenfalls immer knapper. Rindfleisch wird mindestens schon jetzt erheblich teurer und man rechnet auch da mit einer erheblichen Verknappung. Der Preis für Rindfleisch stellt sich bereits heute auf 1,40 Mark gegen 0,90 Mark vor zwei Monaten. Am knappsten sind Butter und Margarine. Das "Fleisch im eigenen Saft" wird im Geschäft kaum gekauft. Man verkauft es jetzt in den Betrieben und zwar für 1,15 Mark; im Laden kostet es 1,50 Mark das Kilo.

Den Kartoffelpreis sucht man mit äusserster Kraftanstrengung zu halten bzw. zu drücken. In der Tat ist das auch teilweise gelungen. Jetzt aber kommen zu den festgesetzten Höchstpreisen aus dem Osten des Reiches die Kartoffeln nach dem Westen, die man sonst für die Spiritusbereitung oder als Viehfutter verwendete. Die Kartoffeln sind schwarz und nur zum Teil zur menschlichen Nahrung verwendbar.

Südwestdeutschland: Grosse Schwierigkeiten macht es überhaupt, Fleisch zu bekommen. Die Fleischer sind froh, wenn sie wenigstens einen Teil ihrer Kunden bedienen können. Fleischer, die bis jetzt 10 bis 20 Schweine wöchentlich schlachteten, müssen zufrieden sein, wenn sie 1 bis 2 Schweine erhalten können. In einigen Orten der Umgebung geht man dazu über, 8 Tage Schlachtverbot durchzuführen. Allerorts wird versucht, den Verkauf von "Fleisch im eigenen Saft" (Büchsenfleisch) zu fördern.

(Mannheim) Die Mannheimer Metzger haben bezüglich der Fleischversorgung die unglücklichsten Schwierigkeiten. Florenfett können die Metzger nur noch Halbpfundweise an die Kundschaft abgeben.

(Oberbaden) Die Metzger klagen ganz allgemein darüber, dass sie kein gutes Vieh mehr bekommen können. Zu den vorgeschriebenen Preisen verkaufe es der Bauer einfach nicht. Würden sie aber mehr bezahlen, dann werden sie bestraft. Hat sich ein Metzger, der nun seit 10 Jahren alle Sorten Fleisch verkauft hat, erneut wieder umgestellt und verkauft jetzt nur noch Pferde- und Schweinefleisch, wie in der Nachkriegszeit und in der Inflation. Es ist auch ein Zeichen der Arbeiterverelendung, dass der Verkauf von Pferdefleisch wieder floriert.

Bayern: Die Lebensmittelverknappung hat zu einer gewissen Hamsterei geführt. So wird aus einem bayerischen Provinzort gemeldet: Hier ist zu beobachten, dass die Leute wieder wie früher auf das Land gehen, um sich dort Schmalz zu hilen, denn die Bauern bringen es nicht mehr in die Stadt. Noch vor 2 Monaten konnte man die Bauernweiber mit ihrer Butter am Markt stehen sehen, das ist jetzt plötzlich verschwunden. Die Bauern halten z.B. das Fett zurück und geben es erst her, wenn ihnen mehr geboten wird.

In einer der letzten Mitteilungen heisst es: "Bei uns gibt es jetzt wieder Leute, die zum Hamstern gehen. Auf der Strasse von X. naxh Y. standen in den letzten Tagen Polizeibeamte in Zivil und durchsuchten die Passanten, die vom Lande kamen, ob sie nicht bestimmte Lebensmittel haben und wo sie sie gekauft haben. Die Bauern halten jetzt mit dem Schweineverkauf zurück, weil sie glauben, die Preise müssen noch hinaufgehen. Beim letzten Markt sind in München nur 5 Schweine zum Verkauf aufgeboden gewesen.

Trotzdem besteht für die vielen Kleingärtner und Kleingütler, die früher sich selbst zum Eigenbedarf ihre Schweine züchteten, kein Anreiz mehr, denn die Futtermittelpreise sind so hoch, dass sich die Zucht wirklich nicht rentiert. Ein Beamter, der ein kleines Häuschen hat und einen Garten, hat sich früher jedes Jahr 2 Schweine gehalten, die er mit den Abfällen aus dem Garten und mit dazugekauften Futtermitteln fütterte. Ein Schwein verkaufte er, das andere behielt er für sich. Der heutige Festpreis von 82 bis 86 Pfg. pro Pfund und die um ein Drittel gestiegenen Preise für Futter-

mittel machen es ihm unmöglich, noch Schweine zu halten, weil er schwer zulegen müsste.

Sachsen, 1. Bericht: Der Inhaber eines kleinen Lebensmittelgeschäftes berichtet: Fleisch, Zucker, Brot und vieles andere wird ständig teurer. Margarine ist wenig zu kriegen und wenn, dann das Pfund für 1,06 Mark. Reines Weizenmehl gibt es überhaupt nicht mehr. Pflanzenfette und Oele sind nicht mehr zu haben. Schweinefleisch und Speck sind mehr als knapp. Grosse Fleischer geben an die Kunden nur 1/8 Pfund ab! Marmelade ist sehr knapp. Speiseöl kostete im vorigen Jahr im Einkauf das Kilo 96 Pfg., jetzt 1,34 Mark, d.h., wenn es mal welches gibt.

In Dresden haben sich die Fleischer auf dem Schlachthof gedroschen, nur damit jeder zuerst auf die wenige Schweine bieten konnte. Dabei sind Höchstpreise festgesetzt! Die Viehhändler geben nur per Kasse ab, so dass die vielen kleinen Fleischer, die stets auf Kredit kauften, leerausgehen. Tatsächlich haben solche kleinen Fleischer bereits ihre Läden schliessen müssen.

Aus einer Konsumverteilungsstelle in Dresden wird berichtet, dass der Bedarf z.B. an Dickebein 35 Pfund betrug, dass aber lediglich 7 Pfund geliefert werden konnten.

2. Bericht: Der Fettmangel macht sich ausserordentlich bemerkbar. Im ganzen Chemnitzer Bezirke ist die Margarineknappheit sehr gross. Da es auch sonst an Fetten, Butter und an Schweinefleisch fehlt, so ist die Bevölkerung in grösste Unruhe geraten. Man sucht aufzukaufen, was und wo man etwas erwischen kann, man bietet hinten herum bereits Phantasiepreise, nur um sich einzudecken, da man mit einer weiteren Verschärfung der Fettnot rechnet. Die sogenannte billige Margarine ist gänzlich vom Markte verschwunden. Die bevorzugten Karten zum Ankauf von Margarine für einen billigeren Preis, die besonders an Unterstützungsempfänger, an Hilfsbedürftige, Arbeitslose, Sozial- und Kleinrentner ausgegeben werden, sind völlig wertlos geworden, denn niemand beliefert sie mehr. Schon seit mehreren Monaten bekommen sie auf ihre Karten in keinem Geschäft mehr die verbilligte Margarine oder andere Fette geliefert, die ihnen auf ihre Karten eigentlich zustehen. Diese Leute stehen verzweifelt vor den Läden, aber niemand hilft ihnen. Auch Schweinefleisch ist sehr knapp, zeitweise überhaupt nicht erhältlich, demzufolge fehlt es auch fast ganz an Speck. Dadurch wird der Fettmangel auch von dieser Seite her noch verschlimmert. Besonders erbittert ist die Bevölkerung darüber, dass genau wie im Kriege sich der Handel mit wichtigen Lebensmitteln auf Schleichwegen vollzieht. Wer mehr bieten kann und gute Beziehungen hat, der kann vieles erhalten, was für die anderen einfach nicht mehr vorhanden ist. Besonders die Fleischer haben ihre Geheimkundschaft, der offene Ladenverkauf schläft ein, der Handel wickelt sich an verborgenen Stellen ab und

zu Verkehrspreisen, die niemand erfährt und die der kleine Mann nicht zahlen kann.

Die Empörung über diese Zustände ist ungeheuer, umso grösser, weil man das Wort von der "Volksgemeinschaft" so im Munde geführt hat und jetzt die wohlhabenden Kreise wieder die Bevorzugten sind. So rief in Siegmars kürzlich eine 60jährige Frau, die sich schon viele Tage vergebens um ein bisschen Speck angestellt hatte und immer wieder leer heimgehen musste, vor dem Laden in Gegenwart vieler Leute: "Wir Armen sind doch immer die Dummen, den Reichen fehlt es an nichts. Das war unter Wilhelm so, das hat der Hindenburg nicht geändert und jetzt, bei Hitler ist es genau wieder so, bloss sagen darf man jetzt nichts mehr." Die Umstehenden haben ihr geraten, vorsichtiger zu sein, aber sie schrie: "Mögen sie mich alte Frau doch nach Sachsenburg schaffen, aber die Wahrheit sag ich doch, sollen sie doch nicht mehr von Sozialismus schreiben, wenn es uns Armen dreckiger geht wie früher." Von einer Bestrafung dieser Frau ist noch nichts bekannt geworden.

Auf den Schlachthöfen musste man zeitweilig mit Krawallen der empörten Fleischer rechnen, demzufolge sind in Chemnitz an den Schlachttagen und beim Viehverkauf meist starke Polizeiaufgebote auf dem Schlacht- und Viehhöfen anwesend. Es ist schon so weit, dass viele Bauern ihr Vieh nicht mehr auf die Schlachthöfe bringen, sondern es unter der Hand an die Fleischer verkaufen, die es trotz strengen Verbots "schwarz" in ihren Schlachthäusern, mitunter nachts bei verhängten Fenstern schlachten.

Schlesien: Bei den Fleischern in Breslau herrscht grosse Empörung. Fleischer, die früher wöchentlich 6 bis 8 Schweine geschlachtet haben, erhalten jetzt höchstens 3. Kleinere Meister haben sich zusammengeschlossen und tauschen einzelne Teile des Fleisches, das in einem Laden mehr gefragt ist als im anderen, gegenseitig aus. Auf diese Weise gelingt es ihnen, die Kundschaft wenigstens einigermaßen zu befriedigen.

Mitteldeutschland (Magdeburg, Köthen, Dessau) Für das Defizit in der Fleischernahrung der breiten Masse der Bevölkerung ein paar Daten:

Der Konsumverein Gross-Magdeburg und Umgebung verarbeitete in seiner Grossschlächtereier bis vor einem halben Jahr noch durchschnittlich 240 Schweine wöchentlich. Jetzt bekommt er nur noch je 12 Schweine zugeteilt. Fleischermeister, die früher 8 bis 10 Borstentiere verkauften, erhalten nur noch ein Schwein.

Genau aber wie im Kriege hat sich schon ein umfangreicher Handel "hinterherum" natürlich nur für die "feinen Leute", die Schleichwarenpreise bezahlen können, entwickelt. Die "schwarze" Fleischware kostet nämlich durchschnittlich mindestens 50 Prozent mehr. Als Lieferanten für diesen ille-

galen Handel treten hauptsächlich die Landarbeiter auf, die früher sich ihr Hausschwein - als Teil des Deputats - zum eigenen Verbrauch mästeten, jetzt aber, weil hinterher ein so klotziger Preis bezahlt wird, lieber an reiche Privatleute oder auch an die Schlächtermeister verkaufen. Diese Unterscheidung der Konsumenten in Bevorzugte und auf den realen Handel Angewiesene hat bereits dazu geführt, dass die Arbeitermitglieder des Konsumvereins bei den Nazi-Parteistellen und bei der Behörde gegen den Schwarzhandel der Fleischer protestiert haben. Den Schlächtern ist deshalb auch das Sonderankaufen verboten worden. Das heisst: in Wirklichkeit wird lustig weiter "gehamstert" - genau wie in der glorreichen Zeit.

Bei der Fettversorgung für die ärmere Bevölkerung sieht es so schlimm aus, dass beispielsweise in der Stadt Magdeburg auf eine Familie mit vier Köpfen ein Wochenquantum von einem Viertelpfund entfällt. Billige Margarine ist entweder - und das in den allermeisten Fällen - gar nicht zu haben, oder nur dann, wenn man ein besonders guter und alter Kunde des Krämers ist. Aber auch die teure Sorte ist nicht in beliebiger Menge zu haben und auch sie erhält nur die "bessere" Kundschaft.

In der ganzen Magdeburger Gegend, in den Kleinstädten ebenso wie in Magdeburg selbst, ist es in den letzten Wochen wiederholt zu stürmischen und wüsten Auftritten auf den Wochenmärkten gekommen. Entrüstete Arbeiterfrauen warfen die Stände der Händler um und kippten die Körbe aus. Nicht nur auf dem besonders in Magdeburg grossen Fleischmarkt, sondern auch auf dem Obst- und Gemüsemarkt. Nur mit vieler Mühe konnte dann Polizei im Verein mit der SS notdürftig die sogenannte "Ruhe und Ordnung" wiederherstellen.

Berlin: 1. Bericht: Der Fleischmangel hält an. Schweinefleisch ist ausserordentlich knapp. Wer ständig bei ein und demselben Fleischer kauft, kann damit rechnen, dass er zwar ungenügend, aber doch hin und wieder Schweinefleisch erhält. Rindfleisch und Hammelfleisch dagegen sind fast ausreichend vorhanden, wenn auch Hammelfleisch gelegentlich ebenfalls etwas knapp ist. Aber auch die guten Kunden müssen es sich gelegentlich gefallen lassen, grössere Knochenbeilagen zugeteilt zu bekommen. Der Berichterstatter war gestern in einer Berliner Markthalle, in der schon um die Mittagszeit herum sämtliche Fleischstände, also auch Rind- und Hammelfleisch, ausverkauft waren und nur noch Geflügel zu erhalten war. "Fleisch im eigenen Saft" wird in Berlin nicht gern gekauft. In den Siedlungen dagegen geht es etwas besser. In der Siedlung X. hatte der örtliche Fleischermeister zu Beginn der Schweineknappheit den Siedlern, die selbst ein Schwein hielten, die Schweine abgekauft, so dass er eine Zeit hindurch Schweinefleisch liefern konnte, während in Berlin schon nichts mehr oder nur noch wenig zu erhalten war. Jetzt sind diese Reserven aufgebraucht, der fleischer-

meister bekommt von Berlin her nichts, so dass er jetzt noch schlechter dran ist als die Berliner Schlächter.

In einem anderen Vorort von Berlin hat ein Fleischermeister, der 20 Gehilfen hat, wegen Arbeitsmangel schon einige Entlassungen vornehmen müssen. Er hat versucht, durch eine Reihe von Aufkäufern, die er in die Provinz geschickt hat, hintenherum Fleisch zu kaufen. Die Leute sind aber erfolglos zurückgekehrt.

Von den ursprünglich angebotenen sechs Buttersorten sind auf dem Markt eigentlich nur noch zwei zu finden, und zwar in den Preislagen 1,60 und 1,80 pro Pfund. Die Butter zu 1,80 Mark wird als dänische bezeichnet, allerdings herrscht bei den Käufern Misstrauen gegen diese Bezeichnung. Man nimmt an, dass die Händler oder die Regierung die Butter nur als Auslandsbutter bezeichnen, um einen höheren Preis zu erzielen. Das Schängestehen vor den Buttergeschäften ist fast allgemein. Die Qualität der Butter ist seit einiger Zeit auffallend schlecht geworden. Sie verdirbt viel leichter als früher und hat dann auch ein anderes Aussehen.

Die Knappheit in den billigen Margarinesorten hält auch weiterhin an. Dagegen sind die teureren Sorten zu 1,-Mark und 1,10 Mark so gut wie überall zu haben.

2. Bericht: Am Zentralviehhof kommt es neuerdings häufig zu Schlägereien zwischen den Nazis und den sehr oppositionell gesinnten Schlachtern. Die Schlächter und Schlachtergesellen sind sehr häufig den Nazis, Jungsturm, Überlager, die fürchterliche Keile beziehen. Die dann herbeigerufene Polizei geht, ohne einen Unterschied zu machen, gegen beide kämpfende Teile prügelnd und auseinandertreibend vor.

Wasserkante: In den letzten Wochen herrschte in Altona eine grosse Knappheit am Schweinefleisch. In Hamburg kamen wöchentlich 11 bis 12.000 Schweine auf den Markt, jetzt kommen nur noch etwa 5 bis 6.000 Stück heran. An einem Dienstag sogar nur 1.100 Stück. Dadurch sind die grossen Schlächtereien gezwungen, Schlächter zu entlassen. Die Konsumgenossenschaft "Produktion" entliess 260 Schlächter. Auch haben eine Anzahl Schlächterläden zugemacht, darunter alte Geschäfte.

Der Höchstpreis für Schweine wurde von der Regierung auf 45 bis 48 RMark festgesetzt. Hierfür können die Bauern keine Schweine mästen. Wie das Verbot der Höchstpreise umgangen wird, dafür folgendes Beispiel: Ein Genosse unterhielt sich mit seinem Schlächter. Auf die Frage des Genossen, was er, der Schlächter, nun mache, wenn er nicht genügend Schweinefleisch hereinbekomme, sagte derselbe: "Dann müsse man sich eben helfen und Suppenhühner kaufen." Darob grosses Erstaunen des Genossen, worauf der Schlächter weiter erklärte: "Ja sehen Sie, letzthin war ich bei einem Bauer und der sagte mir, ein Schwein könne er nicht verkaufen zu dem festgesetzten Preis. Aber ich will Dir was sagen: Wenn Du

mir ein Huhn abkaufst für 260 Mark, dann schenke ich Dir ein Schwein dazu."

2.) Zunehmende Kurzarbeit.

Die amtliche Arbeitsmarkt-Statistik muss in diesem Jahre schon für Ende September eine, wenn auch unwesentliche Zunahme der Arbeitslosen melden. Während die Arbeitslosenzahl zur selben Zeit 1933 um 275.000 und 1934 um 116.000 gegenüber dem Vormonat zurückging, ist diesmal eine Zunahme von 7.000 zu verzeichnen. Nun wenden die Amtsstellen ein, dass in diesem Jahr nicht nur fortgesetzt in grossem Umfange Notstandsarbeiten eingestellt werden (weil man das Geld für die Aufrüstung braucht), sondern dass auch mit dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit die Saisonempfindlichkeit des Arbeitsmarktes naturgemäss zunehme. Dabei wird aber die Tatsache unterschlagen, dass die nationalsozialistische Arbeitsmarktpolitik mit allen Mitteln dahin arbeitet, diese Saisonempfindlichkeit durch Einführung von Kurzarbeit in früher nie gekanntem Ausmass und in allen möglichen neuen Formen auszugleichen. Wechselschichten, Krümpersystem, vorübergehende Beurlaubungen usw. müssen dazu dienen, den wahren Stand der Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Die nachstehenden Berichte zeigen, dass die Kurzarbeit besonders in der Textilindustrie einen grossen Umfang angenommen hat. Sie zeigen aber auch, wie man sich durch Anwendung verschiedener Tricks bemüht, zu verhindern, dass die Zahlen der Kurzarbeiterunterstützung steigen.

Rheinland, 1. Bericht: Nach Möglichkeit sucht man Entlassungen zu vermeiden. In der Textilindustrie ist z.B. die Arbeitszeit zum Teil bis auf 9 Stunden in der Woche gesenkt worden. Trotzdem erfolgen keine Entlassungen. Die Kurzarbeiter dürfen sich nicht auf den Arbeitsämtern melden, sondern die Kontrolle findet direkt im Betrieb durch den Unternehmer statt. Die Kurzarbeiterunterstützung wird den Arbeitern in die Lohntüte getan.

Aus zuverlässiger Quelle sind uns folgende Mitteilungen über die Lage des Arbeitsmarktes in der Stadt X, gemacht

worden. Es gibt in dieser Stadt: 19.000 Krisenunterstützte, 6.000 Wohlfahrtsunterstützte und 17.000 Industrie-Zuschussunterstützte. Die letzte Gruppe erscheint in keiner Statistik; denn das sind die Leute mit den wenigen Wochen-Arbeitsstunden, die bis jetzt nicht entlassen wurden, weil es nach der Anweisung von oben nicht geschehen darf und die deshalb die Unterstützung in der Lohntüte erhalten. Sie gelten noch immer nicht als teilweise arbeitslos, obwohl sie zum Teil nur 9 Stunden in der Woche arbeiten.

2. Bericht: (Unterer Niederrhein) In der grössten Kinderschuhfabrik Deutschlands, die früher mit 3.000 Mann arbeitete, arbeiten heute noch knapp 1.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie arbeiten spartenweise zwei bis drei Tage. Aber am 7. September muss der ganze Betrieb arbeiten, weil die Aktionäre den Betrieb besichtigten. Nachdem erneut Kündigungen ergangen waren und noch welche bevorstehen, mussten die Leute einen Revers unterschreiben, worin ihnen verboten wurde, in der Öffentlichkeit zu erzählen, dass sie gekündigt sind oder gekündigt werden.

Westfalen: (Münsterland) Die Kurzarbeit in der münsterländischen Textilindustrie nimmt immer krassere Formen an. Die Einkommen sind weit, weit unter dem Stand der früheren Arbeitslosensätze, ja weit unter den Einkommenssätzen eines Wohlfahrtserwerbslosen etwa aus dem Jahre 1932. Ich selbst gehöre zu der am besten bezahlten Gruppe von Textilarbeitern, und bekomme noch ein Plus von 4 Pfennigen die Stunde zu dem höchsten Tariflohn. Mein Wochenverdienst beträgt nach Abzug aller Steuern usw. rund 17 Reichsmark pro Woche. Hier hat sich demzufolge fast die ganze Textilarbeiterschaft zur Winterhilfe angemeldet.

Südwestdeutschland: (Adlerwerke-Frankfurt) Die Werke haben Mitte September 720 Mann entlassen und für die übrige Belegschaft Kurzarbeit eingeführt. In der Presse werden nur die Entlassungen zugegeben und mit saisonmässigen Schwankungen begründet. In Wirklichkeit ist das Werk zu einer unsinnigen Ueberproduktion veranlasst worden. Es hat zahllose Autos in Zelten aufgestapelt und kann sie nun nicht los werden. Trotzdem sich Arbeitsfront und Gauleitung ins Mittel legen, werden die Entlassungen durchgeführt und dabei der Betrieb von wenig qualifizierten Arbeitern gesäubert.

(Drahtfabrik Kinzenbach bei Giessen): Beschäftigt werden 300 Arbeiter. Vor einiger Zeit trat Materialmangel ein, da hier Kupferdraht und ähnliches hergestellt wurde. Die Arbeiter erhielten den zuständigen Urlaub von 8 Tagen, der aber auf 4 Wochen verlängert wurde. Die Verlängerung wurde aber weder vom Werk noch durch das Arbeitsamt bezahlt.

(..Frankfurt-Bockenheim): 300 Beschäftigte. Sämtliche auf Termin eingestellte Arbeiter, etwa 100, sind wieder entlassen worden. In diesem Betrieb ist folgender Fabrikanschlag

erschieden:

"Es ist verboten, sich mit Aussenstehenden über Arbeitszeitverkürzung und Entlassungen zu unterhalten.

Geschieht es trotzdem, ist mit fristloser Entlassung zu rechnen."

Sachsen, 1. Bericht: Sämtliche Textilfabriken im Chemnitzer Bezirk arbeiten kurz oder schliessen ihren Betrieb überhaupt ganz. Der allgemeine Rückgang in der Textilbranche wirkt umso alarmierender, als er in die Zeit der Saison fällt, die sonst immer Belebung bringt. Die Leipziger Herbstmesse war ein einziger Misserfolg. In vielen Fabriken wird zwar kurz gearbeitet, aber die betroffenen Arbeiter warten bislang noch auf ihre Kurzarbeiter-Unterstützung. Deswegen herrscht noch grössere Misstimmung. Es gibt Betriebe, wie z.B. Gläser-Schönau, die in 14 Tagen nur 4 Stunden arbeiten lassen.

2. Bericht: Die Handschuhindustrie im oberen sächsischen Erzgebirge ist im Laufe der letzten Monate in immer schwierigere Situationen gekommen. Nach anfänglicher Kurzarbeit von 3 - 4 Tagen vermögen sich die Fabrikanten jetzt nicht mehr anders zu helfen, als die Arbeitszeit noch mehr zu strecken. So wird jetzt zumeist nur 1 oder 2 Tage gearbeitet. Das bezieht sich auf Betriebs- sowie Heimarbeit.

Ähnlich ist die Lage in der erzgebirgischen Strumpfindustrie. Im Chemnitzer Bezirk, von Burgstädt bis nach Talheim, wird die Strumpfindustrie von einer heftigen Dauerkrise geschüttelt. Zwar litt dieser Industriezweig schon in den Krisenjahren 31/32 heftig unter der allgemeinen Wirtschaftsdpression, trotzdem war die allgemeine Beschäftigung weit aus besser, als derzeit. Viele Betriebe arbeiten in der Woche nur noch 5 Stunden. Hierbei hat es den Anschein, als wenn die Unternehmer die Arbeiter wenigstens diese 5 Stunden im Betrieb behalten müssen, damit diese nicht in die Arbeitslosenfürsorge eingereiht werden, sondern nur Kurzarbeiterunterstützung beziehen dürfen.

- - - - -

IV. Aus den Betrieben

1.) Die Haltung der Betriebsarbeiterschaft.

Berlin: Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist nicht einheitlich. Man hört in ihren Kreisen, wie überall, viel Gemeckere, niemand ist zufrieden, aber im Grossen und Ganzen herrscht unter der Masse eine erschreckende Indifferenz. In den Grossbetrieben von Siemens, AEG, Osram, Agfa usw., in Betrieben also, in denen in der Mehrzahl ungelernete Arbeiter beschäftigt sind, wird bei niedrigen Löhnen widerspruchslos gearbeitet. Den Ton geben hier noch immer die nationalsozialistischen Betriebszellenobleute und Amtswalter an. Die Arbeiter fühlen sich hier besonders stark unter politischem Druck. Sie gehen bei Unterhaltungen untereinander nicht aus sich heraus. Niemand wagt, Kritik zu üben, man duckt sich, jedoch ohne positive Stellungnahme für das System. Wenn man das Verhalten dieser Masse der Ungelernten auf einen Nenner bringen will, so kann man es am besten bezeichnen: schweigesames Ertragen. Es ist jedoch kein Ertragen, aus dem sich politische Energien entfalten können, sondern vielmehr ein fatalistisches, manchmal hoffnungsloses Sicheinfügen in nun einmal gegebene Umstände.

Wesentlich anders sieht es bei den Gruppen gelernter und qualifizierter ungelernerter Arbeiter aus. Hier ist - ohne Uebertreibung kann das gesagt werden - in der Regel mindestens der alte gewerkschaftliche Geist noch vorhanden und noch immer eine gute Portion bewusster politischer Einstellung. In diesen Kreisen findet man auch sehr viele hoffnungsvolle, manchmal schon sehr optimistische Stimmungen. Es kommt dabei sehr auf den Gesichtskreis an, den der Einzelne hat. Ich habe einen Bauarbeiter gesprochen, der mir erzählte, dass sich auf einer Baustelle kein Nazi halten kann. Wenn dort wirklich einmal ein solcher anfängt, und er wird erkannt, dann verlangt er am anderen Morgen seine Papiere. Es gibt in Berlin noch einige kleine Metallbetriebe, Werkzeugmachereien, wo sich ebenfalls kein Nazi längere Zeit halten kann. Er wird solange sabotiert, bis er es vorzieht, von selbst zu gehen. Ebenfalls ist unter den Holzarbeitern, besonders den Tischlern, trotz grosser Arbeitslosigkeit, noch ein durchaus guter Geist. Aus Buchdruckerkreisen wurde mir zuverlässig berichtet, dass die Nazis unter den Maschinenmeistern überhaupt keinen Boden finden können. Der alte Zusammenhalt besteht dort nach wie vor. Untereinander sprechen sich die Kollegen auch ganz offen aus. Nicht ganz so ist es bei den Setzern, unter denen es wohl Nationalsozialisten und Mit-

Läufer gibt. Aber tonangebend sind sie natürlich auch hier nicht. Bei den Hilfsarbeitern, soweit es sich um Berufstätige handelt, die schon vor dem Umsturz längere Zeit im Berufe waren, ist ebenfalls keine Liebe zum Nazisystem vorhanden. Auch dort herrscht untereinander ein durchaus offenes Verhältnis. Jedoch sind hier immerhin schon eine gewisse Anzahl von neuen Leuten eingedrungen, denen man nicht traut. Bei den Buchbindern und den dazu gehörigen Gewerben ist, abgesehen von den schon früher nicht besonders gut organisierten Branchen, wie z.B. Karton, ein guter Zusammenhalt gewahrt worden. Ähnliches kann man bei anderen Gruppen, wie bei Sattlern usw. feststellen. Auch die Portefeuillier sind gut, sowohl in Berlin, als auch im Reiche. Bei den Tapezierern ist es unterschiedlich. Aber die früher organisierten Kollegen, die sich untereinander fast alle kennen, halten durchaus zusammen. Städtische Arbeiter, ausgenommen die Handwerker in den Gas- und Elektrobetrieben, sind ausgesprochen schlecht. Besonders trifft dies zu auf die früher so radikalen Verkehrsbetriebe, wo allerdings noch ein Unterschied gemacht werden muss zwischen Werkstätten- und Betriebspersonal. In den Werkstätten ist es wesentlich besser.

Auch unter den Arbeitslosen, die sich auf den Nachweisen wegen der unkontrollierbaren Umgebung natürlich sehr vorsehen, macht sich schon öfter die Opposition Einzelner geltend. So ist es öfter vorgekommen, dass Arbeitslose es abgelehnt haben, unter Tarif zu arbeiten, ohne dass ihnen deshalb die Unterstützung entzogen wurde. Man hört auf den Vermittlungsstellen oft Streit zwischen den Vermittlern und Arbeitslosen, was vor Monaten noch undenkbar war, weil sich jeder aus Angst fügte.

Rheinland-Westfalen: 1. Bericht. Die Unruhe in den Betrieben wächst. Täglich finden in den Pausen Diskussionen statt. Es bilden sich regelrecht Diskussionsgruppen, die sich um bekannte Leute von früher her scharen. Die Richtungen von ehemals spielen dabei noch eine grosse Rolle, wenn es auch nicht mehr so hart hergeht wie früher. Die Bildung dieser Gruppen erfolgt eigentlich ohne besonderes Zutun ganz von selbst. Spontan kommt das Bedürfnis nach Unterhaltung. Ursache und Antrieb ist, dass man etwas wissen möchte, was nicht in der Zeitung steht, ganz abgesehen davon, dass viele heute überhaupt keine Tageszeitung mehr lesen. Den Zeitungen wird nicht geglaubt, sie sind langweilig und ihr Inhalt entspricht einfach nicht der Denkweise des Arbeiters.

Natürlich bilden oft Gerüchte den Hauptinhalt der Unterhaltungen. Es ist einfach unglaublich, was da alles ausgesprochen wird. Aber es gibt auch ernstere Unterhaltungen, zumeist über das nationalsozialistische Programm. Dabei spielen die Punkte über die Wirtschafts- und Sozialpolitik die Hauptrolle. Meinungsverschiedenheiten gibt es da überhaupt kaum noch. Allgemeine Auffassung ist, es wird ständig schlechter. Am meisten sind die "alten Kämpfer" enttäuscht,

sie schimpfen auf ihre Bonzen, die sich nur die Taschen voll steckten und denen der Arbeiter gleichgültig sei. Auch die Betriebs- und Blockwalter sind unzufrieden. Dabei hat man allerdings zu beachten, dass diese öfter frühere Freigewerkschaftler sind, die zur Uebernahme ihres Amtes gezwungen wurden. Interessant ist eine Scene, die sich in einem Rüstungsbetrieb abspielte. Im Verlauf einer Debatte sagte ein Genosse zum Betriebswalter, der sich bisher äusserlich wie ein überzeugter Nazi benommen hatte: "Nanu, das sagst DU?" Darauf der Betriebswalter: "Wieso nanu?" Der Genosse: "Na, ich bin doch nicht Nationalsozialist." Und der Betriebswalter: "Na, meinst Du, ich sei einer?" Man mag hieraus erkennen, in welchem Masse das Volk und auch die Arbeiter zur Heuchelei erzogen werden.

Wie dem aber auch sei, es ist alles unsicher in den Betrieben und von immer mehr, die marxistischen Arbeitermassen ergreifenden "echten nationalsozialistischem" Geist kann die Rede nicht sein. Allerdings auch noch nicht von echter, planmässiger, geschlossener und selbstbewusster Opposition. Es ist noch immer ein allgemeines, oft oberflächliches Sichunterhalten, bei dem die Probleme nur angerührt werden. Jeder fühlt die Unmöglichkeit der Situation, die Katastrophe, die da kommt, die Ungelöstheit des Arbeiterproblems, die Zuspitzung der sozialen Verhältnisse. Aber man ist im Grunde ratlos angesichts des furchtbaren sozialen und politischen Drucks. Mit einem Wort: es herrscht noch Hoffnungslosigkeit in der Arbeiterschaft. Deshalb können sich die Debatten auch nur in einem negativem Geist des Kritisierens abspielen und es bleibt alles beim alten. Man nährt darüber Hoffnungen, die keine Berechtigung haben. Noch immer ist eine dieser Hoffnungen die Reichswehr. Uns wird versichert, dass es gerade die ehemals marxistischen Arbeiter sind, ganz gleich ob früher SP oder KP, die mit geradezu fanatischer Beharrlichkeit an dieser Hoffnung festhalten. Der Gedanke ist: es kann doch so nicht weitergehen, man kann uns doch nicht dauernd so entrechten, das muss doch eines Tages zur Katastrophe führen. Die Reichswehroffiziere sind doch "anständige Kerle". Zwar sind sie rechts gerichtet, aber sie schwimmen jetzt nur mit dem Strome und sie werden den Augenblick abpassen und dann die ganze Bande zusammenhauen.

Ein beliebtes Thema in den Betrieben ist auch die Frage, wo die Beiträge der DAF bleiben. Man errechnet die Summen, die allwöchentlich in die Kasernen der DAF fliessen, und fragt vergeblich, wo sie bleiben. Grösstenteils ist man überzeugt, dass sie für Rüstungen ausgegeben werden. Bekannt ist auch, dass viel Geld der DAF an die NSV geht, dass ausgewählte Nazis Ferienreisen dafür machen, dass zum Parteitag in Nürnberg viel Geld aus den Kassen der DAF entnommen wurde, dass die Gelder überhaupt für reine Parteizwecke aufgewendet werden. Was die Naziorganisationen auch machen, immer heisst es: für unser Geld. Und wenn man ein Kriegs-

flugzeug sieht, dann heisst es: das fliegen unsere Beiträge.

Vom kommenden Krieg ist man nach wie vor überzeugt. Der Krieg Italien-Abessinien ist eine ausgemachte Sache. Früher oder später wird Deutschland hineingerissen werden. Das steigert die allgemeine Unsicherheit. Die Arbeiter hoffen eben, so böse das sein mag, auf einen Krieg und sie sind der Meinung, dass das das Ende Hitlers bedeutet, dass er dann sehr schnell erledigt sei.

In den Betrieben sind Dutzende von Gestapoleuten am Werke, Achtgroschenjungen. Man kennt diese Sorte zumeist, aber es passiert auch, dass mal einer unerkant bleibt. Dann kann es sich ereignen, dass eine Persönlichkeit, um die sich eine der geschilderten Gruppen gebildet hatte, vom Gefolgschaftsführer oder gar direkt von der Gestapo vorgeladen und zur Rede gestellt wird. Meist kann man dem Betreffenden nichts nachweisen, jedoch mit so einer Gruppe ist es dann vorläufig aus. Die Angst vor der Gestapo ist im Grunde auch die Ursache dafür, dass es für die Opposition so ungeheuer schwer ist, im Betriebe festen Fuss zu fassen.

2. Bericht: (Oestliches Westfalen) Die politische Zusammensetzung der Belegschaften ist unverändert in der grossen Mehrheit freigewerkschaftlich-sozialdemokratisch. Nur Aussenstehende können sich nicht denken, dass es im Dritten Reich eine ungebrochene Ueberzeugung der Arbeiter gibt. Es ist eben eine Zeit, in der man ohne öffentliche Erklärung zu seiner Sache stehen muss. Es ist auch eine gute Kameradschaft mit den früher kommunistischen Arbeitern vorhanden. Die Belegschaften sind voller Hoffnung, dass es zu einer kalten Umwälzung kommen wird und dann das Militär erst einmal eine zeitlang regieren wird. In dieser Zeit will man dann die Bewegung neu aufbauen. Man ist der festen Meinung, dass eine Militärdiktatur der Arbeiterschaft das Recht zur Organisation in einem gewissen Umfang geben wird. - Die Unternehmer und Direktoren sind zum grossen Teil frei von Hass oder Verachtung gegen die früher organisierte Arbeiterschaft. Werden Sozialdemokraten oder Kommunisten aus dem Gefängnis oder dem Konzentrationslager entlassen, dann haben sie meist in kürzester Zeit eine Arbeitsstelle. Die Meister kommen in die Wohnung des Entlassenen und bieten ihm Arbeit an. Die Unternehmer finden auch Argumente, um den Arbeitnehmern klar zu machen, dass sie gerade diese Arbeiter benötigen.

Die NSBO und DAF spielen in den Betrieben überhaupt keine Rolle. Die Vertrauensräte werden nirgends ernst genommen, auch die Betriebsführer kümmern sich nicht um diese Karrikaturen. In den verschiedenen Betrieben wird der Beitrag für die DAF vom Lohn abgehalten. Gern macht das kein Betrieb, aber sie sind manchmal abhängig. In den Fällen, die durch Hauskassierung erfasst werden müssen, herrscht völlige Anarchie. Nur alle drei bis vier Monate kommt ein Mann zum Kassieren, und regelmässig ein neuer. Die Beiträge werden oft

einfach nicht gezahlt und der Einkassierer angeschnauzt. Es wird ihm gesagt, dass man ja nicht wisse, was er nachher mit dem Geld mache.

Das Verhältnis zwischen Arbeiter und Angestellten ist im Betriebe fast überall sehr gut. Die Angestellten haben in grosser Mehrheit erkannt, dass sie nur zusammen mit den Arbeitern etwas bedeuten und der Nationalsozialismus eine einzige Pleite ist.

Sachsen, 1. Bericht: In den Betrieben schimpft man über die schlechten Lohnverhältnisse und die steigenden Preise, über die militärische Behandlung, über das rasende Arbeits-tempo, den meist verkürzten Urlaub, über den Schwindel der "Kraft durch Freude" und der Arbeitsfront, über die Rechtlosigkeit. Man ist verbittert über zunehmende Kurzarbeit. In den Konjunkturbetrieben weiss man, dass man für einen neuen Krieg schuften muss. Aber es besteht wenig Lust, sich herauszustellen und an der Organisation einer planmässigen Sache mitzutun. Dazu hat man noch zu viel Angst vor dem Terror, man möchte nicht ins Konzentrationslager oder in die Klauen der Gestapo fallen, deren Brutalität gefürchtet ist. Nach jeder Verhaftung wird es in den Betrieben, in dem man wieder angefangen hatte, sich auszusprechen, auf lange Zeit sehr still und ruhig. Die Nazis spüren die Unruhe und Unzufriedenheit in den Betrieben sehr wohl, aber sie verlassen sich und zwar zur Zeit noch mit Recht, immer wieder auf die Wirkung ihres mörderischen Terrors auf den Arbeiter, der ausserdem die Arbeitslosigkeit fürchtet, besonders, wenn er Familie hat.

2. Bericht: Die Stimmung und das Verhalten der Arbeiterschaft in den verschiedenen Betrieben ist sehr verschieden. Aber die Gleichgültigkeit gegen die NSDAP ist überall gleich. In grösseren Betrieben gibt es auch schon getarnte Auflehnung gegen die Methode des Lohnabbaues durch die fortwährenden Sammlungen und Zwangsabgaben. Es kommt aber auch vor, dass jetzt noch Maifestschriften kolportiert werden und tatsächlich von den eingeschüchterten Arbeitern auch noch gekauft werden. Hinterher wurden sie dann vom Betriebsführer gehörig abgekanzelt. Natürlich mit dem Vorwand: "Der "Führer" will das nicht!"

Schlesien: Ein Waldenburger Bergarbeiter berichtet: Die Tariflöhne der Bergarbeiter haben sich seit 1933 nicht geändert. Es besteht noch das sogenannte Krümpersystem, ein Teil der Bergleute setzt einen Monat aus und bezieht Erwerbslosenunterstützung. Alle Arbeiter müssen der Arbeitsfront angehören, die Beiträge werden vom Lohn in Abzug gebracht. Die Fachzeitung wird bei der Markenkontrolle ausgegeben. Regelmässige Versammlungen wie früher finden nicht statt. Vor einiger Zeit besuchte Ley die Gruben. Die Belegschaften waren auf den Grubenhöfen versammelt. Vor den Arbeitern stan-

den Fahnenabteilungen Spalier. Ley, der von einem grossen Stabe begleitet war, ging durch das Spalier hindurch, mitten unter die Arbeiter hinein. Da hat er einem die Hand gedrückt, dort einem auf die Schulter geklopft und sich mit den Leuten unterhalten. Das hat den Arbeitern mächtig imponiert. Auf einer Grube besichtigte er eine Waschkaue. Er fing an zu toben: "Was, hier sollen die Leute sich reinigen, das ist ein Saustall, das wird anders werden!" Sofort wurde dort eine neue Waschkaue gebaut, die sehr gut eingerichtet und mit Kacheln ausgelegt ist. Auch das hat auf die Arbeiter Eindruck gemacht. - Auf der Grube nimmt man sich vor allem vor den aktiven SA-Leuten in acht. Diese werden als Spitzel angesehen. Die SA-Leute haben Vergünstigungen, wenn sie zum Dienst müssen, fahren sie früher aus, können ihre Schicht wechseln u.ä.

Nordwestdeutschland (Hannover): Der Nationalsozialismus ist aus den Belegschaften verschwunden. Es gibt immer mehr Bekenner. Die Nazis schimpfen am meisten über die Lohnabzüge und über die im Dritten Reich nicht ausgerottete Frauenarbeit. Die totale Herrschaft der Unternehmer ist ein Aergernis für Viele. Es gibt praktisch keine NSBO mehr. Nirgends tritt sie in Erscheinung. Es verschwinden eben auch im Dritten Reich Einrichtungen, die ganz auf die nationalsozialistische Gedankenwelt eingestellt waren, ohne dass eine ordentliche Auflösung beschlossen wird. Leys "Deutsche Arbeitsfront" erhält sich nur aus Zwangsbeiträgen, die in den Betrieben vom Lohn abgehalten werden. Eine Hauskassierung würde sofort den Geldeingang völlig lahmlegen. Darum hat man die Betriebe fast restlos zur Einkassierung gezwungen.

Die Bespitzelung in den Betrieben war zu durchsichtig. Es dauerte stets nur kurze Zeit und die ganze Belegschaft hatte den Angeber entdeckt. Wir wissen aus einigen Betrieben, dass die Belegschaften dann den Mann mit grosser Konsequenz isolierten.

(Ostfriesland): Im allgemeinen wird von der qualifizierten Arbeiterschaft das System vollkommen abgelehnt. Diese Haltung zeigt sich schon sehr offen. In den Betrieben wird ohne jede Hemmung gesprochen. Der Gewerkschaftler und Sozialdemokrat erörtert die Tagesfragen, die wieder bei der Arbeit besprochen werden, in sehr sachlicher Form. Ohne von sozialistischer Einstellung zu sprechen, gibt er seine Meinung den Kollegen zu hören. Dabei erklärt er dann sehr ruhig die soziale Entwicklung, die die Arbeiterschaft von der frühkapitalistischen Zeit bis heute erlebt hat. Er erklärt die augenblickliche Not der Arbeiterschaft mit den grossen Aufgaben, die sich der Staat heute gestellt hat. Deutschland kann seine neue grosse Wehrmacht nur aufbauen, wenn jeder Volksgenosse grosse Opfer bringt. Darum sind jetzt auch die Löhne mager. Der Arbeiter habe im Wohlfahrtsstaat nicht anerkannt, dass er Rechte haben müsse. Das Dritte Reich kann jetzt die Sozialpolitik nicht in dem Masse treiben, sonst muss die Rüstung leiden. Er kritisiert nicht offen. Seine Gesprächs-

partner aber kritisieren dann umsomehr. Indifferente machen sich meistens immer noch mit Witzen Luft. Bei geeigneten Gelegenheiten kommt die wirkliche Stimmung zum Ausdruck, dann aber auch oft ganz hemmungslos.

(Handelsschiffahrt) Zwar sind noch vielfach die Seeleute durch die ganzen engen Verhältnisse an Bord in der NSDAP, in der SA und auch in der Arbeitsfront. Die Beitragszahlung aber ist nicht einmal zu 25% durchgeführt. Viele sind ein Jahr und mehr rückständig. Versammlungen an Bord können nicht durchgeführt werden, da sie regelrecht boykottiert werden. Die Stützpunktleiter laufen im Schiff umher und suchen die Besatzungsmitglieder einzeln auf, während der Freizeit zu einer Versammlung zu kommen. Hat er drei oder vier Mann endlich zusammen, sind die anderen wieder weg.

2) Die Widerstandsregungen.

Bayern: Wir haben schon früher auf erste schüchterne Versuche einer unpolitischen Organisationsbildung unter der Arbeiterschaft hingewiesen und möchten immer wieder auf solche Erscheinungen hinweisen, weil sie vielleicht eine erste, wenn auch primitive Form des organisierten Klassenkampfes andeuten. Wir konnten in dieser Hinsicht in der letzten Zeit wieder einige Beobachtungen machen.

In einer Arbeitergruppe einer Bauunternehmung regt ein Arbeiter an, dass man eine Unterstützungskasse unter der Gruppe gründen soll. Er möchte erreichen, dass sich die Arbeiter wieder näher kommen. Jeder soll in der Woche 50 Pfg. in die Kasse geben. Das Geld wird von einem gewählten Kassierer verwaltet. Wenn 100 Mark beisammen sind, so wird Beschluss gefasst, was damit zu geschehen hat. Der Verwendungszweck des Geldes kann verschieden sein. Man kann z.B. ein gemeinsames Essen arrangieren, oder man kann hilfsbedürftigen Kollegen Unterstützung zukommen lassen. Der Vorschlag wurde von der Gruppe angenommen. Die ersten 100 Mark kamen nach 7 Wochen zusammen. Man verbrauchte sie für ein Essen, an dem alle teilnahmen, die in die Kasse einbezahlt hatten. Bei dieser Unterhaltung war man ganz unter sich und konnte sich ein offenes Wort gestatten. Die Arbeiter fanden diese gemeinsame Unterhaltung grossartig und haben die Sammlung fortgesetzt. (Ein Genosse berichtet über diese Unterhaltung mit grösster Begeisterung und glaubt, dass man so noch am meisten mit den Arbeitern reden kann). Wir sind uns klar, dass man sich keine besonderen Hoffnungen von einer solchen Art von Zweckverband machen kann, aber es scheint uns bezeichnend für das Streben der Arbeiter, sich in so primitiven, den Möglichkeiten am besten angepassten Formen zusammenzufinden.

Ein ähnlicher Fall wird von I. berichtet. Unter den Arbeitern einer Papierwarenfabrik hat sich ein Schützenverein

gebildet, der zwar eingeschriebene Nationalsozialisten im Ausschuss hat, aber nur solche, die heute gern zurück möchten und nicht können. Die Schiessabende sind natürlich keine revolutionären Verschwörerversammlungen, aber sie entsprechen dem Bedürfnis der Arbeiter, unter sich zu sein und auch einmal ein offenes Wort sprechen zu können, ohne dass der Feind es hört. Hier werden die Verhältnisse im Betrieb erörtert, wird über die politische Lage gesprochen, erzählt man sich die neuesten Witze. Zwar kommen auch solche in den Schiessabend, denen man nicht recht traut, dann nimmt das Gespräch eben eine andere Richtung. Man kennt seine Leute. Aber jedenfalls, man ist davo bewahrt, das ewige Geseier der Nazibonzen anhören zu müssen. Der Arbeiter hat als Klassenmensch seine besonderen Bedürfnisse und Wünsche, er sucht ihnen in dieser heute allein möglichen primitiven Art zu genügen. Die Nationalsozialisten wissen natürlich von diesen Abenden, aber sie haben bisher nichts unternommen.

Bei BMW-München gab es in einzelnen Werkstätten schwere Differenzen mit der Belegschaft wegen bestimmter Neuerungen in der Betriebsordnung. (Es handelte sich vor allem um die Brötzeitkürzung) Ca. 50 Arbeiter wurden daraufhin entlassen.

Die Stimmung der Belegschaften der Reichsautobahn ist ganz besonders kritisch. Dort wird offen über die Regierung geschimpft. Eine Abteilung sang nach der Auszahlung beim Weggang geschlossen die erste Strophe der Internationale. In einzelnen Losen macht jetzt die Arbeitsfront den Versuch, Spitzel unter die Arbeiterschaft zu stecken. Es kommen da Leute eines Tages in die Arbeit, die sich durch besonderes Schimpfen auszeichnen und vorschlagen, dass man etwas unternehmen müsse. In einem Fall liessen die Arbeiter einem solchen Provokateur eine schwere Eisenschiene auf den Schenkel fallen, die ihm das Bein zerschmetterte. Eine von der Bauleitung durchgeführte Untersuchung des Falles hatte kein Ergebnis.

Südwestdeutschland: Die ersten 44, vom Arbeitsamt in Frankfurt a.M. für die Zeppelinhalle angeworbenen Arbeiter haben geschlossen die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse. Auch die als Ersatz von der Stadtgemeinde geschickten Notstandsarbeiter haben sich zum grössten Teil geweigert, weiter zu arbeiten. Wochenlohn 23,50 Mark. Anwesenheitszeit von 5 Uhr bis 18 Uhr. Der freie Samstag muss meistens für die in Abzug gebrachten Ausfallstunden eingesetzt werden.

Sachsen, 1. Bericht: Beim Strassenbau in Oderwitz bei Zittau (hier wird der sogenannte Schlangenberg beseitigt) wurde ein Betriebsappell durchgeführt. Die Führung der Arbeitsfront aus Zittau war erschienen und stellte fest, dass von der 150 Mann starken Belegschaft 28 nicht in der Arbeitsfront waren. Diese sollten entlassen werden. Alle Arbeiter,

darunter auch eine Anzahl SA-Leute, haben erklärt, dass sie dann die Arbeiter niederlegen würden. Die Drohungen der Arbeitsfront, dass mit einer solchen Gesellschaft aufgeräumt werden müsse, wurden mit allgemeinem Gelächter beantwortet.

2. Bericht: Ein Zwickauer Bergarbeiter, der in der Verrechnungswoche nur noch einen Restlohn von 5,07 Mark ausgezahlt erhielt, heftete diese Lohntüte an einen Baum der Schwanteichanlagen, damit es jeder Vorbeigehende lesen konnte. Zur Strafe wurde er in das Konzentrationslager Sachsenburg gebracht.

Nordwestdeutschland: Beim Autostrassenbau zeigen sich immer mehr Widerstände gegen die dort übliche Behandlung der Arbeiter. Nicht selten legen 20 bis 30 Mann einfach die Arbeit hin und gehen nach Hause. Die Arbeiterschaft fühlt sich wieder kräftiger. Der Hitlergruss wird überhaupt nicht mehr gebraucht. In den Kantine machen die Arbeiter die blutigsten Witze über das System, auch wenn sich einige SA-Leute dabei befinden. Es gibt auch bei den Nazis eine gewisse Angst, dass es anders kommt und sie dann von den Arbeitern ihre Abreibung bekommen. Ein Fall ist typisch für die Stimmungsänderung: Die Arbeiter sitzen nach der Lohnzahlung in der Kantine, mehrere hundert Mann, unter ihnen befinden sich 12 bis 15 SA-Wachleute. Den Lohn bezeichnen diese Arbeiter, die ja als Pflichtarbeiter tätig sind, als Unterstützung. Ein breitschultriger Arbeiter steht auf und ruft in den grossen Raum: "Volksgenossen! Hier habe ich meine Unterstützung. Es geht uns so gut! (Dabei streckt er den Arm in die Höhe und macht eine Faust) Früher hatte ich 29 Mark Unterstützung ohne Arbeit, heute für das gemeine Schuften 12 Mark. Das reicht bis Donnerstag, wenn wir mit den drei Kindern langsam hungern. Vom Donnerstag an stellen wir den Volksempfänger ein, dann sind wir für die ganze Woche satt!" Die Arbeiter springen auf und rufen: "Bravo, bravo" und zu den SA-Leuten: "Wenn Ihr nicht die Fresse haltet, rechnen wir mit Euch später ab!" Ein SA-Mann ruft: "Was wollt Ihr denn, der hat doch recht. Wir sind doch genau so beschissen worden, wie Ihr."

3) Verstärkter Betriebsterror.

Die Widerstandsregungen in den Betrieben, über die wir seit Monaten berichten können, werden vom Regime mit verstärktem Terror beantwortet. Die Machthaber sind klug genug, diesen Terror möglichst im Verborgenen walten zu lassen, und nur selten dringt etwas davon in die Öffentlichkeit. So ist z.B. vor

einiger Zeit bekanntgeworden, dass der Kreiswalter Meyer der Arbeitsfront Braunschweig die Amtswalter in den Betrieben aufgefordert hat, ein scharfes, wachsames Auge auf die Gefolgschaften zu richten und da mit festem, rücksichtslosem Griff zuzupacken, ohne Ansehen der Person, wo sich Staatsfeindlichkeit, Minierarbeit, Sabotage oder Terror (offen oder versteckt) bemerkbar machten, auch wenn es sich nur um Versuche handele. Ebenso ist bekannt geworden, dass der Landrat in Weinheim zwei Männer in Schutzhaft genommen hat, weil sie als Notstandsarbeiter auf einer Baustelle ohne triftigen Grund die Arbeit niedergelegt und durch ihr hetzerisches Verhalten eine Anzahl von Arbeitskameraden aus Weinheim dazu bestimmt hätten, ebenfalls die Arbeit niederzulegen und sich erneut arbeitslos zu melden. Auch die im vorigen Abschnitt (Bericht aus Bayern) erwähnten Versuche, durch Bildung von Geselligkeits- und Unterstützungsvereinigungen wieder einen Zusammenhalt der Arbeiter eines Betriebes untereinander anzubahnen, haben bereits die Abwehr des Regimes herausgefordert. Der Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront in Hamburg hat sich in einem öffentlichen Aufruf scharf gegen diese Werksvereine gewendet. Es sei, so führt er in dem Aufruf aus, in diesen Betrieben versucht worden, die Betriebseinheit durch die Gründung derartiger Vereine zu untergraben. Zum Teil habe man damit die Absicht verfolgt, in diesen Vereinen Reaktionäre, Marxisten und andere Weltanschauungsgegner zusammenzufassen. Ganz Kluge hätten geglaubt, sich in Skatclubs, Gesangsvereinen usw. unauffällig tarnen zu können. Die Deutsche Arbeitsfront könne es aber nicht dulden, dass sich Werksvereine als Fremdkörper in den Betrieben breit machten. Er habe vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, die Ermächtigung auf Grund der Verordnung des Führers vom 24. Oktober 1934, die Werksvereine aufzulösen.

Unsere Berichte entnehmen wir folgende Fälle von verstärktem Betriebsterror:

Rheinland: In den Textilwerken in X. wird eine strenge Kontrolle der Belegschaft von der Gestapo durchgeführt. Oft wird nachgefragt, wer Post nach dem Betrieb bekommt. Die Firma muss angeben, wer Arbeitslohn ausfall durch Fehlen hatte. Wenn das vorkommt, dann wird eine Untersuchung ange stellt. Meist kann nichts Belastendes festgestellt werden; aber natürlich hat man grosse Angst vor der Gestapo.

Westfalen: In den Bielefelder Betrieben, in denen zur Vertrauensratswahl sehr schlecht gewählt wurde, hat man natürlich Verhaftungen vorgenommen, die in die hunderte gehen. Herausgegriffen wurden nach Gutdünken der Leiter solcher Razzien Personen, von denen man annahm, dass sie besonders Propaganda gegen die Liste getrieben hätten. Die Verhöre wurden oft ganze Nächte gegen einen einzigen Mann durchge führt, der wirklich nichts sagen konnte. Mit kurzen Unterbrechungen wurden die Häftlinge immer wieder aus der Ruhe gerissen und bis zu achtmal in einer Nacht vernommen. Nach drei bis vier Tagen sind dann die meisten Personen wieder entlassen worden. Die ganze Massnahme war ein Schlag ins Wasser.

Es kommen in den Betrieben auch kleinliche Racheakte gegen Sozialdemokraten vor. Da hat ein Lehrling, der Hitlerjunge ist und bei einem Sozialdemokraten lernt, seinem Lehr gesellen ein Drei-Pfeil-Abzeichen in die Jackentasche ge steckt. Dann hat er die Polizei benachrichtigt. Der Mann wurde aus dem Betrieb heraus verhaftet und vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Südwestdeutschland: Bei Wetzlar hat der Direktor Rickeberg eine Versammlung einberufen, wobei sogenannte Blockwarte bestimmt worden sind, welche alle abfälligen Reden über die Regierung, führende Männer der Bewegung, sowie die Be triebsführung sofort dem Betriebsführer zu melden haben.

Bayern: In letzter Zeit wurden einige Verhaftungen von Betriebsarbeitern gemeldet. So wurde ein Arbeiter aus der Werkstatt weg verhaftet, weil er sich über die Arbeitsfront als eine Bonzenversorgung sehr abfällig geäussert haben soll

Sachsen, 1. Bericht: Nach dem Bericht unseres Betriebsge währsmannes ist seitens der zuständigen Behörde die Arbeits ordnung bei der Firma...dahin abgeändert worden, dass die Arbeiter im Betriebe sich während der Arbeitszeit nicht un terhalten dürfen, anderenfalls die dabei Betroffenen sofort entlassen werden. Die Belegschaft glaubt auf diese Weise, dass der Arbeiterschaft in dem Betriebe, in dem immerhin eine gewisse Geschlossenheit besteht, eine Diskussion über die heutigen Verhältnisse unmöglich gemacht werden soll.

2. Bericht: Ein früherer kommunistischer Stadtrat war seit etwa einem Jahr bei den ...Werken untergekommen. Jetzt ist er plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassen worden. Er ging zur Direktion, um die Ursachen seiner Entlassung zu erfahren. Doch von der Direktion erhielt er nur ein Achselzucken zur Antwort und den Bescheid, er solle zum Vertrauensrat gehen. Der Vertrauensrat gab ihm zur Antwort: "Euch Marxisten durchflicken, das könnte Euch so passen."

3. Bericht: Vor einiger Zeit wurde eine frühere Gewerkschaftsfunktionärin des ...Betriebes aus der Schutzhaft entlassen. Die Kolleginnen ihrer Abteilung hatten Geld gesammelt und den Arbeitsplatz der Frau mit Blumen geschmückt. Daraufhin nahm die Gestapo Nachforschungen vor und sämtliche Arbeiterinnen der Abteilung wurden entlassen.

Hamburg: In der Volksfürsorge, Versicherungs A.G., Hamburg, dem früheren Unternehmen der Freien Gewerkschaften, hielt der hamburgische Staatsrat Habadank, Gauleiter der Arbeitsfront, ein Referat vor der Belegschaft über "Betriebsgemeinschaft". Es seien, so meinte er, in manchen Betrieben noch immer marxistische und reaktionäre Bestrebungen zu bemerken. Er werde sich in der nächsten Zeit mit diesen Betrieben eingehend beschäftigen müssen. Niemand soll vorgeworfen werden, dass er früher Marxist war, wer es aber heute noch sei oder sich reaktionär betätige, müsse jetzt verschwinden.

4) Die Stellung des Vertrauensrates.

Eins der Manöver, mit denen die Nazis die Arbeiterschaft einzufangen versucht haben, war die Bildung der Vertrauensräte. Sie ~~kräften~~ an die Stelle der Betriebsräte, aber sie sollen nicht wie diese Interessenvertreter der Belegschaft, sondern Ordnungsorgane der Betriebsführung sein. Auch da, wo die Arbeiterschaft diesen Schwindel nicht sofort durchschaut hat, hat die Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit der Vertrauensräte sie längst über den wahren Charakter dieser Scheinvertretung aufgeklärt. Sogar nationalsozialistische Vertrauensmänner erkennen allmählich, dass sie vom Regime missbraucht werden und tatsächlich einflusslos sind.

Sachsen: In einem Betrieb wurde anlässlich einer Lohndifferenz dem Vertrauensobmann von der Belegschaft folgendes erklärt: "Ja, ja Kollege, zur Lohnpolitik gehört schon etwas mehr Kenntnis dazu, als ein SA-Mann von seinem Sturm-bann wissen muss. Bevor Du einmal das kannst, was mitunter unsere früheren Gewerkschafts-"Bonzen" fertig gebracht haben, bis Du alt und grau geworden." Dieser Vertrauensmann war nicht in der Lage, auf diese deutliche Erklärung auch nur mit einem Worte zu erwidern.

In einem anderen Betriebe haben die alten Betriebsräte den gewählten Vertrauensobmann glatt beiseite gestellt und selbst mit dem Unternehmer über die von dem Treuhänder beantragte Lohnsenkung verhandelt, ohne dass der Unternehmer dagegen Einwendungen erhoben hat. Das von unseren Funktionären erzielte Verhandlungsergebnis war, dass der Unternehmer von einer Lohnsenkung Abstand nahm.

Schlesien: In unserem Betrieb, der ca. 500 Mann Belegschaft hat, kennt überhaupt keiner den Betriebsobmann. Er sitzt nur ständig in seinem Büro, und kümmert sich nicht darum, was sich im Betriebe ereignet. Wenn aber der Monat herum ist, ist er sonderbarerweise immer in der Lage, einen Bericht über seine Tätigkeit herauszugeben. Der Bericht ist geradezu staunenswert wegen der Dummheiten, die darin verzapft werden. Als Informationsquelle bedient er sich nur der Meister und der Vorarbeiter.

Südwestdeutschland, 1. Bericht: Die Stellung des Vertrauensrates hängt völlig von der mehr oder weniger nationalsozialistischen Einstellung der Betriebsleitung ab. In den Betrieben mit gut nationalsozialistischer Betriebsführung hat der Vertrauensmann am wenigsten zu sagen. Eine solche Nazibetriebsführung fühlt sich im Rücken gedeckt. Andere Betriebsführungen sind aber geneigt, dem Vertrauensrat einen etwas grösseren Einfluss einzuräumen.

Bei der Weiger-Brauerei legte der Vertrauensrat sein Amt nieder mit der Begründung: "Er habe sich genug Feinde im Betrieb zugezogen."

2. Bericht: Von den Vertrauensräten hört man höchstens noch etwas, wenn einmal ein Arbeiter ein Betriebsjubiläum feiert. Sonst werden sie überhaupt nie in Anspruch genommen. Die Leute sagen sich eben, es hat doch keinen Wert, da sie ja nichts zu sagen haben. Auch von den sogenannten Lehrgängen und Kursen für Vertrauensleute der Betriebe, die im letzten Jahre auch im Sommer abgehalten wurden, hört man nichts mehr.

Westfalen: Unser Betriebsvertrauensmann ist ein junger Mann von 25 Jahren. Er ist alter Kämpfer. Für ihn war die Nazibewegung ein so heiliger Begriff, wie für den besten Genossen aus der Arbeiterjugend der Sozialismus. Nun ist der

junge Mann völlig zusammengebrochen, da er seine ehrliche Meinung vom Nationalsozialismus nicht nur von der Reaktion abgelehnt, sondern von der Partei brutal verraten sieht. Dieser Mensch hat monatelang das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", das Betriebsrätegesetz, die Schlichtungsordnung, die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, die Geschichte der Sozialdemokratie usw. studiert. Die sozialistischen Schriften hat er sich von einem Genossen geholt, der früher in der Stadt führender Sozialdemokrat und sein Vorgänger als Betriebsrat war. Diesem Genossen erklärte der Nazi nun, dass er völlig zusammengebrochen sei. Es sei ihm wie Schuppen von den Augen gefallen. Die sozialistische Arbeiterbewegung war eine ganz grosse Sache, das habe er nie gewusst. Er schäme sich tief, diese herrliche Bewegung bekämpft zu haben. Nie habe er angenommen, dass die Naziredner stets das Gegenteil von dem Wirken der Arbeiterbewegung gesagt haben. So verlassen und verraten fühle er sich, dass er oft wie krank sei. Im Betriebe (es arbeiten immerhin 2.000 Mann in dem Werk) versuchte der junge Mann nun, rein gewerkschaftliche Betriebspolitik zu treiben. Um jede Angelegenheit wurde er bei der Betriebsleitung vorstellig, sachlich und gut beraten. Die Belegschaft forderte er auf, ihm alle Mängel usw. zu melden, er werde sich um Abstellung bemühen. Betriebsversammlungen mit Diskussion wurden durchgeführt. Die Folge war, dass sich der Unternehmer beim Treuhändler der Arbeit beklagte, der beide zu einer Aussprache vorlud. Hier wurde dann der junge Vertrauensrat gehörig abgezanzelt und ihm das Konzentrationslager angedroht. Er ist vollständig gebrochen. Den Kollegen hat er einzeln von seinem Erlebnis beim Treuhändler erzählt und erklärt: "Die Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie verraten. Die NSDAP ist wirklich nur die Vertreterin der Kapitalisten."

5) Betriebsfeiern.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt über die Versuche der Nationalsozialisten berichtet, die "Betriebsgemeinschaft" durch gemeinsame Feiern und Vergnügungen von Belegschaft und Unternehmer zu festigen. Oft musste berichtet werden, dass diese Kameradschaftsabende, Betriebsausflüge usw. auf die Arbeiter nicht ohne Eindruck bleiben. Jetzt mehren sich die Berichte, dass die Nazis auch mit diesen Versuchen auf die Dauer keinen Erfolg haben. Die Arbeiter durchschauen das Ablenkungsmanöver und üben passive Resistenz.

Schlesien: Aus dem Rundschreiben Nr. 3 vom 12. 7. 35 des Konsum- und Sparvereins Vorwärts e.G.m.b.H. in Breslau. Betrifft Betriebsgemeinschaft "Fahrt ins Blaue"

Arbeitskameradinnen und -Kameraden! Dieser Vorfall gibt uns Veranlassung auf folgendes hinzuweisen. Die Fahrt, die eigentlich schon im vorigen Jahr stattfinden sollte, wurde im Einverständnis mit der Belegschaft und dem Betriebsführer festgesetzt. Diese Tatsache muss für jeden Veranlassung sein, sich restlos daran zu beteiligen. Wenn nun Miessmacher, Meckerer und sogenannte Besserwisser - aber nicht Bessermacher - sich auch diesmal bemerkbar machen und ihre Beteiligung unter allerhand fadenscheinigen Gründen ablehnen, also sich wieder einmal abseits zu stellen beabsichtigen, dann rufe ich diesen folgendes ins Gedächtnis: Es gibt ein Gesetz, nach welchem solche Elemente aus einer Betriebsgemeinschaft entfernt werden können und auch sollen. Bevor ich mein Amt antrat, habe ich genügend Zeit gehabt, die bisherigen Verhältnisse in Bezug auf Kameradschaftsgeist und Pflichtbewusstsein zu beobachten und ich habe mir nunmehr ein Bild machen können davon, wer als guter und wer als schlechter Arbeitskamerad anzusehen ist.

Aus diesem Grunde sah ich mich veranlasst, diejenigen Gefolgschaftsmitglieder, die an dieser Fahrt nicht teilnehmen, mit einer Fahrkarte zu belasten, weil es nicht angeht, dass unser notleidender Betrieb, die etwaigen Unkosten, die durch eine Nichtteilnahme entstehen können, zu decken hätte. Genugtuung für mich in meiner Tätigkeit als Betriebswalter erblicke ich darin, dass ich eine schöne Anzahl Arbeitskameraden habe, auf die ich stolz bin und stolz sein kann, denn wir sind ja gemeinschaftlich alle eingetreten, um die Erhaltung unseres Arbeitsplatzes nicht nur um des Verdienstes willen, sondern auch der Kameradschaft wegen.

Heil Hitler! gez. A. Micka,
Betriebswalter."

Sachsen, 1. Bericht: In einer grossen Textilfabrik wurde kürzlich bekanntgemacht, an dem und dem Tage würde die Mittagspause von 12 auf 1 Uhr verschoben, da während dieser Stunde die studentische Sängerschaft der "Arionen" der Belegschaft Volkslieder zum Besten geben würde. Mit knurrendem Magen hörten sich die Fabrikmädel die Lieder an. Um 1 Uhr konnte endlich gegessen werden. Anschliessend gab man ihnen bis 2 Uhr Gelegenheit, in einem ausgeräumten Saal mit den Studenten zu tanzen, damit auf diese Weise die Volksgemeinschaft zum Ausdruck käme. Um 2 Uhr liess dann die Fabrikleitung für die studentischen Sänger in einem besonderen Raum ein Mittagsmahl auftragen. Den Arbeiterinnen gab man nachträglich durch Anschlag bekannt, dass sie die verlorenen Arbeitsstunden auf die Weise einzubringen hätten, dass einige Tage lang eine Viertelstunde länger gearbeitet werden müsste.

Da viele Arbeiterinnen in den Ortschaften um Leipzig herum wohnen, verpassten diese Arbeiterinnen an den betreffenden Tagen ihre Zugverbindung und verloren viel Freizeit. Die Singerei der Studenten wurde in der Tagespresse als "Sozialismus der Tat" bezeichnet. Unter den Arbeiterinnen herrschte jedoch keine Begeisterung. Sie sagten: "Was nützt uns das Singen der Studenten, wenn wir durch Ueberarbeit dafür bezahlen müssen!" Auch fragte man sich, wer denn das den Studenten gegebene Gastmahl bezahle.

2. Bericht: Die Direktion der Herrenwäschefabrik Gebr. Simon in Aue /Erzgeb. gab durch Betriebsanschlag bekannt, dass demnächst ein Kameradschaftsabend stattfinden sollte. Jeder Teilnehmer sollte zur Deckung der Kosten einen Betrag von 30 Pfg. zahlen. Jeder, der an diesem Kameradschaftsabend teilnehmen wolle, müsse sich in eine Liste eintragen. Die Eintragungen waren aber so kläglich, dass die Firma von der Veranstaltung Abstand nehmen musste.

Südwestdeutschland: Der Streckenabschnitt Mannheim-Darmstadt der Reichsautobahn geht seiner Vollendung entgegen. Der grösste Teil der Arbeiter ist bereits wieder entlassen. Eine grössere Baufirma, die in dem Berichtsabschnitt etwa 100 bis 120 Mann beschäftigte, machte die Entlassung durch einen Kameradschaftsabend schmackhafter. Der Auftakt des Festes bestand in Reden des Führers und Vertrauensrates nach Goebbelschem Muster. Leider konnte keiner der beiden den notwendigen Stimmenaufwand aufbringen, um die sich um das Freibier Streitenden zum Zuhören zu bringen. Dass dieser Alkoholgenuss den ausgehungerten Arbeitern, die dem Unternehmer für 63 Pfg. pro Stunde im Gebiet der Sonderklasse Frohndienst leisten mussten, nicht bekömmlich sein konnte, hätten die Fachleute der Arbeitsfront, insbesondere der Ley voraussehen müssen. Schon nach kurzer Dauer der Volksgemeinschaft war der Saalkrieg im Gange. Der schnell herbeigeholten Polizei gelang es jedoch, diese nationalsozialistische Übung wieder einzudämmen. Die polizeiliche Medizin hielt nicht lange vor. Während ein Teil sich im lauten Singen des Horst-Wesselliedes, der andere Teil im lauten Brummen der Internationale übte, bildeten sich langsam Gruppen, welche ihren Missmut gegen diese Art der Volksgemeinschaft immer lauter und deutlicher zum Ausdruck brachten. Schneller als geglaubt, war diese Feierstunde zu Ende. Das anrückende Ueberfallkommando räumte mit der ihm eigenen Gründlichkeit ohne Ansehen der Person den Saal.

Nordwestdeutschland: In X. wurde kürzlich das Richtfest für zwölf Kasernengebäude gefeiert. An der Feier nahmen 1.200 Arbeiter teil. Sie durften die Insel nicht verlassen (die grösste Zahl der Arbeiter wohnt auf dem Festland). Für den Fall der Nichtbeteiligung wurde fristlose Entlassung angedroht. Das Badepublikum wurde zur Feier nicht zugelassen. SS und SA bewachte das Baugelände mit geladenem Karabiner. Der Obermeister

der Baugewerksinnung schlug als Richtfestredner einen Sozialdemokraten vor, der früher in Schlichtungsausschüssen usw. viel mit den Arbeitgebern zu tun hatte. Man wollte dem Genossen, der Zimmerpolier ist, eine auswischen. Von der Rede sich zu drücken, war dem Genossen unmöglich. Die NSDAP machte für die Rede die Auflage, dass über "Volksgemeinschaft", "Führer", "Fahne", "Arbeiter und Ehre" und "Wehrmacht" gesprochen werden müsse. Das Manuskript musste der Redner vorher zur Zensur einreichen. Ein Siegheil auf den Führer war für den Schluss der Rede nicht besonders gefordert; das hielt man natürlich für selbstverständlich. Der Obermeister rief aber dem Redner beim Betreten der Rüstung zu, er solle den Spruch am Schluss nicht vergessen. Gemeint war das Heil auf den Führer, während der Genosse am Schluss seiner Rede den Richtspruch, der den freien Zimmermann auszeichnet, sagte. Dem Redner wurde grosser Beifall von der ganzen Belegschaft gezollt, denn jeder hatte aus seinen einfachen Worten herausgehört, dass er mit prächtiger Natürlichkeit an gezwungenen Sätzen einen anderen Sinn zu geben verstand. Jeder wusste zudem, der Kollege soll provoziert werden und hörte aus den Worten des Genossen heraus, was sein Herz begehrte. Hier sprach kein Schwulst und byzantinischer Schleim, hier sprach ein alter Gewerkschaftler, der mit Bedacht versteht, gelegte Schlingen zu umgehen. Bei dem anschliessenden Freibier kam dann die wahre Stimmung der Belegschaft zum Ausdruck. Das Deutschland- und Wessellied wurden nur mitgebrummt, einige nachfolgende Redner bekamen nur von einigen Personen Beifall. Die Arbeiter stellten sich in Gruppen zusammen und stänkerten die SS-Leute an. Man sagte diesen Leuten: "Na, wartet man, mit Euch ist es bald vorbei. Ihr kriegt auch noch mal die Jacke voll. Eure Prügel vergessen wir Euch nicht. 90 Prozent der Arbeiterschaft denkt so wie wir." Getrunken wurde von den meisten wir am 1. Mai. Je betrunkenere die Arbeiter wurden, desto mehr äusserten sie ihre antifaschistische Gesinnung. Einige zaghafte Vermahnungen von Meistern wurden beantwortet: Ach, lasst uns doch zufrieden, ihr denkt ja genau so wie wir. Mal muss doch die Galle hochkommen. Saufen tut man doch bloss aus lauter Verzweiflung. Es ist doch ein Jammer, dass man sich vor dem Gesocks dauernd verkriechen soll.

6) Einzelberichte.

Bayern:

Aus einem grossen Münchner Metallbetrieb: Bei uns ist es im Betrieb ziemlich unpolitisch. Man spricht nicht viel von den politischen Ereignissen. Eine grosse Anzahl bezeichnen sich als Kommunisten, dann kommen die Sozialdemokraten,

d.h. die, die einstmalig Sozialdemokraten waren und heute noch nicht zu den Kommunisten übergehen wollen und dann kommen die Nazis und die Katholischen. Von den Kommunisten ist zu sagen, dass die meisten gar keine Vorstellung davon haben, was Kommunismus ist. Sie sind einfach radikalisiert und wollen das Gegenteil von dem sein, was der Nazi ist. Von der illegalen Arbeit haben sie keine Ahnung und sind auch nicht dafür zu haben. Sie wollen sich nicht dafür einsetzen. Sie sagen halt, dass sie Kommunisten sind, weil sie glauben, dass nach dem jetzigen Regime nur der Kommunismus folgen kann, und darauf warten sie. Dass aber nie eine Revolution kommt, wenn sie nicht selbst dabei mithelfen, das begreifen sie schon nicht mehr. Sie sind halt nur stimmungsmässig und ganz für ihren Privatbedarf Kommunisten. Und weil fast alle diese Kommunisten so denken, darum hat auch die Kommunistische Partei keine besondere Bedeutung. Sie haben niemand, der ihnen die gefährliche Arbeit macht. Dreimal sind in unserem Betrieb kommunistische Zellen hochgegangen, seither (seit etwa 8 Monaten) spürt man von der kommunistischen Tätigkeit nichts mehr. Sie haben keine wirklich illegalen Organisatoren mehr. Es fehlt ihnen der Grundstock von Parteikommunisten. So kommt es, dass bei den Kommunisten noch weniger Zusammenhalt und Bindung besteht wie bei den Sozialdemokraten, obwohl diese eigentlich viel geringer an Zahl sind. Bei den Sozialdemokraten ist zwar eine illegale Tätigkeit auch nicht zu spüren, weil eine solche durch die strenge Kontrolle im Betrieb (Rüstungsbetrieb) kaum möglich ist, aber sie haben einen besseren Zusammenhalt. Das kommt daher, weil sie schon in der Weimarer Zeit eine bessere Organisation hatten, vielleicht auch eine gewisse Tradition. Da sind die jungen Leute aus dem Reichsbanner, aus der Gewerkschaft, aus den Arbeitersportvereinen, die alle untereinander Spezl sind und die halten zusammen, ohne dass man sie eigentlich als Partei ansprechen könnte. Die wenigen, die umgefallen sind, hat man bald erkannt, aber das sind nicht viele gewesen. So besteht unter ihnen immer eine gewisse Verbindung, die sofort festere Formen annähme, wenn sich einmal der Druck etwas lockern würde. Diese Leute haben keine fertigen Rezepte in der Tasche, wie oft die von den Kommunisten, aber dafür sind sie auch vorsichtiger und kritischer.

Daneben gibt es also noch die Nazis, die vielfach ausge machte Dummköpfe sind. Oft machen die anderen Arbeiter mit ihnen ihre Witze. Das lassen sie sich gefallen. Mitunter ist auch einer dabei, der wirklich an Hitler glaubt und aus ehrlicher Ueberzeugung bei der Sache ist. Diese Art ist meistens recht zähe und lässt sich durch nichts von ihrem Glauben abbringen. Man könnte sie, glaube ich, erschlagen für ihre Sache. Sie sind die, die die Dreckarbeit für die Nazis im Betrieb machen. Aber wie gesagt, sie sind in der Minderheit und können sich nur halten, weil hinter ihnen der Staat steht.

Anfänglich haben die Arbeiter auch über die enormen Ausmasse der deutschen Rüstung gesprochen, seit aber die deutsche Aufrüstung offiziell ist, spricht man kaum mehr darüber. Heute glaubt man, dass die Waffen, die wir machen, auch ins Ausland gehen und dass davon nicht zuletzt das Reich profitiert. Eins ist feststellbar, dass die Arbeiter in den Rüstungsabteilungen, wenn sie auch Sozialisten sind, sich doch sehr überlegen, irgend etwas mit illegaler Arbeit zu tun zu haben, denn man glaubt, dass das den Kopf kostet. Dass die Regierung bald noch härter vorgehen wird, als das heute schon der Fall ist, das weiss bei uns jeder. Wir warten darauf, dass man noch mehr Gewalt anwenden wird, wenn man sieht, dass es mit den guten Worten allein nicht geht.

Die katholischen fallen kaum ins Gewicht. Sie sind anständig und vielfach sehr brave Kameraden, aber es ist von ihnen auch nichts zu erwarten. Einer in unserer Abteilung war Mitglied eines katholischen Männervereins und ist jetzt proforna dort ausgetreten. In Wirklichkeit aber zahlt er seinen Beitrag noch weiter. Die Nazis wissen das, aber sie melden ihn nicht. So muss ich auch feststellen, dass die Feindseligkeit, die in der Kampfzeit oft zwischen Marxisten und Nazis im Betrieb herrschte, heute nicht mehr vorhanden ist. Die Nazis sind fast ohne Ausnahme wieder ganz freundlich geworden. Man weiss, wie man mit ihnen dran ist, und nimmt sich in acht, aber dass sie ihre Macht ausnützen und einen wegen einer Bemerkung gegen die bestehenden Verhältnisse verklagen würden, das ist kaum mehr der Fall. Es besteht ein gewisses Uebereinkommen, vielleicht fühlen sie auch ihre schwache Stellung im Betrieb.

In unserem Betrieb gehen jetzt die grossen Neubauten ihrer Vollendung entgegen. Es sind an die 30 neue Gebäude. Die neuen Fabrikräume sind sehr vorbildlich. Die Waschräume sind sehr ausgedehnt. Allein 1.200 Waschbecken wurden eingebaut. Wenn unser Betrieb nicht Rüstungsbetrieb wäre, hätte er nie diese Grösse annehmen können.

Die soziale Stellung im Betrieb ist für uns seit der Machtergreifung Hitlers nicht verändert. Die Löhne sind gleich geblieben. Was wir überall als Mangel empfinden und was auch die Nazis einsehen, ist, dass man sich nicht mehr beschweren kann. Die Arbeitsfront ist glatt umsonst. Sie erreicht nichts und wird auch von den Arbeitern als blosse Versicherungsgesellschaft angesehen. Die Schlechterstellung gegenüber früher kommt daher, dass die Preise seit Hitlers Machtergreifung sehr gestiegen sind und man für sein Geld nicht mehr so viel bekommt wie früher.

Die Organisation Kraft durch Freude ist eine angenehm empfundene Neuerung. Zwar können die Arbeiter oft die wenigen Groschen nicht aufbringen, die so eine Fahrt kostet, aber immerhin kommen doch viele Proleten heute dazu, etwas zu sehen, was früher nicht der Fall war. Das ist aber vielleicht auch das einzige, was an wirklich guten Neuerungen gekommen ist.

Reichsausesserungswerk Freimann, München: Ein Teil der Belegschaft sind ehemalige Sozialdemokraten, ein grösserer Teil Kommunisten, eine kleine Minderheit sind Nationalsozialisten. Jeder weiss von dem anderen, der ist das und der ist das. Die Nationalsozialisten stossen auf eine gewisse Verachtung. Nur ein kleiner Teil von ihnen hält noch mit fanatischem Glauben an seiner Ueberzeugung fest. In der Brotzeit sprechen die Arbeiter offen über alles; die Nationalsozialisten denunzieren nicht.

Mittlerer Metallbetrieb, München: Ein oppositioneller Arbeiter kommt mit einem Nationalsozialisten in ein Gespräch über die Rüstungsproduktion. Er sagt ihm: wir fabrizieren die Munition, mit der später einmal die französischen Arbeiter totgeschossen werden und die französischen Arbeiter wieder fabrizieren die Munition, mit der wir getötet werden. Was ist das für ein Wahnsinn! - Aber der Nationalsozialist lässt sich davon nicht beeinflussen. Er versucht nur vollkommen stur nachzuweisen, dass Deutschland unter allen Umständen den nächsten Krieg gewinnen müsse. Der Oppositionelle sieht ein, dass der fanatische Nazi nicht zu überzeugen ist und bricht, erschüttert über soviel Sturheit, das Gespräch ab.

Maschinenfabrik in München: Ca. 1.000 Mann Belegschaft. Seit 2 Jahren wurde die Belegschaft um 200 Mann erhöht. Früher gut organisiert, in der Hauptsache aber christlich. Illegale Arbeit von irgend einer Seite ist im Betrieb nicht spürbar. Die Teilnahme an den Betriebsversammlungen ist sehr schwach, es besteht kein Interesse für die Arbeitsfront. Sie hat auch keine lebendige Verbindung mit der Arbeiterschaft. Die Betriebsführung bemüht sich sichtlich, den Arbeitern den Begriff der Volksgemeinschaft klar zu machen. Es werden Gemeinschaftsfahrten und Ausflüge der Belegschaft organisiert, die aber nicht immer ihren Zweck erfüllen. Trotz des "wohlwollenden Entgegenkommens" das die Betriebsleitung hier an den Tag legt, weiss der Arbeiter doch den natürlichen Unterschied zu erkennen, der zwischen seinen Interessen und denen seiner Arbeitgeber liegt. Selbstverständlich gibt es viele Kriecher, die sich anbiedern und vor lauter Volksgemeinschaft und treuer Ergebenheit sich überschlagen. Aber das sind meistens Menschen, über die die Mehrzahl der Arbeiter hinwegsieht. Man weiss, dass sie ihre Untergebenheit nur heucheln, um in bessere Stellungen aufzurücken. Zwei der einstmals radikalsten Kommunisten sind heute die grössten Kriecher, während Arbeiter, die man früher nie für etwas haben konnte, heute die zähesten Anhänger ihrer alten Anschauungen geblieben sind. Aber ich kann nicht sagen, dass im Betrieb irgend eine starke Oppositionsstimmung herrscht. Revolutionäre Arbeiter, die wirklich wissen, was sie wollen, kenne ich nicht. Die Ansichten über die politische Entwicklung sind sehr verschieden. Jeder mahnt sich da seine eigenen

Vorstellungen. Aber man muss sagen, dass sich die Leute an den Zustand gewöhnt haben und wenn es nicht noch viel schlechter wird, dann glaube ich nicht, dass dem Regime unter den Arbeitern eine Gefahr erwächst.

Aus kleineren Betrieben im Chiemgau wird ganz ähnlich berichtet. Die Stimmung unter den Arbeitern sei zwar nicht für Hitler, aber auch nicht positiv für einen anderen Weg. Man lässt es laufen. Interessant ist, dass man fast überall der Auffassung begegnet, dass nichts zu machen ist, da erst aussenpolitische Verwicklungen kommen müssen, ehe die revolutionäre Arbeit wirklich Erfolge bringt.

Kleiner Schreinereibetrieb in Oberbayern: Belegschaft 60 Mann. Fabriziert Kleiderschränke für Arbeitsdienstlager. Ungeheuer viel Arbeit. Die Arbeiter werden scharf angetrieben. Es herrscht eine Hetze wie noch nie. Der Betriebsführer klagt, dass wohl viele Schränke bestellt, dass aber sehr schlecht bezahlt werde. Er könnte nicht mehr weiterarbeiten, wenn nicht regelmässiger bezahlt wird. Der Vertreter des Arbeitsdienstes erklärte darauf, dass, wenn er nicht mehr liefern könne, man eben die Aufträge an andere Schreinereien übergeben wird. Zwischen Betriebsleitung und Belegschaft entstanden im Frühjahr Differenzen wegen des zu gewährenden Urlaubs. Die Betriebsleitung wollte sich nicht an die tariflichen Bestimmungen halten. Als die Arbeitsfront Verhandlungen aufnahm, wurde der ordentliche Urlaub gewährt.

Ein Arbeiter aus einem Metallbetrieb berichtet: Bei uns ist die Stimmung so, dass man schon die Nazis zählen kann. "Der ist bei de Hitler", das ist ein oft mit Verachtung ausgesprochenes Wort und will zum Ausdruck bringen, dass der, auf den es angewandt wird, nicht ernst zu nehmen sei. Die Nazi haben bei uns kaum noch einen Einfluss, auch der Betriebsführer, ein alter Deutschnationaler, kümmert sich nicht um sie. So ist faktisch die Belegschaft ohne ernste Vertretung.

Lufthafen Schleissheim: Die Belegschaft wurde in einer Betriebsversammlung von einem Vertreter der Arbeitsfront abgekanzelt, weil man sich in der letzten Zeit ganz offen gegen das Dritte Reich und die Sozialverhältnisse im Betriebe geäußert hatte. Als der Vortragende beteuerte, dass der Nationalsozialismus für Arbeit und Brot kämpfe, fiel der Zwischenruf: "Wir wollen auch Fleisch haben!" Daraufhin wurde SA in den Saal gerufen, die neben den Bankreihen Aufstellung nahm. Nun blieb die Arbeiterschaft ruhig und der A-F-Vertreter konnte seine Schimpfereien fortsetzen.

Viele Betriebe des bayr. Waldes haben die Kosten für Freifahrten nach München zum Oktoberfest übernommen. Darunter auch die Glashütte Theresiental, über die schon wiederholt wegen ihrer schrecklichen sozialen Betriebsverhältnisse berichtet wurde. Die Glashütte zahlt einen durchschnittlichen Wochenlohn von 13 Mark, hat sich aber auch an der Gewährung von Freifahrten beteiligt und für 143 SA-Männer die Kosten übernommen. Das macht bei den Arbeitern, die nicht bei der SA sind, natürlich böses Blut, aber auf diese Weise erhält man eine künstliche Kluft in der Arbeiterschaft aufrecht.

Südwestdeutschland:

Opel-Werke, Rüsselsheim: Durch Radio und Zeitungen wird viel über den "sozialen" Betrieb Opel geschrieben und berichtet. Er veranstaltete z.B. für 15.000 Urlaubsreisen mit je 14tägigem Urlaub. Wie sehen die Dinge in Wirklichkeit aus?

Es erhalten in durchaus regulärer Weise Urlaub:

Beschäftigte bis zu einem Jahre	5 Tage
" " " 2 Jahren	6 "
Stamm-Mannschaft " bis zu 12 Jahren	10 "

Opel stellte 10 Schiffe mit einem Fassungsvermögen von je 1.200 Mann zur Verfügung. Jedes Schiff hatte von vornherein eine Fehlmeldung von 300 bis 500 Mann, die einfach kein Interesse daran haben mitzugehen, um nicht den Tamtam, wie Ansprachen, Böllerschüsse etc. mitmachen zu müssen. Die Verpflegung auf den Schiffen sieht wie folgt aus:

Mittagessen: Kartoffeln, Bohnengemüse und ein Stückchen Fleisch.
 Kaffee: Eine Tasse Kaffee, ein Stückchen Kuchen.
 Abendessen: Kartoffelsalat und ein (!) Frankfurter Würstchen.

Für Getränke ist zu zahlen: 1 Flasche Bier 50 Pfennige, eine halbe Flasche Wein 1,10 Mark.

Richtig ist, dass Opel Autos für sonstige Ferienfahrten nach dem Schwarzwald usw. zur Verfügung stellt. Eines wird nur nicht erwähnt - dass diese von den Arbeitern selbst bezahlt werden müssen.

Wie sieht es nun sozial aus?

Jeder Arbeiter, der während der Arbeitszeit austreten muss, hat sich ab- und zurückzumelden. Trinkt jemand während der Arbeitszeit einen Schluck Wasser oder Kaffee, oder es beißt einer von seinem Brot ab, kommt eine halbe Stunde Arbeitszeit in Abzug. Geht einem Arbeiter in regulärem Arbeitsgang ein Werkzeug oder ein Materialteil kaputt, muss derselbe als Strafe zwei bis sechs Tage aussetzen.

Reichsbahn--Mannheim: Durch die ungeheueren Arbeitsüberlastung ist die Belegschaft sehr enttäuscht. Versetzungen sehr vieler eingestellter SA und SS-Männer sind an der Tagesordnung. Alles Ersatzpersonal wird durch die Standarte lo/171 gestellt. Die meisten Neueingestellten sind den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen, daher ergeben sich dauernde Neugruppierungen und daraus Unruheherde unter dem Personal. Beschwerden beim Vertrauensrat sind geradezu gefährlich und vielfach mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verbunden. Die Aufsicht ist gegenüber früher ungewöhnlich streng. Strafen bei Sachbeschädigungen sind sehr hoch. Der Unmut unter dem Personal richtet sich vorwiegend gegen die Bürokratie des neuen Systems.

Der Krankenstand des Reichsbahnpersonals ist sehr hoch und bewegt sich seit einem Jahr zwischen 11 und 16 %. Sehr hoch ist die Zuruhesetzung von unteren Beamten zwischen 50 und 60 Jahren. Bei den mittleren Beamten ist die Versetzung und auch Ersatz durch die Nazis auf der Tagesordnung.

Militärische Übungen der Bahnpolizei verbunden mit Scharfschiessen finden sehr häufig auf dem Truppenübungsplatz Heuberg statt.

Fa. Neubeflissen, Inhaber Gebr. Hoss, Sinn b. Herborn, Dillkreis: Beschäftigt 1.600 Mann. Hier werden Herde, Amaturen, Hufeisen, Draht usw. hergestellt. Ein Wochenlohn von 20 Mark gilt hier als ein guter. Ein grosser Teil der Arbeiter wohnt in den Werkwohnungen. Infolge jahrelanger Erwerbslosigkeit haben manche Arbeiter bis zu zweitausend Mark Mietschulden. Sowie diese Arbeiter wieder Arbeit bekommen, erfolgen sehr hohe Mietsabzüge. Ein Arbeiter mit 6 Kindern z.B., der 20 Mark verdiente, erhielt deshalb nur 8 Mark ausbezahlt.

Beim Aluminiumwalzwerk in Singen wurden von 20 vom Arbeitsamt gesandten jungen Leuten nur 5 eingestellt und ausgerechnet solche, die nicht in der Hitler-Jugend sind. Der Führer der HJ telefonierte hierauf den für die Einstellung massgebenden Ingenieur an und dieser antwortete - im Beisein von Zeugen - er könne nur diejenigen nehmen, die der Arbeit gewachsen seien, und dies sei bei den angeführten jungen Leuten nicht der Fall.

Bei der Firma Rheinberger, Schuhfabrik in Pirmasens, die rund 2.000 Arbeiter beschäftigt, fand eine Betriebsversammlung statt, in der ein auswärtiger Redner aufgebeten war. Auf das übliche Sieg Heil erhob sich keine Hand, so dass die anwesenden Obergauer sehr betroffen waren. Der Vorsitzende des Vertrauensrates erklärte dieses Verhalten mit der grossen Unzufriedenheit, die infolge der schlechten Wirtschaftslage unter den Leuten herrsche und wagte sogar, darauf hinzuweisen, dass unbedingt etwas geschehen müsse.

Rheinland-Westfalen:

Aus einem Betrieb, der früher Kohlenbagger und Anlagen für Brikettfabriken herstellte, wird berichtet, dass jetzt Geschützlauffetten gebaut werden. Es wird voll, zum Teil in Ueberstunden gearbeitet. Der Verdienst ist verhältnismässig gut. Zwar sind gewisse Abzüge und Akkord-Reduzierungen erfolgt; jedoch verdienen Qualitätsarbeiter, wie Dreher noch immer 0,90 Mark bis 1,-- Mark, Hilfsarbeiter bis 0,70 Mark die Stunde. Der Nettolohn beträgt im Betrieb 28,- Mark bis 45,- Mark wöchentlich. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur die Steuern und die üblichen Sozialbeiträge, sondern auch die Beiträge für die DAF, WH und anderes in Abzug gebracht werden. In der DAF muss jeder sein. Wer sich weigert, wird bei Meldung fristlos entlassen. Das bedeutet nicht nur die Brotlosmachung, sondern auch, dass der fristlos Entlassene in den ersten vier Wochen keine Unterstützung erhält.

Der Mangel an Drehern und anderen Qualitätsarbeitern zwingt die Unternehmer, auch von früher her bekannte Kommunisten und Sozialdemokraten wieder einzustellen. So wurde in diesem Betrieb auch ein Sozialdemokrat wieder eingestellt, der drei Monate im Konzentrationslager gewesen war und über ein Jahr keine Arbeit hatte. Dieser Genosse, der sich selbstverständlich innerlich nicht gewandelt hat, verhält sich jetzt ganz still. Er geht seinen Weg und vermeidet, über politische und betriebliche Probleme zu sprechen. Es gibt zu viel Spitzel. Meist sind es diejenigen, die früher nicht genug Forderungen an die Gewerkschaften stellen konnten. Diese ewigen, ehemaligen Nörgler sind heute die ekelhaftesten Schmeissfliegen. Sie verkörpern den Typ des Gelben der Vorkriegszeit.

Der Nazi-Betriebswalter war vor Hitler Kommunist. Einer von jener Sorte, die im Grunde überhaupt keine Gesinnung und Ueberzeugung haben. Spiessbürger, der früher kein Amt in der Gewerkschaftsbewegung bekommen konnte, weil er zu dumm war, und weil er nie gelernt hatte, die Sache von der Person zu unterscheiden, der auf alles schimpfte und der von der hohen Mission der freien gewerkschaftsbewegung nie etwas verstanden hatte. Dieser Herr Betriebswalter stellt sich jetzt öfter am Platz des erwähnten Genossen auf und fragt ihn dann: "Na, wie gefällt es Dir denn nun in unserem Dritten Reich?" Natürlich bekommt er nicht die Antwort, die er für seine Denunziation braucht. Man weiss allgemein, dass er ein gemeiner Kerl ist, der sich gar nicht ehrlich unterhalten will, es auch nicht kann. Bei Sozialdemokraten kommt er so leicht nicht zum Ziel. Aber hier und da "fasst" er doch mal einen Arbeiter. So hatte ein Arbeiter sich abfällig über das System geäußert. Der Herr Betriebswalter erfuhr davon durch einen seiner Spitzel und bald darauf erschien er bei dem Ketzler und sagte: "Na warte,

Dich wollen wir schon kriegen." Am nächsten Morgen wurde der Mann verhaftet.

Der Betriebswalter hat ein gut ausgestattetes Zimmer - seinem sozialdemokratischen Vorgänger stellte man früher eine Dreckbude zur Verfügung - er spaziert mit Kragen und Krawatte im Betrieb herum und schreibt dafür der Firma 65 Stunden in der Woche an. Die Firma aber lässt sich betrügen; denn sie weiss, sie hat einen Schäferhund im Betrieb, der die Leute in Ordnung hält und sonst hat er ja sowieso nichts zu sagen. Zum Nürnberger Parteitag erhielt der Mann Urlaub, Lohnausfall und 15,- Mark Spesen. Grossspurig erklärte er dann, dass er nur mal so als Schlachtenbummler nach Nürnberg ginge. Marschieren würde er natürlich nicht.

Angesichts der Lage in der übrigen Wirtschaft verhalten sich die Arbeiter in diesem Betrieb still. Sie verdienen verhältnismässig gut, haben Angst vor der Massregelung und Arbeitslosigkeit. Viele rechnen aber auch mit dem Krieg und möchten dann gern reklamiert werden.

Der Berichterstatter fügt aber hinzu: "Du musst nun nicht denken, dass das alles so ist, wie es scheint. Die Leute sind still, gewiss. Von Politik wird nicht gesprochen, wenigstens nicht laut. Das ist aber auch gar nicht nötig. Jeder weiss Bescheid und im vertrauten Kreise, da wird meist sehr offen geredet. Zufriedenheit herrscht jedenfalls nicht. Nur ganz vereinzelte Nazis sind zufrieden, die sind aber auch danach. Aber, wie gesagt, laut wird nicht geredet. Wehe aber, wenn das mal losgeht!"

Wasserkante:

-In der letzten Zeit wurde in Stettin das Gerücht von einer bevorstehenden allgemeinen Lohnerhöhung in Höhe von 25 % verbreitet. Auch sollen kleine Zettel mit der Parole: "Wir bleiben rot" in der Altstadt verbreitet worden sein. Das und wohl auch der Ablauf der politischen Ferien veranlasste die Nazileitung, eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten. Es wurde wie immer heftig auf die Juden geschimpft und unter Anspielung auf das Gerücht von einer bevorstehenden Lohnerhöhung, wusste der Naziredner zu berichten, dass die Notverordnungen Brünings keine Lohnerhöhung, aber auch keine Preissteigerung zulassen.

Folgender Bericht zeigt, wie unsere Leute sich diesen Blödsinn zunutze machten, um in den Betrieben zu diskutieren:

In der Frühstückspause zog ein Arbeiter, Mitglied der Arbeitsfront, das Naziorgan mit dem Bericht über die öffentliche Kundgebung aus der Tasche und legte sie vor sich auf den Tisch. Er schimpfte laut über Brüning und seine Notverordnungen und fand damit die Zustimmung seiner ihm aufmerksam zuhörenden Kollegen. Aus der Runde ertönte plötzlich

die Frage: "Seit wann sitzt denn dieser Kerl wieder in der Regierung? Davon habe ich ja bis jetzt noch gar nichts gehört und gelesen?!"

Darauf ein alter Nazi: "Das ist ja Quatsch, Brüning ist ja gar nicht in der Regierung, wer hat Dir denn diesen Unsinn erzählt? Warst Du denn nicht in der Versammlung?"

"Nein, aber ich habe gestern Abend noch gehört, dass darüber in der Versammlung gesprochen worden sein soll, dass nur Brüning derjenige ist, dem wir es zu verdanken haben, dass wir keine Lohnerhöhung bekommen."

Einige andere: "Ja, so haben wir das auch verstanden, es muss doch wohl was dran sein."

Der Arbeiter mit der Zeitung: "Ich kann es ja auch nicht glauben, dass Brüning wieder in der Regierung sitzt, aber er kann trotzdem seine Hand im Spiele haben, und so hat es ja wohl der Redner gemeint."

Ein anderer: "Den Jesuiten ist alles zuzutrauen."

Der alte Nazi, schon nicht mehr so sicher wie zuvor, verspricht, sich zu erkundigen, was mit Brüning los ist.

In der nächsten Pause wird von unseren Leuten die Diskussion mit toternster Miene fortgesetzt und alles schaut fragend nach den wenigen alten Nazis, denen man ansieht, dass ihnen diese Diskussion sehr unangenehm ist. Am nächsten Tag kommen noch einige mit Zeitungen angerückt und die Diskussion nimmt munter ihren Fortgang.

Der alte Nazi weiss aber jetzt auf das Bestimmteste zu versichern, dass Brüning nicht in der Regierung sitzt.

Darauf ertönt es von allen Seiten: "Dann sind also die Notverordnungen aufgehoben und wir bekommen doch eine Lohnerhöhung." Die Nazis wissen darauf keine Antwort zu geben und in der Stadt wird eifrig das Gerücht von einer bevorstehenden Lohnerhöhung weiterkolportiert.

Im gleichen Betrieb kann man seit kurzem und auffallend häufig feststellen, dass sich die Arbeiter untereinander als "Pgs." bezeichnen.

"Pg." Müller, wollen Sie so freundlich sein..."

"Pg." Meier, wie geht es Ihrer Frau...."

"Pg." Wolff", wo gehen wir heute Abend hin..."

usw. usw.

Aber diese Anrede hat einen so eigenartigen Unterton und wird mit einem leisen Lächeln quittiert. "Pg." ist nämlich neuerdings die Bezeichnung für "Parteigegner". Die richtigen Pgs. aber, es sind nur wenige im Betrieb, bleiben stumm. Vor Jahresfrist hätten sie derartige Vorgänge noch gemeldet. Heute sind sie vom Zweifel angefressen und froh, wenn sie solchen Diskussionen, wie vorstehend geschildert, aus dem Wege gehen können, um sich nicht zu blamieren.

Flugzeugfabrik: Der Betrieb ist streng in einzelne Abteilungen aufgeteilt, die jede in einem Bau liegen. Jeder Arbeiter trägt auf der Brust ein grosses farbiges Schild, das

während des Aufenthalts im Betrieb nicht abgelegt werden darf. Jede Abteilung hat ihre besondere Farbe, rot, grün usw. Der Besuch einer fremden Abteilung ist streng untersagt. Für den Fall des Aufsuchens einer anderen Werkstatt ist sofortige Verhaftung durch im Werk befindliche Geheimpolizei angedroht. Die farbigen Schilder ermöglichen leicht die Kontrolle. In der Betriebsordnung wimmelt es von Androhungen der Todesstrafe.

Als eine Abteilung einen neuen Direktor bekam, ordnete dieser an, dass sich jeder, der die Abteilung verlässt, die Zeit abstempeln lassen muss. Beispielsweise: Ein Arbeiter muss neues Werkzeug fassen. Wenn er die Abteilung verlässt, muss er sich die Zeit bestätigen lassen. Bei der Werkzeugausgabe muss er bescheinigen lassen, wann er ankommt und wieder weggeht. In der Abteilung muss er seine Rückkehr eintragen lassen. Die Abteilung erhob Beschwerde, die bis zum Generaldirektor ging. Darauf wurde die Anordnung zurückgezogen.

Einige Leute aus dem Betrieb wollten gemeinsam auf Urlaub fahren. Um günstig fahren zu können, wollten sie ein paar Stunden früher Schluss machen. Sie wandten sich an den Vertrauensrat, der auch versprach, bei der Direktion vorzusprechen. Der Vertrauensrat brachte dann den Bescheid, dass das Ersuchen der Leute abgelehnt worden sei. Die betroffenen Kollegen machten dann einem unserer Genossen Vorwürfe, dass er die Sache dem Vertrauensrat übertragen und nicht selbst erledigt hätte. Sie forderten ihn auf, nochmals selbst bei der Direktion vorzusprechen. Der Genosse ging auch zum Direktor und erhielt ohne weiteres die Bewilligung für alle Leute. Der Direktor erklärte ihm: "Ja, wenn mit der (Vertrauensrat) das so gesagt hätte, wäre die Sache gleich erledigt gewesen."

Berlin:

Aus einer mittleren Druckerei (150 Mann Belegschaft): Der Betriebsführer hatte zu Weihnachten den Arbeitern ein Jahresabonnement des "Arbeitertums" geschenkt. Vor einigen Wochen wurde den Arbeitern mitgeteilt, dass die Mittel für das Abonnement erschöpft seien und dass nun von jedem Gefolgschaftsmitglied erwartet würde, dass es das "Arbeitertum" auf eigene Kosten weiter beziehe. Obgleich in der Belegschaft ziemlich viel Frauen sind, gingen von 150 Arbeitern nur 40 Bestellungen ein. Der Pressewart der Arbeitsfront ging dann von Mann zu Mann, aber auch ohne Erfolg. Ebensowenig wurde mit einer Liste des Vertrauensrates erreicht. Schliesslich ordnete der Vertrauensrat einfach an, dass das "Arbeitertum" immer von 2 Belegschaftsangehörigen gemeinsam bezogen werden müsste. Dagegen konnten sich dann die Arbeiter nicht mehr wehren.

In ähnlicher Weise hat die Aufforderung, das "Arbeitertum" zu bestellen, in einer Cigarettenfabrik mit 750 Beschäftigten nur 250 Bestellungen zur Folge gehabt. Eine neue Aufforderung, die von Drohungen begleitet war, hat sogar Abbestellungen nach sich gezogen.

Vor einiger Zeit kam der Oberpräsident, Gauleiter Kube, auf einer Besichtigungsfahrt zu einem Kasernenbau in Bornim bei Potsdam. Den Arbeitern war befohlen worden, dass sie nach Arbeitsschluss dableiben sollten, um eine Rede des Gauleiters anzuhören. Da ein grosser Teil sich trotzdem verdrücken wollte, wurde der ganze Baukomplex schliesslich durch SS gesperrt. Als Kube dann eintraf, begrüsst er die Arbeiter mit dem Ruf "Heil Arbeiter". Er erhielt aber keine Antwort. Er war zunächst ganz ratlos und half sich dann aus der Verlegenheit, indem er den Amtswaltern, die vor der Front angetreten waren, die Hand drückte, kurz kehrt machte und wieder in seinen Wagen stieg, ohne seine beabsichtigte Rede zu halten.

Sachsen:

Leipziger Textilfabrik: 2.000 schlecht entlohnte Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf das Regime schlecht zu sprechen sind. Man hat einen Dinta-Ingenieur geholt, der eine Sportabteilung aufgezogen hat, in der aber nur die Angestellten teilweise erfasst werden und für den Herrn Ingenieur geschlechtliche Jagdobjekte bilden. Die Arbeiterinnen machen nicht mit.

Die Werkmeister dieser Fabrik sind jetzt untereinander sehr kollegial, da sie gemeinsam, ohne Ausnahme, ihre verschlechterte Lage empfinden z.B. viel unbezahlte Ueberstunden machen müssen. Die früher herrschenden Gegensätze zwischen dem freigewerkschaftlichen Werkmeisterverband und dem gelben Werkmeisterbund (Kubach) sind bei den Werkmeistern dieses Betriebes verschwunden.

Die schlecht entlohten Arbeiter der Autostrassen, die nur die wirklich geleisteten Arbeitsstunden bezahlt erhalten und bei schlechtem Wetter oft nur wenige Arbeitsstunden täglich haben, sind sehr erbittert, weil sie auch an Tagen, die offensichtlich mit Dauerregen begonnen haben, auf der Arbeitsstelle erscheinen müssen. Dort stehen sie zwecklos herum, ohne einen Pfennig dafür zu erhalten, dass sie auf besseres Wetter warten müssen.

In der Maschinenfabrik Vomag, Plauen i. Vogtland wird mit Hochdruck gearbeitet. Arbeitstage mit 10 bis 12 Stunden sind keine Seltenheit. Die Bezahlung bei 8stündiger Arbeitszeit ungefähr 28 bis 32 Mark Nettogehalt. Mit Ueberstunden kommen gelernte Arbeiter auf 50 bis 60 Mark. Wie die Beträge für die Maifestabzeichen vom Lohn abgezogen wurden, so hat man in der letzten Zeit auch für die neuen Arbeitsfront-

bücher 50 Pfg. vom Lohn einbehalten.

Im Sachsenwerk in Niedersiedlitz bei Dresden wird jetzt pro Tag eine Stunde weniger gearbeitet, auch in den Rüstungsabteilungen. Der Belegschaft ist verboten worden, darüber zu sprechen. Am gleichen Werk sollte übrigens ein "Stürmer"-Kasten angebracht werden. Das wurde von der Werksleitung verboten. Nunmehr wurde der Kasten an einem gegenüberliegenden Grundstück angebracht. Die Belegschaft musste aber zur Weihe antreten!

Bei einem Unglück im Zwickauer Brückenbergschacht wurden vor einigen Wochen 5 Bergleute getötet. Damals zahlte die Arbeitsfront sofort 2000 Mark an die Hinterbliebenen. Bei dem Unglück konnten vier Bergleute gerettet werden, die mit Hautverletzungen davorkamen. Diesen vier Bergleuten ist ebenfalls eine finanzielle Beihilfe gewährt worden und zwar zunächst von 50 Mark. Ausserdem sind sie auf 14 Tage in das Bergarbeiterheim Hartenstein zur Erholung geschickt worden und als diese 14 Tage um waren, mussten sie noch weitere 14 Tage dort zur Erholung bleiben. Es wurde ihnen mitgeteilt, dass dieser Sonderurlaub und seine Verlängerung auf ausdrückliche Anordnung des Reichsstatthalters Mutschmann zurückzuführen ist.

Es ist klar, dass so etwas Eindruck macht. Die Leute denken im allgemeinen nicht darüber nach, dass die 2000 Mark und die übrige Summe letzten Endes doch die in die Arbeitsfront eingezahlten Beiträge der Arbeiter selbst sind. Lediglich der Umstand, dass die Nazis allzu marktschreierische Reklame mit ihren Unterstützungen usw. machen, macht einige aus der grossen Masse stutzig.

Schlesien:

Metallbetrieb in Breslau: (Belegschaft etwa 300 Mann) Eine Abteilung muss seit langem Ueberstunden machen. Der Meister der Abteilung ist ein Leuteschinder. Gegen ihn und den Vertrauensratsobmann, der die Ueberstunden zulässt, besteht eine starke Misstimmung. Die Abteilung wurde beim Betriebsführer vorstellig und verlangte die Einstellung neuer Arbeiter. Die Arbeiter begründeten das damit, dass es nicht nationalsozialistisch sei, dass sie so viel Ueberstunden schieben müssten, während draussen noch die grosse Zahl Arbeitsloser sei. Gleichzeitig forderten sie die Beseitigung des Obmanns des Vertrauensrates, weil er nicht die Interessen der Arbeiter vertrete. Der Betriebsführer erklärte, dass sich an der Arbeitsmethode nichts ändern könne und dass auch der Obmann im Amt bleibe. Er sei sein bester und weitsichtigster Mann im Betrieb. Die Arbeiter gaben sich mit dem Bescheid zufrieden. Sie meckern weiter, aber irgend eine Aktion erfolgte nicht.

Striegauer Steinbrüche: Die Betriebe sind vollbeschäftigt, es besteht im Gebiet Arbeitermangel. Arbeiter unter 25 Jahren, die noch nicht im Arbeitsdienst waren, erhalten durch das Arbeitsamt keine Bewilligung zur Arbeitsaufnahme. Unsere verurteilten Genossen, die jetzt nach und nach aus dem Gefängnis kommen, dürfen ebenfalls keine Arbeit aufnehmen. Die Arbeitszeit läuft von morgens 6 bis abends 6 Uhr. Das Arbeitstempo ist derart, dass Unglücksfälle an der Tagesordnung sind. In der ersten Septemberwoche sind allein in Striegau folgende Unglücksfälle vorgekommen: einem Arbeiter wurde der Brustkorb eingedrückt, einem anderen fielen Steine auf den Kopf, ein dritter ist bei der Sprengung verbrannt worden. - Ausser den Kraft durch Freude-Fahrten machen die einzelnen Betriebe sogenannte Betriebsfahrten, die wochentags durchgeführt werden. Die Kosten solcher Fahrten legen die Unternehmer vor. Die Arbeiter müssen dann die Kosten durch Ueberstunden abarbeiten, ausserdem muss der verlorengegangene Tag nachgearbeitet werden.

In einem dieser Steinbrüche arbeiten Genossen, die bei der Machtübernahme verhaftet und verprügelt worden waren. Darunter einer, dem man ein Hakenkreuz in die Haare geschnitten hatte. In diesem Betrieb bringt ein an den Miss-handlungen beteiligter SA-Mann seinem Schwiegervater das Essen. Wenn nun die Arbeiter zu Mittag beisammensitzen, wird der SA-Mann gehänselt: "Jetzt ist wieder bald Zeit zum Haarschneiden. Diesmal sind es aber nicht wir, denen sie geschnitten werden." Der SA-Mann beschwerte sich beim Betriebsleiter. Dieser nahm die Beschwerde zur Kenntnis, erfolgt ist nichts. Mit seiner Beschwerde zur SA oder zur Polizei zu gehen, hat der SA-Mann nicht mehr den Mut.

Die Hoch- und Tiefbaufirma Wodarz & Ring, Oppeln, führt seit einigen Monaten Strassenarbeiten zwischen Kamitz-Kamenz-Patschkau aus. In der Vorwoche sind 34 Arbeiter entlassen worden. Weitere 11 Mann haben für das Ende dieser Woche ihre Kündigung bereits erhalten. Der Vertrauensmann des Strassenbaues, ein ehemaliger Kommunist, hat seine Zustimmung zu den Entlassungen geben müssen, weil der Betriebsführer den Nachweis des Materialmangels erbrachte. Die Entlassenen sind durchweg "alte Kämpfer", während die früheren Gewerkschaftler, darunter auch einige Genossen und Kommunisten, als die tüchtigeren Arbeiter, in Arbeit behalten worden sind. Der stellvertretende Vertrauensmann, gleichfalls ein "alter Kämpfer" hat gegen die Entlassungen Einspruch erhoben. Zur Prüfung der Sachlage erschien ein Vertreter der Arbeitsfront-Gauleitung, Breslau und der Direktor des Arbeitsamtes Neisse. Auch diese protestierten gegen die Praxis der Entlassungen. Der Inhaber der Firma erklärte jedoch, dass er die Entlassungen nicht rückgängig machen werde, da er ja am besten wissen müsse, welches seine besten und brauchbarsten Arbeiter seien. Ihm sei es völlig egal, was die Leute früher politisch gewesen wären. Es gab einen

grossen Krach, aber der Arbeitgeber fügte sich nicht. Gegen ihn und gegen den ersten Vertrauensmann ist auf Drängen der "alten Kämpfer" nunmehr ein Verfahren anhängig gemacht worden.

Bei Regulierungsarbeiten in X. werden die Arbeiter zu unmöglichen Leistungen angehalten. Vorgeschrieben sind 25 Loren Erde pro Mann und Tag. Die Höchstleistung sind bis jetzt 16 Loren. Unser Vertrauensmann hat auf der Grenzstrasse mit einer Kolonne dieser Arbeiter gesprochen. Etliche erkannten ihn, er war früher ihr Sekretär des Bauarbeiterverbandes. Sie weinten vor Freude über das Wiedersehen. Die Arbeiter erklärten, dass sie sich nichts zu unternehmen trauen. Wer nicht papiere, werde nach Ostpreussen verschickt. Zwei Genossen aus Y. seien bereits dorthin abtransportiert worden. Die Familien hätten keine Nachricht über ihren Verbleib. Die Arbeitszeit der Leute beträgt 40 Stunden die Woche, der Lohn 43 Pfg. die Stunde.

Ein Breslauer Bahnhof. Grosse Unzufriedenheit herrscht bei den Beamten, die sich geschädigt fühlen, weil zahlreiche Einstellungen von jungen Leuten aus der HJ erfolgen, die rasch vorrücken. So komme es vor, dass Leute in den Zwanzigern schon Dienst als Bahnhofsvorstand machen. Die Beamten werden bei Vorrückungen übergangen. - Die "alten Kämpfer", die nach der Machtergreifung eingestellt wurden, sind ebenfalls sehr unzufrieden. Die meisten haben die Prüfungen nicht bestanden und haben keine Aussicht, aufzusteigen. - Die Eisenbahner haben wöchentlich bis zu 78 Stunden Dienst, einschliesslich der Bereitschaften. - Zum Parteitag wurden von jeder Gattung der Arbeiter und Beamten je zwei Mann abkommandiert. Einem Eisenbahnarbeiter wurde mitgeteilt, dass er entlassen werden würde, weil sein Kind bei einem Juden in die Lehre gehe. Der Mann ist gezwungen, das Kind aus der Lehre zu nehmen.

7) Sonderbericht: Aus einem Hotelbetrieb an der Ostsee.

Das Saisongewerbe der Badeorte Deutschlands kennt besonders drückende Arbeitsbedingungen für die dort beschäftigten Arbeitskräfte. Die Ausbeutung durch überlange Arbeitszeit ist unvorstellbar. Feiertage gibt es in der Hochsaison überhaupt nicht. Kost und Logis werden den Angestellten und Arbeitern mitgeliefert, und diese Art der Auszahlung eines Teiles des Arbeitslohnes, verbunden mit der Tatsache, dass diese Proletarier fern von ihrem Heimort arbeiten und gezwungen sind, mindestens das Fahrgeld nach Hause zu erübrigen, schafft ein Abhängigkeitsverhältnis, das eher als

Sklaverei denn als "freie Lohnarbeit" anzusehen ist. Viele der in Saisonstellung gewesenen Hausdiener, Stubenmädchen, Küchenhilfskräfte sind nach Schluss der Saison körperlich derart ausgepumpt, dass sie gar nicht fähig sind, sofort andere Arbeit anzunehmen.

Das Organisationsverhältnis im ganzen Gastwirtsgewerbe ist immer schlecht gewesen, aus verschiedenen Gründen: Die oberen Schichten der Küchen-"Spezialisten", Hotelportiers und Hotelkellner erlagen der Illusion ihrer "Unersetzbarkeit" und bewahrten, da sie meist einzeln arbeiteten, zünftlerische Beschränktheit gegenüber den schlechter gestellten Kollegen - sie werden auch heute noch hoch bezahlt. Bei ihnen beherrschte früher der "wirtschaftsfriedliche" "Genfer Verband" das Feld. Das relativ geringe Anlagekapital, das in diesem Gewerbebezweig auch heute noch zur Eröffnung eines kleinen Unternehmens genügt, liess sie den Aufstieg zum Unternehmer immer noch als erreichbares Lebensziel ansehen. Büffetiers, Zahlkellner u.a.m. sind durch das Stellen von Kautionen interessenmässig eng an die Unternehmer gefesselt. Die viel zahlreichere Schicht der Hausdiener, Küchen- und Stubenmädchen, Tellerwäscher usw. wechselt so häufig die Arbeitsstelle, das Angewiesensein auf Trinkgelder, die Ausdehnung des Begriffes der Lohnarbeit bis zur Vermengung mit der Prostitution bei Bar- und Stubenmädchen verhinderte hier das Aufkommen fester Klassen-solidarität. Diese ohnehin rückständige Arbeiterschicht wurde durch den Faschismus besonders schwer getroffen. Die Gewerkschaften, obwohl schwach, hatten durch den Einfluss der Gesamtbewegung auf das staatliche Schlichtungswesen Rahmentarife und Hausordnungen durchgesetzt, die das Bezahlen von Ueberstunden, die Gewährung von freien Tagen und die Kontrolle der zum Teil auf dem Niveau der elendsten Landarbeiter liegenden Wohnverhältnisse durch die Gewerbeaufsicht einzuführen begannen.

Aus dem Gebiet der pommerschen Ostseebäder sind bekannt: Die alte mit den Gewerkschaften vereinbarte Hausordnung vom Frühjahr 1932 und die neue Betriebsordnung vom Jahre 1934 aus einem grösseren Hotelbetrieb. Nach der Hausordnung von 1932 ist die wöchentliche Maximalarbeitszeit auf 63 Stunden (täglich einschl. Sonntag 9 Stunden) festgesetzt, die über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit musste mit Zuschlag bezahlt werden, ein freier Tag in der Woche gewährt oder mit Ueberstundenzuschlag bezahlt werden. Gewerkschaftsbeamten war das Recht der Kontrolle der Wohn- und Beköstigungsverhältnisse gewährt. Das alles stand zwar bei den Kleinbetrieben vielfach leider nur auf dem Papier, aber die mehrfach in der Hochsaison ausgesprochene Drohung mit Streik hat oft Wunder gewirkt.

Die neue "Betriebsordnung" erlassen vom Betriebsführer nach dem "Gesetze zum Schutze der nationalen Arbeit" im Jahre 1934 ist viel inhaltloser. Zu drei Vierteln besteht sie aus einem von der DAF aufgegebenen vervielfältigten

Entwurf, der die Phrasen von der "Treuepflicht" gegenüber der Betriebsgemeinschaft und Strafanordnungen für ihre Verletzung enthält. Im letzten Viertel sind Arbeitszeitbestimmungen niedergelegt, die etwas anders aussehen als zwei Jahre früher:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt in der Regel 10 Stunden, Ueberstunden dürfen nur auf Anordnung des Betriebsführers gemacht werden. Dann noch Strafbestimmungen für unnötige Unterhaltungen während der Arbeit, lärmendes Betragen usw. Wie zum Hohne waren im ganzen Betriebe Plakate angeschlagen: "Ueberstunden sind streng verboten." Wie sah die Arbeitszeit wirklich aus? Nach einem vom Küchenchef ausgearbeiteten Dienstplan wechselte die Arbeitszeit: ein Teil der Belegschaft wurde von 5 Uhr früh bis 12 Uhr und von 14 Uhr bis 21 Uhr beschäftigt, der andere Teil von 7 Uhr durchgehend bis 22 Uhr. Das sind 14 oder 15 Stunden, wovon 2 Stunden für Mahlzeiten abgingen. Die Mittagspause für die Fröhschicht ging von der Freizeit ab, da die Mahlzeiten gerade in die Freizeit fielen. War viel zu tun, so durfte man sich nur mit Erlaubnis des Küchenchefs vom Arbeitsplatz entfernen, wobei immer mindestens 1 Ueberstunde herauskam. Verlangte man, dass diese Ueberstunde notiert wurde, so bekam man zur Antwort: "Ihr habt wohl auch Angst, dass Ihr mal zuviel arbeiten könntet!" Bei der Abrechnung wurden diese Ueberstunden regelmässig unterschlagen, da der Küchenchef "vergass", die geleisteten Ueberstunden im Büro zu melden.

Die Beköstigung war sehr wechselnd, ihre Güte richtete sich danach, ob vom Gästeessen viel oder wenig übriggeblieben war. Blieb nichts übrig, so gab es als "Eintopfgericht" eine völlig versalzene undefinierbare Restesuppe, blieb zuviel übrig, so wurde das Gästeessen im Eiskeller konserviert, und die Angestellten bekamen ebenfalls nichts davon. Der Speiseraum für die Küchen- und Stubenmädchen, die Hausdiener und Geschirrwäscher war die Spülküche, in der tagaus, tagein ein unerträglicher Gestank herrschte, der aus den alten Spülsteinen ohne Geruchsverschluss und von den Tischen kam, auf denen auch Fische und Geflügel ausgenommen wurden. Ausserdem standen auch noch offene Abfallkisten herum, aus denen von den Fischeingeweiden und Obstresten ein ekler Saft in die Spülsteine rann; verschlossene Abfalleimer gab es nicht. Der Hotelier hatte das Hotel nämlich nur gepachtet und schaffte nichts neues an. Deshalb musste auch alle Arbeit mit völlig unzureichenden Werkzeugen geleistet werden, was die Arbeit bis zur Unerträglichkeit schwer machte. So wurden Kohlen mit alten Fischkörben geschleppt, die sich die Hausdiener zusammensuchen mussten - Tragekörbe gab es nicht. Die Arbeiter zerrissen sich an den Henkeln und am Weidengeflecht der Körbe die Hände und Kleider. Täglich wurden viele Zentner Eis aus dem Eiskeller geschleppt; auch dafür stand nur ein alter Korb zur Verfügung, aus dem das Schmelzwasser herausrann und sämtliche Kleider durchnässte, kein Wunder, dass die Küchenhausdiener, denen diese Arbeit

oblag, ständig an Erkältungen und an Rheumatismus litten. Im Eiskeller lag Natur-Eis, das mit einer Axt losgehackt werden musste. Es war nur eine kleine Spielzeugaxt vorhanden, mit der man nicht arbeiten konnte; um überhaupt arbeiten zu können, musste einer der Hausdiener, der in einem nahegelegenen Dorfe wohnte, seine eigene Holzaxt mitbringen.

Gleichgültig, ob alles klappte oder nicht, das sogenannte Morgengebet des Ersten Kochs und des Hoteliers war bei ihrem Erscheinen eine Schimpfkanonade ohne jeden Anlass. Entgegnungen galten als "Widersetzlichkeit" und wurden vom Chef mit fristloser Entlassung geahndet; so "verschwand" in den ersten Tagen der Saison zwei Kellner, ein Küchenmädchen und zwei Hausdiener. Ein Kellner hatte die "Frechtheit", sich bei der DAF zu beschweren und die Bezahlung der Kündigungsfrist durchzusetzen, dafür wurden ihm am selben Abend seine Koffer aus seinem Zimmer auf die Strasse gesetzt. Meistens wurde eine Widerstand gegen die Behandlung gar nicht gewagt; die überwiegend weiblichen Arbeitskräfte waren aus dem Ruhrgebiet von den Arbeitsämtern in Massentransporten hergeschafft worden. Das vom Arbeitsamt vorgestreckte Fahrgeld wurde vom Lohn abgezogen und die Mädchen mussten um jeden Preis ihre Stelle halten, bis sie mindestens auch noch Rückfahrgeld zusammenhatten - und dann hatten sie noch Angst vor dem Empfang zu Hause, wo Vater und Geschwister meist auch noch arbeitslos waren. Die Arbeitsämter in der Heimat hatten ihnen auch falsche Verdienstmöglichkeiten - hohe Saisonlöhne - vorgespiegelt, Aufbesserung des Lohnes durch die Trinkgelder. Bei mindestens der Hälfte der so verfrachteten Mädchen stellte sich bei der Ankunft am Arbeitsort heraus, dass die ihnen versprochenen Stellen gar nicht vorhanden waren: Trinkgelder bekommen nämlich nur Stubenmädchen, und sie mussten jetzt wohl oder übel als Geschirrwäscherinnen oder "Herdmädchen" eintreten, die zwar etwas mehr - aber noch wenig genug - Grundlohn erhalten, aber gar nicht mit Gästen und daher Trinkgeldquellen in Berührung kommen. Ausserdem mussten sie bei der technischen Rückständigkeit des Betriebes sehr schmutzige Arbeit leisten, die die Kleider ruinierte. Beschwerten sie sich, so erhielten sie vom Arbeitsamt zur Antwort: Ihr braucht ja die Stellung nicht anzunehmen, aber dann zahlt erst das Fahrgeld zurück.

Die Wohnverhältnisse waren teilweise geradezu entsetzlich. Weibliche und männliche Arbeitskräfte der "untersten" Stufe wohnten bis zu sechs in einem Raum. Einer der "Mannschaftsräume" lag in einer aufgelassenen, früher vom Hotel betriebenen Bäckerei ohne direktes Licht mit gebohrtem Steinfussboden. Von den Wänden fiel der Putz auf die Schlafenden herunter. Dort schliefen auch die Hotel-Hausdiener, die Schichtarbeit zum Empfang nachts ab- oder zureisender Gäste hatten und jederzeit nachts vom Hotelportier aus dem Schlaf geholt werden konnten, wobei natürlich stets ein solcher Lärm vollführt wurde, dass sämtliche anderen mit

erwachten. Es war nicht möglich, für alle dort Schlafenden eigenes Waschgeschirr zu bekommen. Beleuchtung war ursprünglich nicht vorhanden; an einem Draht hatte einer der Hausdiener eine einzige schwache Glühbirne angebracht, die den Raum nur notdürftig erhellte. Verschlussbare Behältnisse gab es nicht; ausserdem hatte der Besitzer jederzeit das Recht, die Sachen eines jeden einer Revision "zur Vermeidung von Diebstählen" zu unterziehen, was er auch gern und oft tat, wobei Privatbriefe und Bücher dem Scharfblick des Gestrengen nicht entgingen und genau durchgesehen wurden. Ausserdem machte sich der Hotelier eine Art "Sittenpolizei" über seine Angestellten zur Freude. Abends nach Dienstschluss patrouillierte er mit seinem Hund durch sämtliche Schlafräume und stellte fest, ob seine Betriebskameraden früh genug schlafen gingen. Wer um 12 Uhr noch nicht im Bett war, bekam am nächsten Tag zu hören, dass er nicht genug leiste, weil er ja nachts bummeln gehe und darum bald entlassen würde. Mit Lesen oder Schreiben konnte sich bei diesen Wohnverhältnissen kein Mensch beschäftigen. Das einzige Vergnügen dieser Elenden war: Trinken in irgend einer Kneipe oder Stelldichein im nahen Walde (die Benützung der Strandpromenade war den Angestellten streng verboten). So kam es auch, dass ein fünfzehnjähriges Mädchen während der Saison mit Syphilis ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Fristlos entlassen wurde sie obendrein und mit ihr eine andere, die es gewagt hatte, den Besuch ihres Freundes in ihrem Zimmer zu empfangen. "Denn das Hotel ist zum Arbeiten und nicht zum Poussieren da, poussieren können die Weiber zu Hause."

Die weiblichen Angestellten standen auf einem unvorstellbar niedrigem geistigen Niveau. Vierzehnjährige und Vierzigjährige hatten ohne Unterschied morgens, mittags und abends nur ein Gesprächsthema: ihre sexuellen Chancen und Abenteuer. Dazwischen wurde gejammert über die harte Arbeit und die schlechte Bezahlung (zwischen 24 und 45 Mark im Monat). Als Ausweg aus diesem Elend konnte sich aber eine jede nur das Geheiratetwerden vorstellen oder - das Einschmeicheln beim Unternehmer durch unerträgliche und verlogene Angeberei. Selbst die Vierzigjährigen, die meist ein oder zwei uneheliche Kinder irgendwo in Pflege hatten - die sogenannten Sasisonkinder - hofften noch auf Versorgung durch die Ehe. Etwas anders war es bei den männlichen Arbeitskräften. Zwei oder drei gehörten ihrer Herkunft nach der alten sozialistischen Arbeiterbewegung an. Ihr heimliches Seufzen war: "Ach, wenn wir doch noch die alten Gewerkschaften hätten." Aber über diese verlorene Sehnsucht ging ihre Auflehnung nicht hinaus. Beschäftigung mit Politik, Zeitungslesen hatte in ihren Augen gar keinen Zweck: "man ärgert sich nur darüber."

Hinzukam, dass das Wirken der Arbeitsfront als allumfassende Zwangsorganisation scheinbar die Lohnverhältnisse für diese gedrückte Arbeiterschicht aufgebessert hatte. Für 1935 hatte nämlich der Treuhänder in Verbindung mit der DAF einen Tarif erlassen, der zum ersten Mal als Zwangstarif

durchgeführt wurde, mit relativ günstigen Lohnsätzen für männliche Arbeitskräfte. Eingehalten wurde aber der Tarif nur von den grösseren Betrieben. Denn beschwerte sich jemand bei der DAF über Tarifunterschreitung, so griff diese zwar ein; aber in kurzer Zeit wurde der Betreffende vollkommen tarifmässig und fristgemäss mit achtzügiger Kündigung gekündigt und konnte nun sehen, wo er mitten in der Saison noch eine Stellung herbekam.

Bei einem Lohnkonflikt der Hotelhausdiener (Gepäckträger, Schuhputzer) stellte sich heraus, dass der Tarif so unklar abgefasst war, dass die Interpretation durch den Treuhänder ergab, dass die im Tarif angegebenen Richtsätze keinen Grundlohn, sondern einen Minimallohn darstellten, d.h., dass die Trinkgeldeinnahmen auf den Lohn verrechnet werden mussten. Das Einkommen des Hotelhausdieners setzte sich also nicht wie früher zusammen aus Grundlohn plus Trinkgeldern, sondern nur aus Trinkgeldern, deren Mindesthöhe durch den Tariflohn garantiert wurde.

Alle diese drückenden Arbeitsbedingungen, über die ständig geschimpft wurde, führten aber nicht zu einer gemeinsamen Opposition der Arbeitskräfte gegen dieses Ausbeutungssystem. Dazu musste erst ein besonders aufwühlendes Erlebnis kommen:

Eines Tages gab es für das Personal ganz auffallend gutes Essen, bestehend aus drei oder vier Gängen mit Fleisch, Nachspeise und Gemüse. Verständlicherweise "schlugen sich alle den Bauch voll" und priesen den Herrn der Küche wegen seiner ungewöhnlichen Gnade. Aber das bittere Ende kam nach. Schon am Abend wurde ein Hausdiener unter Fieber und furchtbaren Magenkrämpfen krank. Man schenkte dem zunächst kaum Beachtung, denn man dachte, er habe sich beim Baden in der damals recht kühlen See erkältet. Als aber unstillbares Erbrechen dazu kam, wurde der Arzt geholt, der sofort Speisevergiftung feststellte und einige Proben der an dem fraglichen Tage verabreichten Speisen nahm, um sie bakteriologisch zu untersuchen. Bezeichnenderweise wurden ihm vom Küchenchef Fleischproben gegeben, die nicht von dem fraglichen Tage stammten. Dieser Braten war nämlich (Ende Juni) aus Fleisch hergestellt worden, das Pfingsten von den Gästen nicht mehr konsumiert und daher im Eiskeller aufbewahrt worden war. Als es anfang, schmierig zu werden, wurde es in aller Eile zu einem prachtvoll gewürzten Wiener Braten verarbeitet. Von Küchenchef und Hotelier wurde geflissentlich verbreitet, die Erkrankung käme vom schlechten Wasser. Da hätte aber der ganze Ort, der an die gleiche Wasserleitung angeschlossen war, erkranken müssen. Einen Tag später erkrankten unter gleichen Symptomen 50% der 90 Mann starken Belegschaft, und auch der Teil, der sich noch auf den Beinen halten konnte, litt an Kopf- und Magenschmerzen, Schwächeanfällen und Diarrhoe. Der Arzt, ein junger SA-Mann, war den ganzen Tag im Betrieb und verordnete nach alter Militärarzt-Weisheit Apisrien und Rhizinusöl. Ueber die Ursache der Vergiftung hüllte er sich in Stillschweigen.

In der ganzen Belegschaft herrschte grosse Aufregung, vor allem unter den Frauen, die jammerten, zu Hause wäre ihnen so etwas nicht passiert und die die phantastischsten Erklärungen für die Vergiftung zu geben versuchten. Natürlich wurde der Vorfall auch im ganzen Ort herum erzählt, so dass kein Gast mehr in das Hotel gehen wollte. Der Erkrankten wurde vom Arzt auch Schleimsuppe und Tee verordnet. Der Hotelier erklärte aber: "Wer nicht arbeitet, bekommt auch nichts zu essen" und den "Gesunden" wurden absichtlich schwere Fleischspeisen, italienischer Salat usw. verabreicht, der den Zustand noch verschlimmerte. Einer der Hotelhausdiener, ein Verwandter des Ersten Kochs, wurde vom Hotelier mit Kognak und Trinkgeldern traktiert und ihm nahegelegt, auf die Kollegen achtzugeben, ob sie "betriebsschädigende" und aufwiegelnde Gerüchte verbreiteten. Der Betreffende, der Typ eines stumpfsinnigen und versoffenen Gutsarbeiters, der nur durch Protektion von einem ostpreussischen Gut in die "bessere" Stellung gekommen war, besoff sich eines Nachts fürchterlich und kam mit grossem Geschrei spät in den gemeinsamen Schlafrum, wüstes Geschimpfe auf den "Chef" ausstossend, also als primitiver Provokateur. Die Folge war, dass er von zwei Kollegen, die er nicht schlafen liess, verprügelt und im Bett festgebunden wurde, wo er fuselstinkend und rülpsend einschlief. Diese beiden Kollegen, die sich absichtlich gehütet hatten, in das allgemeine Geschrei vom "Saufress" einzustimmen, weil sie wussten, was ihnen dann blühen konnte, wurden am nächsten Morgen von dem Provokateur als "Hauptthetzer" denunziert und am selben Nachmittag entlassen, wobei sich der "Chef" hütete, fristlose Entlassung auszusprechen, weil sein "Belastungszeuge" zu keiner vernünftigen Aussage zu gebrauchen war. Dafür wurde aber das Arbeitsamt telefonisch informiert, dass die Entlassenen "Störenfriede der Betriebsgemeinschaft" seien. Das Arbeitsamt vermittelte ihnen daraufhin keine Saisonarbeit mehr, sondern versuchte, sie zur Erdarbeit bei einem nahegelegenen Militärflugplatz zu zwingen. Da dies bedeutet hätte, dass sie bei der in den Winter hinein dauernden Arbeit als dauernd ansässige Arbeitskräfte registriert worden wären und dann die Rückkehr nach einer Grosstadt durch den Göring-Plan verhindert wird, lehnten sie die Arbeitsannahme ab, worauf Unterstützungssperre für acht Wochen eintrat.

Der eine von ihnen, der durch die Erkrankung besonders schwer geschädigt war, wollte Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen den Hotelier und den Küchenchef erstatten und wandte sich an den behandelnden Arzt um Erlangung eines Attestes. Dieses wurde ihm verweigert.

Kurz darauf kam es noch zu einem weiteren Konflikt des Chefs mit einem Kellner, der ebenfalls erkrankt gewesen war und deshalb nicht sofort nach Beendigung seiner Bettlägerigkeit die Arbeit wieder aufnehmen wollte. Der Chef entliess ihn fristlos wegen Arbeitsverweigerung. Der Kellner, SS-Mann,

glaubte, dass man ihm nicht so wie den anderen, nicht in irgend einer NS-Organisation organisierten Kollegen mitspielen könnte, erstattete Anzeige bei der Gesundheitspolizei und verabredete mit einigen anderen Kollegen, ebenfalls SS-Leuten, eine Aktion. Die sechs oder sieben jungen Leute suchten im Vollbewusstsein ihrer nationalsozialistischen Unangreifbarkeit das Hotelbüro auf und verlangten unter wüsten Beschimpfungen die Wiedereinstellung ihres Kollegen. Da der Chef sich weigerte, legten sie die Arbeit nieder und verbarrikadierten sich gegen die Exmission in ihren Zimmern. Daraufhin wurde die Polizei geholt, die gleichzeitig mit der Gesundheitspolizei auf dem "Kampplatz" eintraf. Die sieben SS-Leute wurden wegen verbotenen Streiks verhaftet - ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Die Gesundheitspolizei stellte grosse Zeugenverhöre mit den erkrankt gewesenen Angestellten an und schloss den ganzen Betrieb polizeilich. Der Hotelier wurde ebenfalls verhaftet - auch sein weiteres Schicksal ist unbekannt.

Die 80 Arbeiter und Angestellten aber, die brotlos wurden, gerieten in masslose Wut und Bestürzung - aber nicht gegen ihren Sklavenhalter, sondern gegen die sieben "Lausejungen", die den Mut gehabt hatten, in etwas primitiver Weise einen Arbeitskampf zu entfesseln. Sie waren es auf einmal, die alle anderen um Lohn und Brot gebracht hatten. Der Auszug der 80 Stellenlisen, die zum Teil nicht einmal das Fahrgeld nach Hause hatten und vergeblich beim Arbeitsamt darum bettelten, war der dramatische Schlusseffekt dieser Tragödie der barbarischsten und verantwortungslosesten Ausbeutung.

- - - - -

T e i l B

(Abgeschlossen am 14. Oktober 1935)

Die weltpolitische Krise
=====1. Geschichtliche Wandlungen.

Aus dem bewaffneten Frieden ist rasch der Krieg geworden. Mussolini hat den Raubkrieg gegen Abessinien eröffnet. Die Brandfackel ist geworfen. In Genf wird ein diplomatischer Weltkrieg geführt, der der europäischen Konstellation ein völlig neues Gesicht gibt. Der Vorstoss des faschistischen "Revisionismus" klassischer Prägung führt zu einer völligen Verschiebung des labilen Gleichgewichtszustands, der mit vielen diplomatischen Künsten bisher in Europa mühevoll aufrechterhalten worden ist. Wir sind mitten in einer weltpolitischen Krise, die an Schwere alle Vorkriegskrisen übertrifft.

Mitten in der Krise ist die Führung und zugleich die europäische Vorherrschaft an England übergegangen, dass die Dominions des britischen Weltreiches hinter sich hat. Lebensinteressen des britischen Weltreichs stehen auf dem Spiele, und die gegenwärtige englische Regierung entfaltet eine Kraft und Zähigkeit, die eine ernste Warnung für alle ist, die auf den "dynamischen Revisionismus" schwören und die Welt neu verteilen wollen. Unter englischer Führung ist der Völkerbund aus seiner Agonie gerissen worden und erweist sich als reale Kraft gegen die Machtpolitik des Faschismus. Der Völkerbund ist zwar englisch geworden, aber er lebt wieder. In ihm fließen zusam-

den die Besitzerhaltungsinteressen der alten imperialistischen Mächte mit dem Behauptungswillen der nach dem Weltkrieg neu geschaffenen mittleren und kleinen Staaten, die Verteidigung gegen neu-imperialistische Vorstösse mit dem Friedensbedürfnis der Völker, Besitzinteressen und Friedensinteressen im nationalen wie im internationalen Rahmen.

In dieser Entwicklung liegen Entscheidungen von weltgeschichtlicher Bedeutung:

1. Die Versuche, den Völkerbund auszuschalten und andere Organisationsformen an seine Stelle zu setzen - sei es nun den berüchtigten Mussolinischen Viererpakt oder eine Grossmächtekonferenz - sind gescheitert. Eines der vornehmsten Kampfziele des europäischen Faschismus stellt sich als unerreichbar heraus. Der Zusammenbruch des Völkerbunds war die grosse geheime Hoffnung Mussolinis wie Hitlers. Die Propaganda des Faschismus hat den Völkerbund mit allen Mitteln bekämpft - mit dem gleichen Hass und der gleichen Stärke wie sie die Arbeiterbewegung bekämpft hat. Die Schwäche des Völkerbunds hat die faschistische Agitation und Herrschaft gestärkt. Dass er jetzt seine Existenz erfolgreich gegen den gefährlichsten faschistischen Zersetzungsversuch verteidigt, kann einen geschichtlichen Wendepunkt bedeuten.

2. Im Kampf um die Selbstbehauptung des Völkerbunds haben die geschwächten und gelähmten Kräfte der Demokratie sich wieder gesammelt. Ideologische Klärung, Neubelebung und Stärkung ist zumindest in Frankreich und England eingetreten, so dass eine wirkliche antifaschistische Front entstanden ist, die im Wandel der europäischen Konstellation ein klares Ziel weist, und die zum Unterschied gegenüber der vorhergehenden Zeit eine auf die Regierungen wirkende politische Kraft ist.

3. Das Verhältnis zwischen Frankreich und England wird auf eine neue Grundlage gestellt. England kommt dem französischen Sicherheitsverlangen weit entgegen.

4. Die Illusionen von der Gutartigkeit und Zähmbarkeit des Faschismus zerfallen. Die realpolitische Anschauung, dass der

Faschismus nur durch Sammlung und Beweis realer Macht von kriegerischen Verbrechen abgehalten werden kann, hat sich durchgesetzt.

5. In diesem diplomatischen Weltkrieg bilden sich in den Völkern Meinungsströmungen, die auf Jahrzehnte hinaus die Politik beeinflussen werden.

Bisher waren geistige und politische Trägheit der demokratischen Mächte die hervorstechendsten Züge ihrer Haltung gegenüber dem Wachstum und der Kriegsvorbereitung des Faschismus. Diese Haltung hat nicht nur die Diktaturen ermutigt, sie hat auch die Feinde der Diktatur mit tiefer Skepsis erfüllt und damit in Europa eine Stimmung hervorgerufen, die der Demokratie und dem Frieden verderblich war und den Völkerbund im Volksurteil nahezu vernichtet hat. Alle Schuld und alle Sünden der Nachkriegsepoche münden in den grossen Konflikt mit dem Faschismus, der den Wendepunkt bedeutet. Diese geistig-politische Trägheit wird jetzt liquidiert, und die Liquidierung geht aus von den Hauptschuldigen, den Engländern. Auf ihnen liegt die Schuld der Duldung und Förderung der grossen Attentate gegen den Frieden und die Demokratie: der Vergewaltigung des italienischen Volkes durch Mussolini, der Beraubung Chinas durch Japan, der Knechtung und Militarisierung des deutschen Volkes durch Hitler. Diese Schuld liegt auf allen englischen Parteien, und alle englischen Parteien sind es heute, die ihre Haltung revidieren. Es ist ein geistig-politischer Klärungs- und Umstellungsprozess, der die Pläne der Diktaturen und ihre Spekulation auf die greisenhafte Schwäche der Demokratie durchkreuzt. Wenn diese weltpolitische Krise nicht zu einer europäischen Kriegskatastrophe führt, so kann von ihr eine heilende und befreiende Kraft ausgehen.

Die Hitlerpropaganda hat die grosse Krise für ihre Zwecke propagandistisch ausnutzen wollen. Das System empfindet sie als willkommene Ablenkung und als Gelegenheit, sich zur ausschlaggebenden Macht in Europa aufzuschwingen, ohne sich in

gefährliche Experimente verwickeln zu müssen. Selbst manche Gegner des Systems erblicken darin eine wirkliche Gefahr. Aber diese Anschauung geht vorbei an den geistigen Wandlungen, die sich in der Krise vollziehen, sie täuscht sich vollständig über die Tendenz der Entwicklung. Hier reift nicht eine grosse Chance, ein grosser aussenpolitischer Erfolg für Hitler, sondern eine entschiedene Gegenkraft gegen die Hitlerpolitik heran. Noch unmittelbar vor dem offenen Ausbruch der grossen Krise schien es, als ob die Zeit und die Trägheit der Demokratien für Hitler arbeiteten. Der englisch-deutsche Flottenvertrag wurde von der Hitlerpropaganda als ein Triumph des Systems, ein Beweis der Richtigkeit seiner Politik hingestellt. Man prophezeite, dass er der Ausgangspunkt zu einer allgemeinen deutsch-englischen Verständigung, zu einer Deckung brauner Revisionspolitik durch England werden würde. Diese Prophezeiungen haben sich als falsch erwiesen. Die Entwicklung ist nach einer anderen Richtung gegangen. Die grosse und bleibende Unterströmung der englischen Politik geht gegen die Hitlerpolitik. Der Flottenvertrag fiel in die Periode der Liquidierung der MacDonaldpolitik, deren Sinn Duldung und Entgegenkommen gegen die Revisions- und Machtwünsche und das Prestigebedürfnis des italienischen wie des deutschen Faschismus gewesen war. Der Vertrag schloss dieses Kapitel ab. Seine Folgen waren anders, als das Hitlersystem erwartete, er beschleunigte vielmehr die Neubestimmung des Kurses der englischen Politik.

2. Deutschland und England.

Anfang Juni vollzog sich in England der lang erwartete Regierungswechsel. Der Wechsel war nicht nur rein innenpolitisch mit Wahrücksichten zu erklären. Er war immer unvermeidlicher geworden, je deutlicher es wurde, dass die Auffassungen von MacDonald und Sir John Simon über das deutsch-englische Verhält-

is im Widerspruch mit der Wirklichkeit standen. An die Stelle von MacDonald trat Baldwin, Sir Samuel Hoare wurde Aussenminister und Mr. A. Eden Minister für Völkerbundsangelegenheiten. Diese Regierung schloss am 18. Juni das berühmte Flottenabkommen mit Hitlerdeutschland.

Auf deutscher Seite war es eine glatte Wiederanknüpfung an die wilhelminische Politik. Als unter Wilhelm II. über ein englisch-deutsches Flottenabkommen verhandelt wurde, wünschte England ein Rüstungsabkommen technischer Art, dass die finanzielle Pression des Wettrüstens erleichtern und die politische Machtverteilung stabilisieren sollte, Deutschland aber wollte ein politisches Abkommen haben, es wollte mit dem Flottenabkommen die Neutralität Englands bei einer kontinentalen Auseinandersetzung erkaufen. Die deutsche Politik sah eine Auseinandersetzung mit Russland um die Stellung und den Bestand Oesterreichs voraus sie wollte die Neutralität Englands und damit die Isolierung Frankreichs garantiert erhalten. An diesen politischen Forderungen scheiterten 1912 die Verhandlungen.

Das Hitlersystem hat bei den Flottenverhandlungen ähnliche politische Ziele im Auge gehabt. Es hat nicht von vornherein eine unlösbare Verbindung zwischen ihnen und dem technischen Rüstungsabkommen hergestellt, und sie haben das technische Rüstungsabkommen erreicht und damit die Legalisierung eines neuen Vertragsbruchs durch England. Es hoffte, auf dieser Grundlage weiter bauen zu können und das politische Ziel zu erreichen, an dem Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg gescheitert waren, die Neutralität Englands und die Isolierung Frankreichs für den Fall, dass die Hitlerpolitik die kontinentale Auseinandersetzung des Weltkriegs noch einmal von vorne anfangen wird, um den Gang der Geschichte von 1914 bis 1918 zu korrigieren. Das trügerische dieser Hoffnung war schon damals erkennbar.

Wohl war das Abkommen ein neuer Bruch der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags, es war mit den Erklärungen von Stresa ebensowenig vereinbar wie mit einer ganzen Reihe von

Verträgen, aber wenn sich die englische Regierung auf das Argument zurückzog: Besser dies Abkommen als keines, Hitlerdeutschland rüstet zur See mit oder ohne Abkommen, und so wissen wir wenigstens, woran wir sind, so ist dies ein realistisches Argument, das durchaus im Einklang mit dem gegenwärtigen Zustand Europas ist und eine Konsequenz aus dem Lehrsatz, dass eine Macht, die vertragswidrig rüstet, daran nicht gehindert werden kann, wenn die anderen Mächte nicht zum Kriege greifen wollen. Die englische Politik stand vor der Frage, ob sie noch einmal in der Frage der Seerüstung das grausame Spiel durchmachen sollte, das sie in der Frage der Luftrüstung erfahren hat. Erst beruhigen, dann ein U-Boot nach dem anderen zugestehen müssen, dann sich hinter mangelnde Informationen verschanzen und schliesslich die Schlachtschiffe zugestehen müssen, dabei immer bestürzt aus den eigenen Reihen? Keine englische Regierung hätte das ausgehalten, vor allem nicht die Regierung Baldwins zum zweiten Male.

Es war eine umso gröblichere Täuschung, nach diesem Abkommen auf eine Annäherung der englischen Politik an Hitlerdeutschland zu rechnen, weil sich die englische Regierung der Schwäche ihrer Position beim Abschluss des Abkommens durchaus bewusst war, und weil sie niemals aus dem Auge verlieren durfte, dass die wahre Sicherung Englands gegen einen Luftangriff angesichts der mangelnden englischen Luftrüstung nur in der Existenz der französi-
schen Luftflotte bestand. Dem inneren Prestigegewinn Hitlers nach diesem Abkommen entsprach eine peinliche Beklemmung der englischen Politik, die sehr rasch hervortrat, als sich die internationale Wirkung des Abkommens zeigte. Ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen des Hitlersystems legte die englische Regierung sofort grössten Wert darauf, eine entstehende französische Verstimmung zu besänftigen und das englisch-französische Einverständnis aufrechtzuerhalten. Am 18. Juni war das Abkommen geschlossen worden, am 21. Juni fuhr Mr. Eden nach Paris. England brauchte die französische Freundschaft unbedingt, denn

nun galt es schon, der abessinischen Kriegsdrohung Mussolinis entgegenzuwirken. Diese Drohung wurde immer ernster; denn an diesem Zeitpunkt drohte der Völkerbund völlig zu zerfallen und das französisch-osteuropäische Bündnissystem sich gegenüber der afrikanischen Frage zu desinteressieren.

Tiefe Unruhe ging durch Europa. Mussolini und Hitler schienen durch die Trägheit der englischen Politik freies Feld für ihre Treibereien zu haben. In Berlin erschien Oberst Beck, der polnische Aussenminister und die Hoffnung der Hitlerpolitik. Es wurde ihm ein demonstrativer Empfang mit grossem Gepränge bereitet, man besprach mit ihm die Ergebnisse der Goeringschen Sondierungen in Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien und die Taktik für die Ostpakt- und Donaupaktprojekte. Die französische Aussenpolitik unter der Führung Laval's, der Anfang Juni wieder Ministerpräsident geworden war, band sich immer stärker an Mussolini. Angesichts der ungewissen Haltung der englischen Politik gegenüber den kontinentalen Fragen erblickte sie in Mussolini den Bundesgenossen, der einen Einbruch Hitlerdeutschlands nach Oesterreich und damit in die Interessensphäre der Kleinen Entente mit Gewalt verhindern sollte. Was die französische Politik von 1919 an unablässig von England gefordert und ausserhalb des Locarnovertrages niemals erhalten hatte, glaubte sie in der neuen Freundschaft mit Mussolini zu finden. Am 27. Juni schickte sie den General Gamelin nach Rom. Er traf dort militärische Abmachungen mit dem italienischen Generalstab, die es Mussolini ermöglichten, die Grenze gegen Frankreich fast völlig von Truppen zu entblößen und damit 250.000 Mann freizumachen. Aus der politischen Entente entstand ein Militärbündnis. Aber der Preis, den Mussolini sich dafür zahlen lassen wollte, war die Sprengung des Völkerbunds, freie Hand für seinen Angriff auf Abessinien, das wie Italien ein Mitgliedstaat des Völkerbundes ist. Die französische Politik liess Mussolini arbeiten und damit neue Verwirrung entstehen. In Wien wurden die Anti-Habsburg-Gesetze aufgehoben, und man vermutet nicht mit Unrecht dahinter einen Schachzug Mussolinis, der in einer Habs-

burgschen Restauration eine Rückendeckung für sich erblickt. Ende Juni erschien der Präsident der Kleinen Entente, Titulescu in London und erhob hier ernste Vorstellungen über die Rückwirkungen des Flottenabkommens auf die Lage in Mitteleuropa. Alle diese Ereignisse drängten sich in der zweiten Hälfte des Juni zusammen. Am 24. und 25. Juni war Mr. Eden in Rom, um mit Mussolini zu einer Verständigung über die abessinische Frage zu gelangen. Dies Unternehmen ging völlig schief. Alles in allem stand die englische Regierung Ende Juli vor einer katastrophalen Situation, die sie zu fester Kursbestimmung nötigte.

3. Der Völkerbund und der Krieg in Afrika.

Die abessinische Angelegenheit steht von nun ab beherrschend im Vordergrund. Man kann Mussolini alles vorwerfen, nur das eine nicht: dass er den Anschlag im geheimen vorbereitet habe. Er hat in vollster Öffentlichkeit unter den Augen der ganzen Welt gerüstet. Er hat eine Jahresklasse nach der andern mobilisiert und ein grosses Heer in Ostafrika zusammengezogen. Er hat seine Vorbereitungen mit eindeutigen Reden und Deklarationen des Kriegswillens begleitet. Die Haltung der demokratischen Mächte demgegenüber grenzte an die Haltung von Mitverschworenen. Man hat Mussolini trotz aller faschistischen Verbrechen begünstigt, gestärkt, man hat ihm Prestige verschafft, ihn geradezu zum Schiedsrichter Europas gemacht, man hat ihm geschmeichelt und ihn gestreichelt, und man hat vom Dezember 1934 an ihn offen den Krieg vorbereiten lassen. Die ganze bisherige Dummheit und verbrecherische Trägheit der demokratischen Mächte gegenüber dem Problem des Faschismus kam in folgendem zum Ausdruck: wenn Hitler vom Frieden sprach, glaubte man ihm, aber wenn Mussolini vom Krieg redete, glaubte man ihm nicht. Auf dieser geistigen und politischen Trägheit der demokratischen Mächte beruhte der Plan Mussolinis, den er

consequent durchgeführt hat: mit England hat er noch 1925, als Abessinien schon im Völkerbund war, geheime Verhandlungen über seine imperialistische Aufteilung geführt, ausserdem gibt es noch gewisse Zusicherungen aus der Zeit des Weltkriegs. Welche politisch-moralischen Kräfte kann also England gegen ihn mobilisieren? Mit Frankreich hat er die Abmachungen vom Januar 1935, eben ist man im Begriff, sie aufs Stärkste aneinander zu binden, auf Laval kann er bauen. England ist schwach, militärisch und politisch - siehe das Flottenabkommen mit Deutschland, es wird altersschwach und lässt die Zügel schleifen. Selbst wenn es opponiert, was kann es tun? Den Kanal von Suez sperren? Italien aushungern, den Krieg erklären? Nichts davon. Die herzlichen englisch-italienischen Beziehungen können sich für einige Zeit abkühlen, das ist alles. Und der Völkerbund? Wird er es überleben, wenn Italien ausscheidet? Braucht man Italien nicht als Wacht am Brenner, kann er nicht damit drohen, sich auf die andere Seite zu werfen und gemeinsame Sache mit Hitler zu machen? Gibt es vor allem nicht den Präzedenzfall mit Japan? Schliesslich standen in China ganz andere englische Interessen auf dem Spiel als in Abessinien, und hat nicht Japan ohne Sanktionen die Mandchurei rauben dürfen? Und wird er nicht endlich dem Völkerbund den Todesstoss versetzen: entweder der Völkerbund duldet den abessinischen Krieg, was ist er dann noch wert? Oder er greift zu Sanktionen, Italien scheidet aus, und was bleibt dann?

Auch dieser Plan ist öffentlich. Tag für Tag hat ihn die dirigierte Presse Mussolinis enthüllt. Mussolini hat alle Hetzhunde seiner Journalistik gegen den Völkerbund losgelassen. Sie sprachen vom "Imperialismus des Völkerbunds", von der "unheilbaren Dekadenz", sie fragten: wem dient der Völkerbund? und antworteten "den Gangstern des Friedens", sie sprachen von "lächerlichen Prozeduren unter der schimpflichen Sklaverei Englands", von einem "Papiernen Thron", von "Pazifisten im Stahlhelm", von einer "Genfer Verhüllung der heuchlerischen, egoistischen, unter-

drückenden Imperialismen". Am Vorabend der Reise Edens nach Rom schrieb das Organ Mussolinis, der "Popolo d'Italia": der englisch-deutsche Flottenvertrag habe eine gänzlich neue Situation geschaffen:

"Der Vertrag von Versailles ist auf der ganzen Linie revidiert, es bleiben einzig die territorialen und die kolonialen Bestimmungen, aber es ist nicht gesagt, dass auch diese nicht schliesslich ihr Ende erreichen... Genf ist ausgeschaltet. Hitler hat sein Ziel erreichen können, gerade weil er sich der Tortur des Völkerbundes entzogen hat. Sein Auszug aus Genf hat nicht die Welt zum Einsturz gebracht. So wie Moses als er Aegypten verliess, findet jeder, der Genf verlässt, schliesslich sein gelobtes Land. Europa hat die statische und krystallisierte Ordnung von Versailles aufgegeben. Wir befinden uns in einer ausserordentlichen dynamischen Situation die man mit der revolutionären Situation Europas nach dem Wiener Vertrag vergleichen kann. Die Zusammenkünfte und Konferenzen können nur die sich unaufhörlich erneuernden Panoramen registrieren. Die Sonne von Versailles ist untergegangen und die Geschichte erneuert sich auf revolutionärem Wege."

Das war nicht nur eine journalistische Stilübung, sondern die wirkliche politische Auffassung Mussolinis. Er brachte gleichzeitig in einem offiziellen Communiqué seinen alten Viererpakt in Erinnerung, der an die Stelle des Völkerbunds treten sollte. Es ging nicht nur um den abessinischen Krieg, sondern vor allem um die Existenz des Völkerbundes.

Am 24. Juni traf Eden in Rom ein. Öffentlich wurde mitgeteilt dass er über den Vollzug der Abmachungen von Stresa verhandeln werde - Luftpakt, Donaupakt, Ostpakt - im geheimen machte er Mussolini einen Kompromissvorschlag über Abessinien, das an Italien grosse Provinzen abtreten sollte gegen einen Korridor durch britisches Gebiet zum Meer. Der Vorschlag stand auf der Grundlage der geheimen Abmachungen von 1925. Mussolini wies den Vorschlag ab, er liess dem Engländer keinen Zweifel mehr

darüber, dass er nicht Konzessionen wolle, sondern den Krieg. Seine Haltung war so eindeutig, dass die Engländer ihm endlich glaubten. Sie sahen in das wirkliche Gesicht des Faschismus und erkannten, dass ihre bisherigen Vorstellungen falsch gewesen waren. Mussolini unterstrich seine Worte mit neuen Mobilisierungen, von Abessinien kamen neue Hilferufe.

Die englische Regierung musste mit der Stimmung im eigenen Lande rechnen. Die englische Politik war so stark an den Völkerbund gefesselt worden, dass ein Verlassen dieser Stellung die Opposition überwältigend stark gemacht haben würde. Der Völkerbund war das Mittel der Zusammenarbeit mit Frankreich ohne offenes Bündnis, ein Fallenlassen des Völkerbunds hätte unübersehbare, unlenkbare Entwicklungen hervorgerufen. Schon entfernte sich Frankreich von England zu Italien hin, schon waren alle Beziehungen krisenhaft und locker. Am 4. Juli trat das englische Kabinett zusammen, um seinen Kurs zu bestimmen. Es war eine Sitzung von grösster Bedeutung, es war der Wendepunkt. Die englische Politik stellte von da ab folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund:

1. Die abessinische Frage ist beherrschend.
2. Der Völkerbund ist die einzige Organisation, die den Frieden zu sichern vermag.
3. Erhaltung des Völkerbunds setzt Zusammenarbeit mit Frankreich voraus.
4. Frankreich und England sind historisch und politisch natürliche Verbündete.

Das ist die Politik, die seither konsequent durchgeführt worden ist, es ist das grosse Gegenspiel gegen die Pläne des Faschismus, das unmittelbar gegen den Angriff Mussolinis gerichtet ist, zugleich aber auch den Plänen Hitlers in den Weg tritt. Am 11. Juli erläuterte der Aussenminister Sir Samuel Hoare seine Politik vor dem Unterhaus. Er ging zurück auf die Londoner Abmachungen vom 3. Februar: Luftpakt, Ostpakt, Donaupakt, Unabhängigkeit Oesterreichs. Es war die Zustimmung zum

französischen Sicherheitssystem gegen das Hitlersystem und den Revisionismus. Italien gestand er ein Recht auf Expansion zu, aber gleichzeitig forderte er aufs Stärkste die Einhaltung des Völkerbündspaktes. Die Rede wirkte günstig auf die englisch-französische Verstimmung, sie fand allgemeinen Beifall in Frankreich. Auf die Illusionen, die das Hitlersystem an den Flottenpakt geknüpft hatte, wirkte sie wie ein kalter Wasserstrahl.

Dieser festen Kursbestimmung entsprach eine Vereinheitlichung der politischen Anschauung im englischen Volke. Die Vorgängerin der Regierung Baldwin hatte in allen aussenpolitischen Fragen die Labour Party gegen sich - ob sie nun die deutsche Aufrüstung feststellte, ob sie die englische Luftrüstung verstärkte - immer wurde sie vom Standpunkt des reinen Pazifismus aus angegriffen, der sich auf das Sicherheitsgefühl des englischen Volkes stützte und auch eine Form des englischen Isolationismus darstellte. Diese Haltung der englischen Opposition war eine der Ursachen für jene Atmosphäre der Trägheit und Blindheit gegenüber dem faschistischen Angriffswillen, die sich jetzt zu zerstreuen beginnt. Diese Haltung der Labour Party war bereits unhaltbar geworden. Wir schrieben darüber im Juni:

"Auch die Labour Party erlebt ihre tragische Stunde. Ihre Politik des Friedens um jeden Preis hatte ihr einen gewaltigen stimmungsmässigen Aufschwung verliehen, hatte ihr eine Reihe von grossen Nachwahlsiegen eingetragen und ihr ein Kraftgefühl gegeben, dass sie als die sichere grosse Siegerin der nächsten allgemeinen Wahlen zeigte. Auf diese Entwicklung fällt ein Schatten: das Sicherheitsgefühl und der darauf beruhende Pazifismus der englischen Volksmassen ist ins Wanken gekommen, damit ist die Durchschlagskraft der Labour-Wahlpropaganda geschwächt worden. Labour ringt mit einem Problem, das schon vor dem Kriege und erst recht im Kriege die sozialistische Politik überschattet hat. Die Möglichkeit, dass eines Tages harte Notwendigkeit über die friedlichste Gesinnung und die pazifistische Theorie hinweg-

schreiten könnte, zwingt auch die Labour Party, heute schon dafür zu sorgen, dass sie den Boden der Wirklichkeit nicht unter den Füßen verliert. Das ist ein Geschick, das sich nicht an ihr allein, sondern an fast allen sozialistischen Parteien Europas vollzieht. Die Erbitterung des Kampfes zwischen den Parteien über die Rüstungsfragen ist vollkommen vergangen, weil inzwischen sich die Regierung der Deckung ihrer Rüstungspolitik durch das nationale Gefühl sicher weiss und weil die Labour-Politik im Griff einer Notwendigkeit ist, die zu zerbrechen ausserhalb ihrer Macht liegt. Auch die Labour-Führer sind im tiefsten Innern überzeugt, dass bei einem europäischen Kriege England nicht neutral bleiben wird und kann, und dass es dann nicht an der Seite Deutschlands, sondern an Frankreichs stehen wird."

Seitdem hat diese Entwicklung ein rascheres Tempo angenommen. Gegen das abessinische Abenteuer Mussolinis erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Labour Party. Der traditionelle Antifaschismus und der Pazifismus empörten sich gleichermassen. Sollte aber aus der stimmungsmässigen Empörung Politik werden, so musste Labour von der theoretischen und rein deklarativen Völkerbundspolitik zur praktischen vorwärtsschreiten. Damit war die Frage aufgeworfen: Sanktionen gegen den Angreifer, vielleicht auch Krieg? Und dahinter steht die andere Frage: also auch Zustimmung zur Aufrüstung? Die Forderung einer Politik der Sanktionen schloss die eventuelle Bejahung des Krieges ein, forderte also den entschlossenen Bruch mit der bisherigen Haltung der Partei, die orthodox-pazifistisch gewesen war. Bei dieser Wendung des Kurses übernahm der britische Gewerkschaftsbund die Führung. Er hiess auf seiner Konferenz in Margate eine Politik der Sanktionen mit allen Konsequenzen gut. Die Konferenz der Labour Party in Brighton folgte diesem Vorbild - nicht ohne dass eine Opposition dagegen angekämpft hatte. Der bisherige Parteiführer Lansbury vertrat seinen Standpunkt der absoluten Gewaltlosigkeit, den er mit christlicher Ethik begründete. Der

Führer der Socialist League, Sir Stafford Cripps, nannte den Völkerbund eine "internationale Einbrecherorganisation", von der man sich aus Klassengründen abgrenzen müsse. Die Opposition, die dogmatische Spitzfindigkeiten und politikferne Glaubenssätze über jede realpolitische Erwägung stellte, blieb eine kleine Minderheit. Die Folge war ein Führerwechsel, Lansbury trat von der Parteiführung zurück. Die Bejahung der Sanktionspolitik durch Labour gibt der Regierung Baldwin eine ungewöhnlich starke Stellung. Ihr aussenpolitischer Kurs wird praktisch vom ganzen Volke gebilligt. Die reinen Imperialisten, die im abessinischen Abenteuer Mussolinis eine Bedrohung englisch-imperialistischer Interessen erblicken, und die Pazifisten, denen es um die Rettung des Völkerbundes als Instrument der Sicherheit des Friedens geht, unterstützen gemeinsam die gleiche praktische Politik der Anwendung des Völkerbundspaktes gegen Mussolini. Aber diese Front wird noch durch ein anderes Gemeinsames zusammengehalten. Das Treiben Mussolinis und seiner Presse hat bis zu den rechtesten der englischen Konservativen hin Widerwillen gegen den Faschismus hervorgerufen. Die einheitliche englische Opposition gegen die Mussolini-Politik ist der Abscheu eines im tiefsten demokratischen Volkes gegen die Methoden der Despotie. Die englische Politik ist deshalb nicht nur Völkerbundspolitik, sondern praktische antifaschistische Politik.

Die Haltung Mussolinis kittete diese Front immer fester zusammen. Am 9. Juli sprengten die italienischen Vertreter die italienisch-abessinischen Schiedsverhandlungen. Mussolini erklärte in einer Rede vor nach Afrika abgehenden Truppen in Palermo: "Unser Entschluss ist unwiderruflich. Regierung und Nation sind in einen Konflikt verwickelt, den sie entschlossen sind, bis zum Ende zu führen". (jusqu'au bout.) Die englische Regierung drängte auf Einberufung des Völkerbundsrats. Am 31. Juli trat er zusammen. Mussolini begrüßte ihn mit der Erklärung, dass er nur eine Lösung des Konfliktes kenne: "mit Genf, ohne Genf, gegen Genf." Auf dieser Ratstagung sollten Mussolini

goldene Brücken zum Rückzug gebaut werden. Die Schiedsverhandlungen wurden vollständig denaturiert. In der Sache selbst sollte eine Konferenz von England, Frankreich und Italien eine Verständigung auf der Grundlage des Vertrages von 1906 über Abessinien suchen. Abessinien selbst wurde gänzlich in die Rolle des Objekts eines Kompromisses der Grossmächte gedrückt. Aber in einem hielt die englische Politik an ihrer Linie fest und setzt sie gegen Frankreich durch: auf jeden Fall sollte der Völkerbundsrat am 4. September zusammentreten und das Kompromiss sollte der Prozedur des Völkerbundes unterliegen. England war zu weitgehenden Konzessionen auf Kosten Abessiniens bereit - aber ebenso entschlossen, Mussolinis Plan der Zerstörung des Völkerbunds zu durchkreuzen. Der Konflikt wurde immer stärker zu einem Duell England-Italien. Die italienische Presse führte eine echte Kriegspropaganda gegen England. Sie warf England seine kriegerischen und imperialistischen Verbrechen vor, sie variierte das Thema vom perfiden Albion in allen Tonarten, sie erging sich in Betrachtungen darüber, dass England die Seeherrschaft im Mittelmeer gegen Italien nicht mehr behaupten könne, wenn Italien die Luftwaffe voll einsetze. Am 7. August unternahm die englische Regierung einen Protestschritt in Rom gegen diese Pressepropaganda.

Vom 14. bis 18. August verhandelten die drei Mächte in Paris über ein Kompromiss. Mussolini liess die Verhandlungen in nahezu beleidigender Form scheitern. Die letzten Zweifel über die Absichten Mussolinis verschwanden. Es stiessen zwei Systeme aufeinander: Der Imperialismus alten Stiles und der faschistische Imperialismus. Der Imperialismus alten Stiles, vertreten durch England, schliesst Veränderungen und Neuverteilungen nicht aus, auch nicht eine Vergewaltigung eines Objektes imperialistischer Politik unter politischem Druck, wohl aber schliesst er den Krieg aus. Er verträgt sich deshalb mit dem Völkerbund, ja gerade der Völkerbund ist ein geeignetes Moment für die elastische, aber retardierende Methode dieser Politik,

die ihre Ziele erreichen will ohne das Kriegsrisiko. Der neue faschistische Imperialismus, wie ihn Mussolini vertritt, schwört auf das "gefährlich leben". Die langsamen Methoden des anderen Systems sind für ihn nicht anwendbar; denn die Diktaturen wollen und müssen die Ergebnisse ihrer Politik erleben. Die Kompromissvorschläge, die Mussolini unterbreitet wurden, hätten auf lange Sicht Italien eine politisch und wirtschaftlich übermächtige Stellung in Abessinien gegeben. Aber nicht das ist es, was Mussolini will: er will mit aktueller Gewalt erobern, er braucht weniger die problematischen wirtschaftlichen Ergebnisse als den weithin sichtbaren Kriegserfolg des Faschismus. Es ist sogar zweifelhaft, ob Italien die finanzielle Kraft besessen hätte, grosse wirtschaftliche Konzessionen in Abessinien auszunutzen.

So ist diese ganze Verhandlungsreihe für die Engländer wie für die ganze Welt geradezu zu einem Lehrgang über das Wesen und die innere Gesetzmässigkeit des Faschismus geworden. Diese Erkenntnisse beschränken sich nicht allein auf Italien. Was für Mussolini gilt, gilt mit geringen Abweichungen auch für Hitler. Nach dem Scheitern der Pariser Verhandlungen nahm die englische Politik festen Kurs auf Sanktionen. Sie war entschlossen, alle Mittel der Verständigungsprozedur des Völkerbunds paktes bis zum letzten auszuschöpfen, im Falle des Misserfolges jedoch den Pakt anzuwenden und alle Zwangsmittel einzusetzen. Die Lage verschärfte sich immer mehr. Die italienische Presse erklärte: Sanktionen - das ist der Krieg! Mussolini verkündete am 26. August: "Italien wird nicht zurückweichen. Wenn die Regierung ihre Haltung ändern wollte, würden die 200.000 Gewehre in Ostafrika von selber losgehen."

Die englische Politik aber musste im Völkerbund selbst erst durchgesetzt werden! Die französische Politik unter Laval's Führung hatte sich ausserordentlich stark an Mussolini gebunden - nicht ohne die Schuld der englischen Politik. Sie hatte Mussolini von Nordafrika und vor allem von Tunis auf Ostafrika

abgelenkt. Wie weit ihre geheimen Zusicherungen gegangen sind, ist nicht bekannt. Sie hatte eine militärische Zusammenarbeit mit Italien eingeleitet. Sie hatte dem Volke Mussolini als den grossen Bundesgenossen für die kollektive Sicherheit gezeigt. Sie bezog ihn ein in ihr System der Militärbündnisse und nach der grossen englischen Schwankung und Unsicherheit bewertete sie dies Bündnissystem höher als den Völkerbund. Die Rollen zwischen England und Frankreich waren vertauscht. Die englische Presse beschuldigte offen und empört Frankreich des Abfalls vom Völkerbund. Das war die Situation, die die englische Politik zu überwinden hatte. Sie war nicht nur in Frankreich, sondern ähnlich auch in andern Ländern vorhanden. Mussolini war mindestens bis Stresa als Vorkämpfer der konservativen Mächte, des europäischen status quo gegenüber den hitlerdeutschen Expansionstendenzen erschienen, ja geradezu als der Gendarm der Westmächte in Mitteleuropa. Es war gerade die englische Politik, die ihn in diese Rolle hinein-gebracht hatte! Zwar hatte er inzwischen deutlich genug zu erkennen gegeben, dass er zu einer vollen Drehung fähig sei, zwar hatte er schon Entspannung mit Hitler gesucht, aber noch galt es nahezu in ganz Europa- und namentlich nach Osten zu - als ein Axiom, dass Mussolini ein wichtiges und notwendiges Element der Sicherheit, das heisst der Erhaltung des status quo sei. Daraus entsprang die Erwägung: soll die europäische Sicherheit preisgegeben werden um eines Kolonialstreits in Ostafrika willen? Soll ein wichtiger Baustein im Gebäude der Sicherheit zerstört werden, weil Abessinien zufällig Mitglied des Völkerbunds ist? In der Zeit der geistigen und politischen Trägheit der Westmächte hatte es geschehen können, dass man den italienischen Faschismus als Bundesgenossen gegen den deutschen Faschismus begrüsst hatte, nun machte sich die Sorge breit: wird nicht der deutsche Faschismus gestärkt, wenn der italienische in eine verzweifelte Situation hineingetrieben wird? Die ganze Problematik einer Politik, die den europäischen Faschismus nicht als Ganzes be-greift, trat nun zutage.

Bei der Ueberwindung dieser Gegentendenzen gegen die englisch^e Politik fiel den demokratischen Kräften und der internationalen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle zu. Gegen jene Politik, die man in England und Frankreich Abfall vom Völkerbund nannte, wandte sich in Frankreich die Linksfrent. Sie hatte sich im Juni eng zusammengeschlossen, sie hatte Laval gezwungen, Stellung gegen die reaktionären Ligen in Frankreich zu nehmen. Der unaufhörliche Kampf zwischen der Linksfrent und den reaktionären Kräften in Frankreich erstreckt sich auch auf das Gebiet der Aussenpolitik. Die ausgesprochenen Faschisten in Frankreich nehmen Partei für Mussolini - ebenso wie der Faschistenführer Sir Herbert Mosley in England. Die Rechtspresse in Frankreich führt^e und führt noch einen unablässigen Kampf gegen wirksame Völkerbundssanktionen gegen Mussolini. Im Kampf gegen diese Mächte hat die Linksfrent Laval in die Linie der englischen Politik der Verteidigung des Völkerbunds gezwungen. Sie hat ihn in den entscheidenden Tagen in Genf geradezu unter Kontrolle gestellt. Laval durfte nicht gegen sie Politik treiben; denn die Linksfrent, deren stärkster Vertreter Herriot ist, vertritt die Mehrheit des französischen Volkes. Das Aktivwerden der Demokratie in Frankreich rückt auch im geistigen die Dinge wieder zurecht, sie zeigt, dass nur im Kampf gegen den Gesamtfaschismus mit der Demokratie auch der europäische Friede erhalten werden kann. In der gleichen Richtung liegt die geschlossene eindeutige Stellungnahme der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Diese Kräfte wirkten gegen die aus der letzten europäischen Konstellation entstandenen Opportunitätserwägungen, die einer klaren Völkerbundspolitik entgegentraten. Gemeinsam mit ihnen wirkte die Macht des europäischen Rechtsgefühls, das eine der stärksten Deckungen für die gegenwärtige englische Politik darstellt. So konnte die englische Politik Laval Schritt für Schritt von der Bahn der reinen Machtbündnispolitik wieder auf die Bahn der Völkerbundspolitik zurückbringen und damit eine starke Front gegen Mussolini aufrichten.

Diese Wendung, die auch auf andere Länder wirkte, wurde indes nicht nur auf geistig-politischem Wege erzielt. England erinnerte die europäischen Staaten daran, dass seine Haltung für die europäischen Probleme und die Sicherheit von mindesten gleicher Bedeutung ist wie die Mussolinis, und das Mittel, mit dem es dies sinnfällig machte, war die englische Flotte. Unmittelbar nach dem Scheitern der Pariser Konferenz begann die Konzentration der englischen Flotte im Mittelmeer. Es ist die gewaltigste Machtdemonstration, die England vorgenommen hat. Nahezu alles, was England an Kampfkraft von Grosskampfschiffen besitzt und an Flugzeugen, ist im Mittelmeer konzentriert, und diese Flotte ist nicht nur der italienischen, sondern den Flotten aller Mittelmeermächte zusammengenommen weit überlegen. Seit dieser Machtdemonstration lässt sich die Presse Mussolinis nicht mehr so leichtherzig über den Krieg mit England aus. Die Parole: Sanktionen - das ist der Krieg! ist alsbald verstummt. Mit dieser Mobilmachung hat die englische Politik bekundet, dass es ihr tödlich ernst ist, sie hat damit vor allem der französischen Rechten eine ernste Lehre erteilt. Nicht im Bündnis Frankreichs mit Italien, sondern in der loyalen Zusammenarbeit Frankreichs und Englands liegt die Garantie der europäischen Sicherheit und der Schutz vor einem faschistischen Kriegsverbrechen in Europa. Am 10. September versicherten sich Sir Samuel Hoare und Eden der loyalen Mitarbeit Laval's zur Anwendung des Völkerbundspakts. Sie sicherten ihm Zusammenarbeit auf der Grundlage der Londoner Vereinbarungen vom 3. Februar zu und stellten ihm andererseits vor, dass mit dem Völkerbundsakt auch der Locarnovertrag zusammenbrechen würde. Seitdem sind die englisch-französischen Beziehungen durch einen diplomatischen Schriftwechsel noch vertieft worden.

Am 4. September trat der Völkerbundsrat wieder zusammen. Er setzte ein Fünferkomitee ein, das einen Verständigungsversuch unternehmen sollte. Das Komitee arbeitete einen Plan aus,

der nahezu auf ein Protektorat über Abessinien hinauslief. Das Entgegenkommen auf Kosten Abessiniens war so stark, dass Russland und die Türkei dagegen protestierten. Es ging wie bei der Pariser Konferenz. Mussolini lehnte alles ab, was den Krieg verhindert hätte, diesmal mit der klassischen Begründung: "Ich bin kein Wüstensammler". Am 26. September erklärte das Komitee der Fünf seine Arbeiten für beendet. Am 27. September endete die Regenzeit in Abessinien. Am 2. Oktober nahm Mussolini die faschistische Generalmobilisation in Italien vor, am 3. Oktober begannen seine Truppen in Abessinien den Krieg. Am 8. Oktober erklärte der Völkerbund Italien für den Angreifer und setzte einen Sanktionsausschuss ein. Gegen die Sanktionen stimmten lediglich Oesterreich, Ungarn und Albanien.

Je mehr sich diese dramatische Entwicklung ihrem Ende näherte, umso ruhiger wurde die Haltung Mussolinis gegenüber dem Völkerbund. Am 2. Oktober erklärte er beim faschistischen Generalappell: "Auf Sanktionen wirtschaftlichen Charakters werden wir mit Disziplin, Gleichmut und Opferbereitschaft antworten. Auf Sanktionen militärischen Charakters antworten wir mit militärischen Massnahmen, auf Kriegshandlungen mit Kriegshandlungen... Aber noch einmal sei es in der kategorischsten Weise und als eine heilige Verpflichtung wiederholt, die ich an diesem Abend vor allen Italienern übernehme: Wir werden alles Mögliche tun, um zu vermeiden, dass der koloniale Konflikt den Charakter und die Bedeutung eines europäischen Konflikts annimmt". Darin liegt ein Rückzug und eine Spekulation, der Rückzug von der These, dass Sanktionen gleich Krieg seien, und die Spekulation darauf, dass der Völkerbund sich mit unwirksamen Sanktionen begnügen werde unter dem Einfluss des Glaubens, dass Mussolini nach wie vor eine Potenz der europäischen Sicherheit sei. In der Tat haben die von Mussolini abhängigen Zeitungen in Frankreich bereits mit einem Propagandafeldzug gegen wirksame Sanktionen eingesetzt.

Die Anwendung der Sanktionen gegen das faschistische Italien steht erst am Anfang. Die Wirkung rein wirtschaftlicher Sanktionen ist problematisch, zumal wenn sie nicht von allen Staaten angewandt werden. Ebenso problematisch ist, wann der Zeitpunkt erreicht wird, an dem die Anwendung rein wirtschaftlicher Gewalt zum Kriege führt. Angesichts der Entschlossenheit der englischen Politik und der realen Machtentfaltung Englands im Mittelmeer lässt Mussolini die wirtschaftlichen Sanktionen über sich ergehen. Offen ist die Frage des Suezkanals. Seine Sperrung für italienische Truppen- und Materialtransporte würde dem italienischen Feldzug in Abessinien dem Nachschub abschneiden. Unstreitig ist das Mittel wirksam, aber die Frage ist, ob es nicht zum Kriege im Mittelmeer führt. Die Stellung Mussolinis ist heute viel schwächer als noch vor zwei Monaten. Griechenland und die Türkei stehen entschieden an der Seite Englands. Wenn Mussolini zum Krieg gegen England schreiten will, wird er untergehen.

Die englische Regierung kann den entschlossenen Kurs, den sie eingeschlagen hat, schlechterdings nicht verlassen. Sie wird im Laufe des November die Parlamentsneuwahlen vornehmen, und sie rechnet darauf, dass sie an der Regierung bleiben wird. Sie ist moralisch auf das Stärkste an den Völkerbundspakt gebunden, jetzt wie für die Zeit nach den Wahlen. Es steht demnach ein langes Ringen bevor, bei dem Mussolini um seine eigene Existenz kämpft.

Die Anwendung umfassender wirtschaftlicher Sanktionen setzt eine weitgehende wirtschaftspolitische Verständigung der Völkerbundsstaaten voraus. Sie kann unter Umständen ein Anstoss zu einer neuen wirtschaftspolitischen Aktivität werden, die gegen die heutige Tendenz der ungesunden Absperrung und Versteinigung vorstösst. Ein erster, wenn auch nur theoretischer Schritt dazu ist unternommen worden, indem die Völkerbundsversammlung einstimmig einen Vorschlag des französischen Handelsministers angenommen hat, der sich für eine unverzügliche Stabilisierung

der Währungen aussprach. Die wirtschaftliche Absperrung der Länder voneinander durch eine mehr oder weniger autarke Wirtschaftspolitik ist eine der gefährlichsten Brutstätten des überhitzten Nationalismus. Sie steht nicht nur der wirtschaftlichen Höherentwicklung im Wege, sie ist zudem noch eine der Voraussetzungen dafür, dass der Faschismus sich behaupten und entwickeln kann. Es ist dies eine Seite des europäischen Sicherheitsproblems, die für die Demokratie von der grössten Bedeutung ist. Eine Sicherheitspolitik, die durch Machtbündnisse zwar den Faschismus am Angriff verhindert, aber zugleich die zum guten Teil aus borniertem Nationalismus geborenen Hochschutzzollgrenzen versteinert, die staatlich-kulturelles Selbstbestimmungsrecht und Autarkiepolitik verwechseln wollte, würde mit Sicherheit reaktionär werden und als bald von den Völkern als reaktionär und als Hemmung der Entwicklung empfunden werden.

Die demokratischen Länder haben sich zu einem politischen Schlag gegen den Faschismus aufgerafft. Nun steht das Problem, ob sie auch gegen die wirtschaftlichen faschistischen Tendenzen vorgehen werden.

4. Die Politik des Hitlersystems.

Nach dem Flottenabkommen glaubte die Hitlerpolitik den Ring der Isolierung endgültig zersprengt zu haben, und die nervöse Unruhe in Europa an diesem Zeitpunkt schien ihr Recht zu geben. Durch die Programmrede von Sir Samuel Hoare im Unterhaus am 11. Juli wurde sie eines besseren belehrt. Die Londoner Vereinbarungen vom 3. Februar wurden aufs Neue bekräftigt, die französische Verstimmung gegen England besänftigt, und Hitler die Aufgabe zugeschoben, sich den Londoner Vereinbarungen zwischen Frankreich und England anzupassen. Sir Samuel Hoare führte aus:

"Was den Ostpakt und die Unabhängigkeit Oesterreichs anbelangt, so möchte ich feststellen, was unser Interesse an diesen Fragen ist. Die Tatsache, dass wir keine neue Verpflichtung übernehmen wollen, schliesst unser Interesse an der Regelung dieser Fragen nicht aus: Es gibt gewisse Regierungen in Europa, die Mittel- und Osteuropa als die Gefahrenpunkte ansehen. Einige von ihnen gehen bis zu dem Glauben, dass eine Vereinbarung im Westen, z.B. mit Hilfe eines Luftpaktes, die von den anderen Fragen losgelöst wäre, die Gefahr im Osten nur noch drängender machen würde. Ohne mich dieser Besorgnis anzuschliessen, gebe ich nichts destoweniger zu, dass ein Krieg, der in Mittel- oder Osteuropa entstehen würde, zu einem allgemeinen Brand führen müsste. Unter diesen Umständen ist es wesentlich, ohne Aufschub die Lage an den gefährlichen Punkten, die existieren können, in Betracht zu ziehen. Aus diesem Grunde wünscht die britische Regierung auf das Entschiedenste, dass ein Ostpakt und ein Donaupakt so rasch wie nur möglich ratifiziert werden. Es ist jetzt am deutschen Reichskanzler, einen wirklichen Beitrag zu der Sache des Friedens zu leisten, einen Beitrag, der die Gründe der Besorgnis zahlreicher Regierungen nicht allein in Mittel- und Osteuropa, sondern auch im Westen zerstreuen würde. Ich lade ihn auf das Dringendste dazu ein. Ich glaube in der Tat, dass er damit seiner eigenen Sache dienen würde."

Diesen Beitrag zur Sache des Friedens ist die Hitlerregierung bis heute schuldig geblieben. Hier ist der Punkt, wo die Anschauungen der konservativen Mächte über die kollektive Sicherheit - mögen sie nun so straff sein wie die französischen oder so elastisch wie die englischen - mit der Machtpolitik des Hitlersystems zusammenstossen. Zwischen der Hitlerrede vom 21. Mai und der Rede Sir Samuel Hoares vom 11. Juli besteht ein grosser Gegensatz: hier die Ablehnung eines allge-

meinen Systems zugunsten von Vereinbarungen zwischen Einzelstaaten, die Verneinung eines kollektiven Schutzes und seine Ersetzung durch das Prinzip der Isolierung des Einzelstreitfalls, das heisst die Isolierung des Angegriffenen, dort die stärkste Forderung eines kollektiven Sicherheitssystems und die unverhohlene Erklärung, dass ein Konflikt in Mittel- oder Osteuropa auch England nicht unbeteiligt lassen würde. Es ist dieser Gegensatz, der nicht nur die Politik der demokratischen Mächte von der deutschen unterscheidet, sondern der zugleich auch die Vassallen und Mitläufer Hitlerdeutschlands charakterisiert. Er ist inzwischen keineswegs gemildert worden, er ist vielmehr in den letzten Sitzungen des Völkerbunds krass hervorgetreten. Am 14. September sprach Litwinow in der Völkerbundsversammlung:

"Wir kennen eine andere politische Doktrin, die sich der Idee der kollektiven Sicherheit entgegenstellt und den Abschluss zweiseitiger Verträge empfiehlt, nicht etwa zwischen allen Staaten sondern zwischen zu diesem Zwecke willkürlich ausgewählten Staaten. Diese Doktrin hat mit den pazifistischen Ideen nichts zu tun. Nicht alle Nichtangriffspakte sind unter dem Gesichtspunkte der Verstärkung des allgemeinen Friedens geschlossen worden. Während die Nichtangriffspakte, die die Sowjetunion mit ihren Nachbarn geschlossen hat, eine Spezialklausel enthalten, die die Gültigkeit des Paktes auflebt für den Fall, dass eine der Parteien einen Angriff gegen einen dritten Staat unternehmen würde, kennen wir andere Nichtangriffspakte, die eine solche Klausel nicht enthalten. Daraus geht hervor, dass ein Staat, der sich mit Hilfe eines solchen Nichtangriffspaktes den Rücken gedeckt hat, mit Leichtigkeit dritte Staaten ungestraft angreifen kann. Es ist auch nicht weiter erstaunlich, dass die Anhänger solcher Pakte sich für die Lokalisierung des Krieges aussprechen. Wer Lokalisierung des Krieges sagt, versteht darunter, dass der Krieg frei und legal sei. So kann ein zweiseitiger Nichtangriffspakt eine Garantie für einen Angriff werden. Wir sehen uns zwei klar

unterschiedenen politischen Doktrinen gegenüber: auf der einen Seite die Sicherheit der friedlichen Nationen, auf der anderen Seite die Sicherheit des Angriffs. Glücklicherweise bekennt sich nur eine kleine Zahl von Staaten zu dieser zweiten Doktrin, und die, die sie annehmen, verraten dadurch in den Augen der ganzen Welt, dass sie wahrscheinlich Begünstiger von Friedensstörungen sein werden."

Der polnische Komplize von Hitler, der Aussenminister Beck, hat gegen diese Anprangerung der Politik Hitlers und seiner Vasallen protestiert und nachgeholt, was Litwinow nicht ausdrücklich gesagt hatte: dass es sich um den polnisch-deutschen Zehnjahresvertrag handelt. Hinter den Fragen der Doktrin steht die wirkliche Politik. Litwinow hat die Absichten der Hitlerpolitik ausgezeichnet beschrieben. Diese Absichten stossen nicht nur auf Sowjetrussland, Frankreich und ihre Verbündeten, sondern auch auf England. Die Wiederbelebung des Völkerbunds unter englischer Führung, das starke Bekenntnis Englands zur kollektiven Sicherheit, die Schiedsrichterrolle, die England jetzt selbst übernommen hat, stellt der hitlerschen Politik der Zerklüftung und Zermorschung des europäischen Systems ein unüberwindliches Hindernis entgegen. Der Prestigegewinn Hitlers durch das Flottenabkommen war kurzlebig. In der Sache ist der Ring um seine Politik fester geworden. Uebrigens hat er selbst genug getan, um den Prestigegewinn wieder zu zerstören. Die idiotische Schaustellung der untermenschlichen Geisteshaltung des Nationalsozialismus in Nürnberg, die brandstifterischen Hetzreden gegen Litauen und Sowjetrussland, die Bauchrutschei vor den Streicherbanden haben der Welt gezeigt, dass das Hitlersystem mindestens ebenso widerlich und gefährlich ist wie das System Mussolinis. Diese Enthüllung von Gewissenlosigkeit und Wahnwitz - das ist der Beitrag, den Hitler für die Sache des Friedens geleistet hat. Wie man in England über diesen Beitrag denkt, hat Hitler erfahren, als der Versuch Schachts eine Anleihe in London zu erhalten, am Veto des englischen auswärtigen Amtes gescheitert ist.

Die Hitlerpropaganda redet dem Volke ein, dass Deutschlands Stellung heute sicher und stark sei wie niemals zuvor. Die Hitlerpolitik jedoch ist sich der Schwäche ihrer Stellung wohl bewusst. Die Propaganda schiebt die Forderung nach Kolonien in den Vordergrund, aber die Politik hütet sich wohlweislich, offiziell mit dieser Forderung hervorzukommen. Ihre wirkliche Aktivität liegt auf anderem Gebiete: sie sucht Bundesgenossen an sich heranzuziehen. Die Verlegenheit des italienischen Faschismus erleichtern ihr das Spiel. Schon im Juni haben deutsch-italienische Verhandlungen zur Verbesserung der Beziehungen stattgefunden. Im Laufe dieser Besprechungen hat Hitler Mussolini mitgeteilt, dass er weder Waffen noch Flugzeuge nach Abessinien schicken werde. Ein Reflex der Besprechungen war die Anweisung an die deutsche Presse, Italien nicht anzugreifen. Ende Juli kam Mussolini mit dem Projekt der Wiederbelebung des Viererpakts hervor, allerdings ohne dass England und Frankreich auch nur reagiert hätten. Im September erfolgte ein neues Manöver bei der Einführung des neuen italienischen Gesandten in Berlin, die von beiden Seiten so aufgezo-gen wurde, dass die Welt an die Nähe einer deutsch-italienischen Verständigung glauben sollte. Diese Annäherungsversuche haben zur Folge gehabt, dass der Diktator von Ungarn, Gömbös, in das deutsche Bündnissystem eingetreten ist. Im Frühjahr schon haben Besprechungen zwischen Göring und Gömbös stattgefunden. Demals hat Gömbös in einer Rede gegen das französisch-russische Abkommen alle Hintergedanken der Politik Hitlers und seiner Trabanten ausgesprochen: eine politische Linie Berlin-Warschau-Wien-Budapest-Rom müsse und werde entstehen. Es handelt sich um den Versuch, die Front von 1914 wieder aufzubauen - Mittel-mächte gegen Westmächte - mit der geheimen Hoffnung, dass diesmal Mussolini in der Front der Diktatoren, der Revisionisten und Expansionisten stehen werde. Gömbös ist Ende September nach Deutschland eingeladen worden. Zwischen ihm, Hitler, Göring und Ribbentrop sind politische und militärische Verhand-

lungen geführt worden, über deren Sinn kein Zweifel besteht. An diesen Verhandlungen waren beteiligt: der polnische Aussenminister Beck, der eigens von Genf nach Berlin flog, der polnische Gesandte in Berlin, der Stellvertreter des polnischen Kriegsministers General Fabrici, Graf Potocky und Fürst Radzivil. Die Brandstifter und ihre Trabanten waren beisammen: die deutschen und die polnischen Diktatoren und ihr ungarischer Nacheiferer. Es war eine Demonstration gegen das neue französisch-englische Einvernehmen, eine Einladung für Mussolini, sich dem Brandstifterbund anzuschliessen, wenn seine imperialistischen Pläne ins Wasser fallen sollten. Die Umrisse eines Systems, das den Völkerbund entgegengestellt werden soll, sind sichtbar geworden. Diese Besprechungen bilden einen Markstein in der Aufrüstung der friedensfeindlichen Diktaturen. Unzweifelhaft sind dabei Abreden getroffen worden über die Luftaufrüstung Ungarns, über gemeinsames Zusammenwirken der deutschen und der ungarischen Luftwaffe, wie überhaupt über die militärische Zusammenarbeit. Der Besuch von Gömbös ist vorbereitet worden durch eine Abordnung von ungarischen Offizieren, über deren Besuch zu berichten der deutschen Presse ausdrücklich verboten war. Der ungarische Nationalismus hat bisher seine Waffen von Mussolini bezogen. Er wird jetzt von Hitler bewaffnet und tritt in das deutsch-polnische Bündnis ein. Wie schwankend auch die deutsch-polnischen Beziehungen sein mögen, in den militärischen Abreden tritt das Bündnis der Ganz- und Halbfaschisten gegen den Völkerbund und seine Anhänger sichtbar zu Tage. Noch ist das Spiel der Brandstifter schwankend und ungewiss. Jeder von ihnen ist von vielfachem Risiko umgeben, jeder von ihnen wird Bündnisse ebenso leicht verraten wie er sie schliesst, jeder von ihnen ist ein gefährlicher Spekulant, der nicht nur um den Frieden, sondern auch um die eigene Existenz spielt.

Der nächste Schritt bei der Wiederherstellung der Front von 1914 soll die Einbeziehung Oesterreichs sein. Es soll abermals die Brücke geschlagen werden - diesmal zu Ungarn. Hitler-Deutschland und Ungarn sind durch Oesterreich getrennt. Eine Einbeziehung Oesterreichs würde die direkte Verbindung herstellen und würde vor allem die Tschechoslowakei von allen Seiten einkreisen. Die Methoden des Hitlersystems sind nicht mehr so plump wie am 25. Juli 1934. Es geht nicht um militärischen Einmarsch und Besetzung oder um offenen nationalsozialistischen Putsch, sondern um die Zusammenschiebung einer Regierung in Oesterreich, die mit Hitlerdeutschland einen "Nichtangriffspakt" nach dem polnischen, von Litwinow hinreichend charakterisierten Muster abschliessen soll. Dieser Plan wird hartnäckig verfolgt. Schon im August glaubte Papen eine Clique österreichischer Politiker zurechtgeschoben zu haben, die die mussolinitreue Regierung Schussnigg stürzen und sich an ihre Stelle setzen sollte. Dieses Projekt scheiterte, Aber das Hitlersystem verfolgt seine Pläne weiter. Im Auftrag Hitlers hat Papen der österreichischen Regierung das folgende Angebot gemacht:

1. Deutschland und Oesterreich schliessen miteinander einen Nichtangriffspakt für die Dauer von zehn Jahren nach dem Muster des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes.
2. Deutschland hebt die gegen den österreichischen Fremdenverkehr gerichtete Tausendmarksperrre auf, es sichert Oesterreich Begünstigungen für seinen Export nach Deutschland zu mindestens in dem gleichen Umfange wie es sie Ungarn, Rumänien und Jugoslawien angeboten hat, insbesondere für den Export von Holz und Vieh und die Meistbegünstigung in allen Clearingabkommen.
3. Dagegen sichert die österreichische Regierung zu:
 - a) Bildung einer Regierung, in die wenigstens ein Minister aufgenommen wird, der wenn auch nicht ein Nationalsozialist, so doch ein in nationaler Beziehung zuverlässiger deutscher Mann ist.

- b) Keine Benachteiligung der Nationalsozialisten gegenüber anderen politischen Parteien, falls solche wieder zugelassen werden. Berücksichtigung verlässlich nationaler Männer bei der Ernennung von Bürgermeistern.
- c) Amnestie für die österreichischen Staatsbürger, die nach Deutschland geflohen sind und dort der österreichischen Legion angehören.

Zugleich mit diesen Vorschlägen hat Hitler einen Befehl an die Leitung des Gaues Oesterreich der nationalsozialistischen Partei erlassen, in der er bis auf Widerruf jede Aktion in Oesterreich verboten hat. Eine Abschrift dieses Befehls hat Papen der österreichischen Regierung übermittelt.

Die österreichische Regierung erklärt, dass sie keine "Verhandlungen" mit Hitlerdeutschland führe, dass aber die Frage der deutsch-österreichischen Entspannung bei privaten und dienstlichen Zusammenkünften "besprochen" werde. Der Kampf der Cliques im österreichischen Diktaturstaat ist in vollem Gange, und das Hitlersystem wendet skrupellos alle Mittel an, um diesen Cliquenkampf für sich zu entscheiden. Bisher hat die von Mussolini gestützte regierende Clique sich noch behauptet und alle Vorschläge Hitlers abgelehnt.

Die Politik der Machtsammlung ist keineswegs abgeschlossen. Die Rolle Polens gegenüber Hitlerdeutschlands ist nicht einseitig. Wo spezifisch polnische Interessen in Betracht kommen, geht die polnische Politik ihre eigenen Wege. Die Hitlerpolitik hat diese Erfahrung in der Memelfrage gemacht. An dieser Frage hat sich die nationale Schädlichkeit und die Aktionsunfähigkeit des Hitlersystems erwiesen. Das Memelgebiet ist 1923 nach einem litauischen Putsch an Litauen angegliedert worden. Es behielt indessen seine Autonomie, die völkerrechtlich durch die internationale Memelkonvention gesichert wurde. Die litauische Verwaltung hat diese Autonomie auszuhöhlen ver-

sucht. Das Deutschtum im Memelgebiet hat sich gegen die Entnationalisierungstendenzen erfolgreich gewehrt, aber dieser Abwehrkampf ist auf das Schwerste kompromittiert worden durch die nationalsozialistischen Treibereien. Sie haben die widerliche Atmosphäre von Brutalität, Verschwörung und Fememord, von Putschvorbereitung mit Folter und Mord ins Memelgebiet eingeführt, sie haben den kulturellen Kampf durch den "Führerbefehl" zu einer Putschverschwörung degradiert. Sie haben damit der litauischen Verwaltung Gelegenheit zu Ausnahmemaßnahmen gegeben und haben die schlechte Sache der litauischen Verwaltung durch ihre Putschvorbereitungen und Morde in den Augen des Auslands mit einem Schein von Recht umgeben.

Schliesslich hat die Hitlerpolitik die Memelfrage zu einem Machtstreit um den Besitz dieses Landstriches verwandelt und hat sie zum Anlass einer Kriegsdrohung gemacht. In Reden und in der Presse ist systematisch ein Gewaltstreich vorbereitet worden, starke militärische Kräfte sind in Ostpreussen konzentriert worden. Es gehörte zu den Illusionen nach Abschluss des Flottenvertrags, dass England kleinere gewaltsame Aktionen des Hitlersystems im Osten nicht zum Konfliktfall machen werde. Aber als die Hitleragitation auf dem Höhepunkt war, erklärten England, Frankreich und Italien gemeinsam in Berlin, dass sie sich überzeugt hätten, dass Litauen sich streng an die völkerrechtlichen Pflichten halten werde und sie forderten die deutsche Reichsregierung auf, alles zu unterlassen, was das geltende Recht in Memel beeinträchtigen könne. Die zweite Enttäuschung kam von Polen, dass einem Gewaltstreich auf Memel seine Zustimmung verweigerte. Wie die amtliche litauische Telegraphenagentur mitteilte, hat der polnische Aussenminister sich gegenüber dem litauischen Aussenminister auf das Entschiedenste gegen den Verdacht gewehrt, dass er Hitler freie Hand gegenüber Litauen gegeben habe. Es war kein Zweifel, dass ein Gewaltstreich gegen Litauen sofort den Konflikt mit Sowjetrußland bedeutet

hätte, und Polen hat sich darauf besinnen müssen, dass es zwischen den Grossmächten Deutschland und Sowjetrussland liegt. Das Ergebnis des Memelabenteuers war für das Hitlersystem die Erkenntnis, dass England keineswegs gewinnt ist, Hitler in Osteuropa freie Hand zu lassen, und dass der polnische Bundesgenosse zweifelhaft ist, wenn es ernst wird. Der Kurs der englischen Regierung, den die Rede von Sir Samuel Hoare vom 11. Juli erläuterte, wird wie der Fall Memelgebiet zeigt, geradlinig verfolgt. Damit sind die geheimen Hoffnungen der Hitlerpolitik auf Bewegung und Neuordnung im Osten Europas durchkreuzt.

5. Die Internationale und die europäische Demokratie.

Die Hitlerpropaganda versucht jetzt dem Volke einzureden, dass der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und die Isolierung sich zu lohnen anfangen, sie will aus der grossen wätpolitischen Krise eine Rechtfertigung ihrer Politik machen. Diese Propaganda zieht Nutzen aus Erwägungen, wie sie im Lager jener angestellt worden sind, die lieber Mussolini freie Hand in Abessinien gelassen hätten, als die grosse Auseinandersetzung heraufzubeschwören. Aber ist Hitler-Deutschland wirklich der Zuschauer und Nutzniesser dieser Krise, dem die Gewinne in den Schoss fallen, ohne dass er die Hand danach ausstrecken muss, handelt es sich wirklich um einen Triumph der nationalsozialistischen Aussenpolitik? Solche Auffassung ist so falsch wie die braune Propaganda. Sie übersieht völlig, dass es sich nicht um den Wandel eines Panoramas im diplomatischen Kampf handelt, sondern um eine geistig-politische Bewegung, um ein Erwachen der europäischen Demokratie aus ihrer Trägheit gegenüber dem Faschismus, das nicht nur den einen Mussolini, sondern den Faschismus überhaupt bedroht, und eine zum Kampf entschlossene lebendige Demokratie in Europa ist

eine bessere Sicherung gegen den Faschismus als diplomatische Eventualkriegserklärungen für den Ernstfall.

In der Rede, die Sir Samuel Hoare am 11. September im Völkerbundsrat hielt, um ein festes Bekenntnis zur Anwendung des Völkerbundspakts abzulegen, führte er aus:

"Die Kraft oder die Schwäche des Völkerbunds wird von der Zahl, der Bedeutung und der Treue der Mitglieder, die ihn zusammensetzen, ebenso abhängen, wie von der Unterstützung, die die Regierungen der Mitgliederstaaten bei ihren eigenen Völkern finden werden. Wenn diese nationale Unterstützung stark sein wird, so wird der Völkerbund stark sein. Wenn sie schwach und zögernd ist, so wird die Politik des Völkerbunds nicht fest und konstant sein können. Kurz, die öffentliche Meinung ist für den Völkerbund ebenso wichtig wie für jede demokratische Regierung."

Es liegt in diesen Sätzen nicht nur die Anerkennung, dass der Völkerbund ein demokratisches Instrument ist, sondern auch ein Bekenntnis zur Demokratie. Die europäische Demokratie besteht nicht allein aus den Linksparteien oder aus den Parteien, die sich ausdrücklich demokratisch nennen. Sie durchdringt über Parteigrenzen hinaus Völker und Regierungen in vielen Ländern mit ihren Grundanschauungen, gleichgültig welche parteipolitischen oder staatsrechtlichen Ausprägungen sie gefunden hat, sie ist als Grundanschauung bei den englischen Konservativen mit Ausnahme der reinen Faschisten ebenso lebendig wie bei den Liberalen oder bei Labour. Sie ist als Grundanschauung die grosse einigende Kraft gegen den Faschismus. Die Verteidigung des Friedens gegen die Gewalt ist ihre gemeinsame Politik. Sie ist das Lebenselement des Völkerbunds.

Es ist wahr, dass sie unfähig und gelähmt lange der faschistischen Friedensbedrohung zugesehen hat. Es war ein unnatürlicher Zustand, dass der Faschist Mussolini als eine der Hauptsäulen einer Politik galt, die auf ein in seinem Wesen

demokratisches Ziel gerichtet war. Dieser Zustand ist jetzt beiseitigt, und die grosse weltpolitische Krise duldet keine Trägheit mehr. Sie hat auch der Verworrenheit und der Lähmung in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ein Ende gemacht und hat sie als eine der Kräfte der europäischen Demokratie vor eine grosse Aufgabe gestellt.

Die Lähmung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale rührt nicht zum wenigstens mit davon her, dass die französischen Sozialisten und die englische Labour Party sich nicht auf der Linie einer gemeinsamen europäischen Politik zusammenfinden konnten. Aber je bedrohlicher sich die Weltlage zugespitzt hat, desto mehr hat sich die Labour Party von ihrer ursprünglichen Haltung des schematischen Pazifismus und der reinen Agitation mit dem Frieden abgekehrt. Die Tatsachen haben sie aus den Höhen der reinen Ethik auf dem Boden der Realpolitik heruntergeholt. Wir haben diese Entwicklung bereits dargestellt. Diese Umkehr zur Realpolitik hat es ermöglicht, dass die Internationale sich zu einer festen und einheitlichen Politik zusammenfand, so dass sie ihre Stimme in der grossen weltpolitischen Krise erheben konnte.

Auf ihrer Tagung vom 16. bis 18. August in Brüssel - gerade in den Tagen, in denen die Pariser Dreimächtekonferenz zusammenbrach - fasste die Exekutive der SAI eine Resolution, in der es heisst:

"I. die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert alle ihre Sektionen auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden politischen Mittel anzuwenden, um die Regierungen zu veranlassen, ihre Pflichten als Mitglieder des Völkerbundes zu erfüllen, dem kläglichem Versagen der Genfer Organisation ein Ende zu setzen und sie zu nötigen:

a) aus dem Angriff Mussolinis die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und, wie der Artikel 11 es gebieterisch vorschreibt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um den Frieden zu sichern, eventuell durch die Schliessung des

Suezkanals für italienische Kriegstransporte.

II. Jede Sektion der Internationale soll mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln dafür sorgen, dem Skandal ein Ende zu setzen, dass der Angreifer frei ist, sich Waffen und Munition aller Art zu verschaffen, während man dem angegriffenen Land die notwendigsten Verteidigungsmittel verweigert.

Die Sektionen haben insbesondere darauf zu achten, dass dem faschistischen Verbrechen keinerlei finanzielle Hilfe zu Teil werde. Das demokratische und sozialistische Italien, das Italien von morgen, hat überdies proklamiert, dass es keine Schuld anerkennen werde, die Mussolini für die Durchführung seines verbrecherischen Krieges eingehe".

Die Internationale hat diese Politik der Forderung der vollständigen Beachtung des Völkerbunds Pakts und der Sanktionen energisch weiter verfolgt. Am 6. September trat in Genf eine gemeinsame Antikriegskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Sie beschloss:

"Die Sonderkonferenz des Ausschusses des IGB und der Exekutive der SAI erneuert anlässlich ihrer gemeinsamen Tagung in Genf am 6. September 1935 das Bekenntnis ihres unverbrüchlichen Friedenswillens; sie verurteilt die Angriffsabsichten des faschistischen Italien gegenüber Abessinien. Angesichts der gegenwärtigen Lage richtet sie im Namen von Millionen Arbeitern einen letzten Appell an den Völkerbund, seine Aufgabe zu erfüllen, den Frieden zu retten und die Herrschaft des Rechts über die Gewalt zu sichern.

Die dringende Aufgabe des Völkerbundes wird klar vorgezeichnet durch die gegenwärtige Kriegsgefahr, welche gebieterisch erfordert, dass die Völkerbundstagung, die ganze Satzung, unter Einschluss der Sanktionen, angewendet werde.

Die beiden Internationalen, im Bewusstsein ihrer Friedensaufgabe, sind bereit, sie vollständig zu erfüllen und versichern den Völkerbund der wirksamen Unterstützung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die sie vertreten, bei der Durchführung aller Sanktionen, die gegen den Angreifer zur Anwendung kommen".

Diese Entschliessung wurde durch eine Delegation dem Präsidenten des Völkerbundsrats überreicht und allen Ratsmitgliedern übermittelt. Die Einheitlichkeit der Politik der Internationale in der grossen weltpolitischen Krise ist damit festgestellt. Aber mehr noch: diese sozialistische Politik der unbedingten Treue zur Völkerbundssatzung gibt der Politik des Völkerbundes innerhalb der Völker eine kräftige Stütze, sie ist ein wesentliches Element der inneren Festigkeit und Dauerhaftigkeit der Völkerbundspolitik, von der Sir Samuel Hoare am 11. Juli gesprochen hat. Die Forderungen, die die Entschliessungen der Internationale stellten, sind soweit erfüllt, dass der Völkerbund zur Waffe der Sanktionen gegriffen hat. Für die Durchführung der Sanktionen ist die Erklärung der International von grosser Bedeutung, die den Regierungen die aktive Mitarbeit der Gewerkschaften zusichert. Die Durchführung von Wirtschaftssanktionen wird von den Völkerbundsstaaten Opfer erfordern. Sachverständige berechnen, dass ein voller Wirtschaftsboykott gegen Italien für England eine zusätzliche Arbeitslosigkeit von 100.000 Mann bedeuten würde. Das sind die Kriegskosten, die die internationale Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Faschismus zu tragen entschlossen ist.

Die Entschliessungen der Internationale, und namentlich die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz von SAI und IGB in Genf haben einen besonderen persönlichen Zornausbruch Mussolinis hervorgerufen, der seitdem in der Haltung der italienischen Presse zum Ausdruck kommt. Wie Hitler in seiner Propaganda Völkerbundspolitik, Abrüstung, vernünftige und ehrliche Aussen-

politik, Demokratie und Parlamentarismus mit Marxismus gleichgesetzt hat, so verfährt jetzt die italienische Presse - nur dass sie da, wo Hitler zum Marxismus die Juden hinzufügt, die Freimaurer benutzt. Dieser besondere Zorn Mussolinis hat seine besonderen Gründe und ist lehrreich. Die Aktionsunfähigkeit der Sozialistischen Internationale als Spezialfall der Aktionsunfähigkeit der europäischen Demokratie war ein wesentlicher Faktor in seiner politischen Rechnung. Er spekulierte darauf, dass seine doppelte Stellung in Oesterreich: Henker der österreichischen Sozialdemokratie, aber Schild gegen Hitler, ebenso geistig-politische Verwirrung in die Reihen der Sozialisten tragen würde wie seine Stellung in der europäischen Konstellation. Er spekulierte auf die auflösende und zersetzende Wirkung des immer stärker werdenden Nationalismus auf Demokratie und Sozialismus, er hoffte, dass dieser Prozess die Zerstörung des Völkerbunds von der geistigen Seite her vollenden würde. Die Zusammenfassung der Internationale auf der einheitlichen Linie der Völkerbundspolitik bewies ihm, dass auch diese Rechnung falsch war. Die Haltung der Internationale ist eine Funktion der Haltung der europäischen Demokratie. Mussolini hat erkannt, dass sie nicht zerfällt, sondern sich wieder erhebt. Daher der Zorn.

Daher aber auch die Hoffnungen für den Kampf gegen den Hitlerfaschismus! In Genf ist nicht nur die Aktion gegen Mussolini beschlossen, sondern zugleich auch der Hitlerfaschismus gefesselt worden. Wenn eine klare antifaschistische Front in Europa sich aufrichtet, gestärkt durch die praktische Politik der englischen und der französischen Regierung, so steht die Sache Hitlers, so stehen seine aussenpolitischen Pläne schlechter als jemals zuvor. Da ist nicht die Rede von einem Triumph nationalsozialistischer Aussenpolitik, sondern nur von zunehmender geistiger Isolierung. Die deutsche Opposition darf darum nicht glauben, dass ihr die Befreiung von aussen dargebracht werden würde. Sie muss sich darüber klar sein, dass zwar das Wieder-

erwachen der europäischen Demokratie für sie eine politisch-moralische Rückenstärkung erster Ordnung bedeutet, dass sie aber den entscheidenden Kampf gegen das Hitlersystem selbst führen muss. Die Klärung, die sich in der Internationale vollzogen hat, wird ihr für ihre eigene Klärung von grossem Nutzen sein.

Der Kampf gegen die faschistische Aufrüstung, gegen die militaristische Vergiftung des Volksbewusstseins, gegen die brutale, auf Rassenhass gegründete Machtpolitik, gegen den chauvinistischen Nationalismus wird durch den Kampf des Völkerbunds gegen Mussolini: neue Kraft und neue Argumente gewinnen.

Die Erfahrungen der Labour Party zeigen der deutschen Arbeiterschaft, dass abstrakter Pazifismus und abstrakter Antimilitarismus von der Politik abführen und nur den kriegslüsternden und militaristischen Kräften freie Hand geben, dass es illusionär und romantisch ist, wenn man sich engstirnig an die Verfolgung von Zielen bindet, die bei der gegenwärtigen Lage nicht erreichbar sind, wenn man sich in ein Reich scheinradikaler Illusionen flüchtet, statt realpolitisch auf die Veränderung der Machtlage hinzuwirken. Die Frage der Zusammenarbeit mit Kräften ausserhalb der Arbeiterschaft haben im Zeichen des Wiedererwachsens der europäischen Demokratie ein ganz anderes Gesicht als in abstrakt dogmatischen Betrachtungen.

Die Entwicklung des Völkerbundes selbst, die mit dem Wachsen des englischen Einflusses vor sich geht, entkräftet die Anschauung, dass der Völkerbund nur ein Instrument der Versteinerung der Welt nach den Buchstaben des Versailler Vertrags sei. Sie gestattet die Verfolgung aussenpolitischer Zielsetzungen und lebendige Entwicklung - aber mit den Mitteln des Friedens und des Rechts. Sie führt vom reinen Konservatismus zum Fortschritt.

Der politische Klärungsprozess ist die beste Waffe gegen den Faschismus. Der Faschismus ist die Folge politischer und

wirtschaftlicher Unvernunft. In der gegenwärtigen Krise ringt die politische Vernunft sich durch. Es bleibt die wirtschaftliche Unvernunft, die immer wieder die Kräfte des völkertrennenden Nationalismus aus sich gebiert und der wirtschaftlichen Gesundung im Wege steht. Solange die Kräfte des internationalen Sozialismus gelähmt waren, haben sie sich stillschweigend unter die Tatsachen dieser wirtschaftspolitischen Versteinierung gebeugt. Jetzt ist Hoffnung, dass der Finger auch in diese Wunde der europäischen Demokratie gelegt werden wird, und dass damit ein weiterer entscheidender Stoss gegen die Stellung des Gesamtfaschismus geführt wird.

Die grosse Krise birgt schwere Gefahren in sich. Das Kriegsf Feuer kann unversehens ins Mittelmeer, von da auf den europäischen Kontinent überspringen. Aber ebensogross wie die Gefahren sind die Hoffnungen, dass am Ende der Krise eine schwere Niederlage des Gesamtfaschismus stehen, dass die europäische Atmosphäre gereinigt werden wird.
